

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Romantik vom Posthalter abgeholt
 1.50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.- RM., für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Bestand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Preussen, Schweden
 und die Schweiz. Angeraten in die
 Post-Zeitungs-Verwaltung.
 Erscheinung täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die kleinstmögliche Spalte (zwei Spalten
 80 Pfg., „kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 30 Pfg. (zwei Spalten
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pfg. Stellenanzeigen und
 Stellenanzeigen das erste Wort
 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Leasinganzeigen 20%
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen
 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 22. Juni 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Reichstag und Rumänenfriede.

Der Frieden von Bukarest ist gestern im Reichstage Gegenstand einer ersten Besprechung gewesen, die aber nur als Einleitung der wirklichen Diskussion angesehen werden kann, die sich ergeben wird, sobald durch die Kommissionsberatung Klarheit über die Einzelheiten und den wirklichen Sinn dieses sehr komplizierten Vertragswerkes geschaffen ist. Mit Recht hat Genosse Scheidemann betont, daß sich die letzten Konsequenzen der zahllosen Bestimmungen dieses Friedensdokumentes, das zusammen mit den Zusatzverträgen einen umfangreichen Band der Reichstagsdrucksachen ausfüllt, ohne weiteres gar nicht übersehen lassen. Das zeigte auch die gestrige Debatte, in der die alldeutsche gerichteten Redner — freilich nicht in so scharfen Ausdrücken wie ihre Organe, die den Bukarester Frieden als eine deutsche Schmach hingestellt haben — über die milde Behandlung der Rumänen und das Fehlen einer Kriegsschuldigung jammerten, während man von unabhängiger Seite mit der Beurteilung des Friedens als eines brutalen Gewaltfriedens bereits bei der Hand war.

Gerade im Falle Rumänien haben die Annerktionisten scheinbar ein paar sehr starke Krämpfe für die Propaganda ihrer Gewaltideale in der Hand. Die Trennsorglosigkeit, mit der die rumänische Diplomatie den bestehenden Bündnisvertrag mit den Mittelmächten verriet, hat zweifellos im deutschen Volke stärksten Unwillen erregt. Dieser Unwille ist noch gesteigert worden durch die barbarische Art, mit der die Rumänen den größten Teil der in ihre Hand gefallenen gefangenen deutschen Soldaten durch Hunger und sonstige Qualereien hingerichtet haben. Diese Tatsache ist nicht zu leugnen, und selbst der Sprecher der Unabhängigen, Ledebour, erklärte sich durchaus damit einverstanden, daß die Schuldigen an diesen traurigen Vorkommnissen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden.

Aber auf der anderen Seite hat kein anderer als der Vertreter der deutschen Regierung, Staatssekretär Kühlmann, mit starken Worten betont, daß das rumänische Volk als solches zum größten Teile nur sehr gegen seinen Willen in den Krieg hineingehört worden ist. Die deutsche Regierung hat damit anerkannt, daß grundsätzlich zwischen der Schuld einer Regierung und der Schuld eines Volkes unterschieden werden müsse, das ja ohnehin durch den unglücklichen Verlauf des Krieges genügend für seine Regierung gestraft worden ist.

Freilich werden es nicht allein Gründe der höheren Gerechtigkeit gewesen sein, die die deutsche Regierung zu diesem durchaus billigen Standpunkt gebracht haben. Wir glauben vielmehr, daß auch sehr starke sachliche Bedenken der Regierung klar gemacht haben, daß ein Straf- und Vergeltungsfrieden, abgesehen von der Befriedigung einiger rachebegieriger Heimkrieger, dem deutschen Volke nicht den mindesten Nutzen, wohl aber unermesslichen Schaden gebracht hätte.

Rein tatsächlich betrachtet, konnte die deutsche Regierung den Rumänen ja auferlegen, was sie wollte. Nach dem Zerfall Rumäniens war Rumänien trotz der ihm verbliebenen kleinen Armee, mehrlos den siegreichen Mittelmächten ausgeliefert. Aber nun gerade zeigt sich die Ohnmacht der von den Alldeutschen gepredigten reinen Machtropolitik. Es zeigt sich, daß das Schwert eben nur ein Schwert, aber kein Universalinstrument für wirtschaftliche Arbeit ist. Man kann mit dem Schwert Armeen niederwerfen, aber weder pflügen noch ernten, noch Petroleum bohren. Man kann mit dem Schwert hinrichten, aber keine Ausfuhr schaffen.

Das deutsche Volk hat nun aber ein weit geringeres Interesse daran, daß in Rumänien einige Schuldige geföpft werden, als daß es mit dem rumänischen Volke in eine Beziehung kommt, die es dem deutschen Volke dauernd ermöglicht, die Uberschüsse der reichen rumänischen Urerzeugung, namentlich die Uberschüsse an Getreide und Petroleum, für seine Volkswirtschaft zu sichern. Aber hierbei versagt die Gewalt. Man könnte ja an das gewalttätige Wegnehmen denken. Aber die letzten Vorgänge in der Ukraine geben einen deutlichen Fingerzeig dafür, daß mit noch so strengen Erlässen militärischer Vorgesetzter sich gegen den Willen der Bevölkerung kaum ein Uberschuß aus der Erzeugung eines Landes herausholen läßt. Und überdies ist Deutschland an der rumänischen Ausfuhr ja nicht nur so lange interessiert, wie deutsche Besatzungstruppen im Lande stehen, sondern auf Jahrzehnte und Generationen hinaus.

Man sieht, die Theorie der Herren, welche die Erde mit dem blanken Schwert regieren wollen, scheitert letzten Endes an der harten Logik der Tatsachen und der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Diese Logik der Tatsachen hat offenbar auch die deutsche Regierung veranlaßt, von den Rache- und Vergeltungsgelüsten

Vergebliche italienische Anstürme westlich der Piave — Das Ringen auf dem Montello — Heftige feindliche Erkundungen an der französischen Nordwestfront

Berlin, 21. Juni 1918, abends. Amtlich.

Von den Kampfzonen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 21. Juni 1918. (W. Z. 2.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Der Feind setzte an der ganzen Front heftige Erkundungsvorstöße fort. Sie wurden überall abgewiesen. Nordöstlich von Meris und nördlich von Albert brachen englische Teilangriffe blutig zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Vertikale Angriffe der Franzosen südwestlich von Rohon, der Amerikaner nordwestlich von Chateau-Thierry scheiterten. Franzosen und Amerikaner erlitten hierbei schwere Verluste. Gefangene blieben in unserer Hand. Südwestlich von Reims wurden Italiener gefangen.

Die großen, ehemals von Franzosen benutzten, deutlich kenntlich gemachten Lazarettanlagen im Vesle-Tal zwischen Breuil und Montigny waren in letzter Zeit zweimal das Ziel feindlicher Bombenangriffe.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

Der Feind setzte seine Anstrengungen, uns die westlich der Piave erkämpften Erfolge wieder zu entreißen, auch gestern in unverminderter Heftigkeit fort. Seine Opfer waren abermals vergebens. Alle Anstürme brachen an dem unerschütterlichen Widerstand unserer heldenhaften Truppen zusammen. In besonderer Wucht steigerte sich das Ringen

auf der Karsthochfläche des Montello,
 wo an den häufig aufgeworfenen Verschanzungen der Divisionen des Feldmarschallleutnants Ludwig Gajlinger Sturmwelle auf Sturmwelle geschickte. — Überall stand Mann gegen Mann im Handgemenge. Auf Frontbreiten von zwei Kilometer baute der Feind Sturmtruppen in der Stärke von 8 Regimentern zusammen, um den Wall unserer Braven ins Wanken zu bringen. Gewaltiger Kräfteverbrauch zwang den Italiener, Reserve auf Reserve in die Schlacht zu werfen. Neben großen blutigen Verlusten nimmt auch seine Einbuße an Gefangenen täglich zu. Es wurden am vorletzten Gefechtsstage auf dem Montello allein 3200 Mann eingedrückt, davon 2000 durch das ungarische Infanterie-Regiment Nr. 139. Ungarische Heeresregimenter, österreichische Schützen und ungarische Honveds haben in diesen heißen, durch Tag und Nacht fortwährenden Kämpfen als Angreifer ebenso wie als Verteidiger ihrer ruhmreichen Geschäfte ein neues Ehrenblatt eingefügt. — An der Bergsfront herrschte gestern Artilleriekampf vor.

Der Chef des Generalstabes.

der Alldeutschen abzurücken, selbst auf die Gefahr hin, daß diese aus enttäuschter Wut Herrn Kühlmann mit der Auflage eines unfürlichen Lebenswandels heimjuchten. Aber eins ist völlig klar: wenn man von Rumänien auf praktisch unbegrenzte Dauer die Lieferung seiner Getreide- und Petroleumüberschüsse zugesichert haben will, so ist dies nur möglich, wenn die Rumänen selber ein Interesse und guten Willen bei der Sache haben, wenn sie diese Lieferung nicht als eine lästige und schmachvolle Kontribution betrachten, der man sich bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zu entziehen sucht.

Es ist freilich noch verfrüht, ein Urteil darüber abzugeben, ob die in Bukarest abgeschlossenen Verträge wirklich so gestaltet sind, daß sie durch ihren Inhalt ihre Innehaltung garantieren. Das wird die Einzelberatung der, wie gesagt, sehr komplizierten und schwer zu überschauenden Einzelverträge im Hauptauschuß des Reichstages ergeben. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls nicht nur aus prinzipiellen Gründen, sondern im höchsten sachlichen Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Volkswirtschaft den Standpunkt zu vertreten haben, daß die mit Rumänien beschlossenen Wirtschaftsverträge nur dann von bleibendem Werte sind, wenn sie keine versteckte Kontribution und Abgabe für das rumänische Volk in sich schließen, sondern sich als ein freies wirtschaftliches Uebereinkommen darstellen, das auch dem rumänischen Volk als eine Verständigung, nicht als eine Verge-

wolligung betrachtet werden kann. Solche wirtschaftlichen Abkommen sind ja recht eigentlich das Friedensziel der Sozialdemokratie; wir sehen in ihrem Abschluß — nicht nur bei diesem Frieden — das einzig taugliche Mittel zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege.

Der englische Außenminister bei Ausbruch des Krieges, Biscourt Grey, hat dieser Tage eine Broschüre erscheinen lassen, in der er den Völkern aller Nationen mit ausdrücklichem Einschluß Deutschlands propagiert. Die Auszüge, die Reuter aus dieser Broschüre übermittelt, reichen nicht hin, ein abschließendes Urteil über ihren Wert zu fällen. Aber jedenfalls zeigen sie den englischen Erminister in ganz anderem Lichte, als ihn die alldeutsche Kriegslegende zu malen bestrebt ist.

Natürlich sucht man jetzt erst recht Greys Propaganda des Völkerbundes als ein besonders gerissenes und hinterlistiges englisches Manöver hinzustellen, um Deutschland in einer fein gelegten Schlinge zu erdroffeln. In Wirklichkeit sind Greys Gedankengänge die typischen Anschauungen des bürgerlichen pazifistischen Ideologen, die zwar vom Standpunkt der sozialistischen Erkenntnis manche Kritik herausfordern, weil sie die der kapitalistischen Ausbreitung inwohnenden Kräfte viel zu wenig berücksichtigen, deren Bestimmung aber durchaus Anerkennung verdient. Wie wenig Grey auf eine Erdrösselung Deutschlands ausgeht, das zeigen die Schlüsselsätze des von Reuter veröffentlichten Auszugs seiner Schrift, die lauten:

Alle müssen aus diesem Kriege lernen. Die Vereinigten Staaten und die Alliierten können die Welt nicht vom Militarismus erretten, wenn nicht Deutschland aus diesem Kriege lernt und sie werden weder die Welt noch sich selbst durch einen völligen Sieg über Deutschland retten, bevor auch sie gelernt haben, daß der Militarismus der tödliche Feind der Menschheit geworden ist.

Der Bukarester Frieden ist vielleicht nicht die schlechteste Lehre dafür, daß die Beziehungen der Staaten nach dem Kriege nicht auf der Basis der Gewalt geregelt werden können, sondern daß ein Wiederaufbau der Weltwirtschaft und einer Heilung der durch den Krieg geschlagenen Wunden nur durch eine friedliche Verständigung möglich ist, die den guten Willen aller beteiligten Staaten erzeugt, miteinander, nicht gegeneinander zu arbeiten.

5000 Tonnen Brotgetreide an Oesterreich

Wie die Heeresverwaltung mitteilt, sind aus militärischen Beständen 5000 Tonnen Brotgetreide nach Oesterreich gegangen. Die Verwendung, deren Ueberweisung sich aus militärischen Gründen empfahl, ist schon abgerollt.

Die Heeresverwaltung legt Wert auf die Feststellung, daß diese Verwendung an Oesterreich auf die Verpflegung des deutschen Heeres oder der deutschen Zivilbevölkerung keinen Einfluß ausübe.

Die Abgabe ist gegen die bestimmte Versicherung erfolgt, daß Rückgabe der gleichen Menge bis zum 15. Juli erfolgt.

Nach Mitteilung der „Neuen Freien Presse“ sind von 1000 Eisenbahnwagen Brotgetreide, die Deutschland Oesterreich zur Verfügung gestellt hat, bereits 500 Wagen im Anrollen. In der „Kreuzzeitung“ wird hinzugefügt: Ferner verzichtet Deutschland auf die Frühkartoffeln, die ihm seinerzeit im Kompensationswege aus den ungarischen Beständen angeboten worden sind. Diese Frühkartoffeln werden fortan ausschließlich Oesterreich zugute kommen. Ungarn hatte sich seinerzeit verpflichtet, von seinen Uberschüssen an Frühkartoffeln je die Hälfte nach Deutschland und Oesterreich abzugeben. Bis jetzt sind nach Deutschland erst einige Wagen abgegangen, so daß noch annähernd 300 Wagen für Oesterreich bleiben. Aus dem Telegramm Ludendorffs an den Wiener Bürgermeister Dr. Weisskrämmer geht hervor, daß alle Getreideeinfuhren aus Rumänien, Mesopotamien und der Ukraine restlos Oesterreich überlassen und auch die für die Westfront bestimmten Sendungen im April, Mai und Juni trotz der dortigen schweren Ernährungsfrage unserem Bundesgenossen zur Verfügung gestellt worden sind.

Auch aus Ungarn wird Hilfe angekündigt. Im ungarischen Abgeordnetenhause sagte Ministerpräsident Wekerle am Donnerstag bei Besprechung der Schwierigkeiten der Ernährungsverhältnisse in Ungarn: „Auch bei uns gibt es viele Schwierigkeiten. Es bedarf der größten Selbstaufopferung, mit so verringerten Lebensmitteln auszukommen. Dazu kommen die in Oesterreich eingetretenen Zustände. Diese machen es unerlässlich, daß wir, wenn möglich sofort, jedenfalls aber nach der neuen Ernte, die bei uns früher ist als in Oesterreich, zur Beseitigung oder wenig-

flend Binderung der Schwierigkeiten Oesterreichs, mit allem, was menschenmöglich ist, zu Hilfe kommen. (Zusammensetzung) Wir bieten alles Mögliche auf, sowohl mit Rücksicht auf die Menschlichkeit als auch im Interesse der Kriegführung. Ich sage dies nicht nur für uns, ich spreche auch zu Oesterreich, wo man immer sagt, daß Ungarn nicht alles tue. Was man jetzt in Oesterreich zu essen hat, stammt ja auch aus Ungarn. Nicht bloß Weizenfrüchte, sondern auch Gemüse, Obst und Ähnliches wurde von uns geliefert."

Bei Entscheidung, ob Ungarn sofort helfend mit einspringen will, war also zur Zeit dieser Worte noch nicht gefallen. Aber nach Lage der Dinge konnte ja auch Deutschland nicht sofort entschlossen sein zu der Hilfe, die es jetzt leistet..

Oesterreichs Brotnot und der Wiener Arbeiterrat.

Die Beschlüsse, die der Wiener Arbeiterrat am Dienstag zur Verklärung der Brotkrise fällte, liegen uns nunmehr im Wortlaut vor. Sie sind ein starker Ausdruck der Arbeit gegen die jah einmündelnde Kriegsnot dieses Augenblicks und zugleich ein Ausdruck der Arbeit für den Frieden, der alle Kriegsnöten enden soll. An vierhundert Delegierte stehen hinter den Beschlüssen, die den weiten Blick und den weitgreifenden Willen der praktischen Volkstümlichkeit unserer Wiener Genossen bezeugen. Die Beschlüsse sind in sieben Punkten ausgesprochen, deren erste vier mit allen gegen etwa vier Stimmen angenommen wurden. Sie lauten:

1. Der Arbeiterrat fordert die baldigste Wiederherstellung der vollen Brotkrise und, solange dies nicht möglich ist, die Gewährung von ausreichenden Subsidien anderer Lebensmittel. Infolge des Mangels an rationierten Lebensmitteln muß den Arbeitern die Möglichkeit geboten werden, andere Lebensmittel zu kaufen. Zu diesem Zweck ist eine

angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne erforderlich. Andererseits ist infolge der Schwächung der Arbeiter durch die dauernde Unterernährung die

Gewährung von Arbeitsversicherungen, die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schwächung des Vorkommens notwendig. Dies gilt insbesondere für diejenigen Betriebe, in denen noch Nachtarbeit und Ueberstundenarbeit geleistet werden müssen, und für die konjunkturellen Betriebe, in denen noch die zwölfwöchige Arbeitszeit besteht. Der Arbeiterrat fordert den Abbruch der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und die zühändigen Gewerkschaften auf, die bereits eingeleiteten Verhandlungen über diese Forderungen fortzusetzen.

2. Der Arbeiterrat stellt fest, daß eine wesentliche und dauernde Verbesserung der Ernährungsverhältnisse nicht möglich ist, solange der Krieg fort-dauert. Ohne die großen Hindernisse, die im gegenwärtigen Augenblick allen Friedensbestrebungen entgegenstehen, zu unter-schieben, erneuert der Arbeiterrat die

Forderung nach dem baldigsten allgemeinen Frieden.

Mit erster Befragung stellt der Arbeiterrat fest, daß die ersten Anzeichen eines beginnenden Stimmungsumschwunges in den feindlichen Ländern von deutscher Offizier Seite in einer Weise beantwortet worden sind, die wenig optimistisch erscheint, das Verhalten des Friedenswillens in den feindlichen Ländern zu fördern. Der Arbeiterrat fordert daher, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung nicht nur bereit zeige, sich bereit in Verhandlungen über den allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und über die Gründung einer Liga der Nationen einzusetzen, sondern daß sie sich auch bereit erkläre, selbst möglichst bald die Verhandlungen der feindlichen Länder zu Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage einzuladen. Der Arbeiterrat beauftragt den Abbruch der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, diese Forderung unverzüglich dem Minister des Reichers vorzutragen.

3. Der Arbeiterrat protestiert gegen den Plan, das Parlament zur Seite zu rufen und den Sozialismus des § 14 wieder aufzurufen. Der Arbeiterrat fordert die

ispartische Einberufung des Parlaments.

Er beauftragt den Abbruch der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, diese Forderung unverzüglich dem Ministerpräsidenten vorzutragen.

4. Der Arbeiterrat verlangt die bindende Aufhebung der Re-gierung und der Militärverwaltung, daß wegen der gegen-wärtigen Bewegung keinerlei Maßnahmen ergriffen werden.

Daß zur Woche die Lohnfrage und die Frage erhöhten Arbeiterlohnes auf die Tagesordnung gelangte, ist eine unmittelbare Folge. Ueber die deswegen im ersten Punkte der Beschlüsse angeforderten Verhandlungen wurde in der Sitzung des Arbeiterrats vom Genossen Meuser mitgeteilt, daß auf Verlangen der zum Ministerpräsidenten entsandten Arbeitervertreter unter Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge eine Kommission sich bildete, die zusammengefaßt ist aus zehn Vertretern der Gewerkschaften, zwei Vertretern der Partei, zwölf Unternehmervertretern und aus Vertretern des Kriegsministeriums, des Eisenbahnministeriums, des Ministeriums für soziale Fürsorge und des Arbeitsministeriums und in der über die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in Hinblick auf die Erleichterung der Lebenshaltung der Arbeiter verhandelt werden soll. Die Kommission ist alsbald zusammengetreten und nach Darlegung der Forderungen der Arbeiterschaft hat der Vertreter der Unternehmer sich bereit erklärt, in Verhandlungen über diese Forderungen einzutreten, doch könnten die Bewilligungen nicht über den Krieg hinaus gewährt werden. Es müsse aber auch die Regierung beitragen.

Der diese Aktion betreffende fünfte Punkt der Beschlüsse wurde zunächst in der Sitzung des Parteivorstandes angenommen, erhielt aber nur eine knappe Mehrheit, woraufhin eine andere Fassung vorgeschlagen und gegen zwölf Stimmen angenommen wurde. Er bestimmt: „Der Arbeiterrat wird spätestens Freitag wieder zusammentreten, den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen entgegenzunehmen und dann die nötigen Beschlüsse fassen.“ Aus dem Tagungsbericht geht hervor, daß die Gewerkschaften in der Zwischenzeit die Forderungen in einzelnen ausgearbeitet und sie danach sogleich der Regierung und dem Reichsverband der Industriellen überreicht haben.

Ein weiterer Satz des fünften Punktes wirkt wie die letzten Punkte auf die Arbeiterschaft ein, im Interesse der Verhandlungen und der Lebensmittelversorgung ein kluges Verhalten zu bewahren. Insbesondere werden die Eisenbahner, die Verkehrsarbeiter und die Arbeiter der Lebensmittelindustrie ersucht, „alles zu vermeiden, was den Verkehr und die Lebensmittelherstellung stören könnte.“

Unser Wiener Bruderblatt bringt in einem energisch gefaßten Kommentar zu den Beschlüssen des Arbeiterrats die Hoffnung aus, daß die Regierung und die Unternehmer die soziale Krise, in der das Land sich befindet, in ihrer ganzen Schwere erkennen, die schwere Verantwortung, die auf ihnen

lastet, fühlen und die Opfer, die die Stunde gebieterisch heischt, bringen werden. Die Vertrauensmänner der organisierten Arbeiterschaft sind sich ihrer Verantwortung stets bewußt gewesen; mögen in diesen schweren Stunden die politischen und die wirtschaftlichen Herrscher des Reiches nicht weniger Verantwortlichkeitsgefühl zeigen als schlichte Arbeiter!“

Die „Arbeiterzeitung“ warnt, das Volk immer wieder vor die Gefahr der absolutistischen Reaktion zu stellen, die es in den unseligen Zeiten Stuerghs so gründlich kennengelernt habe.

Weferle über das Bündnis mit Deutschland.

Die Aeußerungen des Grafen Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus über das Bündnis mit Deutschland haben wir kurz mitgeteilt. Nach Tisza nahm Ministerpräsident Dr. Weferle das Wort. Er ging zunächst auf die Angriffe ein, die sich gegen das Bündnis richten, sprach sich für freie Rede in Presse und Versammlungen aus, schränkte dann aber diese Ankündigung durch Androhung scharfer Maßnahmen ein. „Wenn die gegen die Verbündeten gerichteten systematischen Angriffe derart ausarten, wie dies in den letzten Tagen der Fall gewesen sei“. Diese Androhung wurde ihm aber verübelt. Graf Julius Andrássy, der das Bündnis für absolut notwendig hält, erklärte es für völlig überflüssig, Märtyrer zu schaffen. Das Weferle über das Bündnis sagte, war folgendes:

Was die Vertiefung des Verhältnisses zu Deutschland betrifft, so habe ich wiederholt erklärt, daß wir dasselbe unter Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen enger gestalten wollen. Wir wollen das Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reich auf längere Zeit festlegen in einer Weise, daß es vom Gesichtspunkte der Verteidigung eine besondere Ergänzung und Befestigung erfährt und auch wirtschaftlich möglichst eng ausgestaltet wird, um so mehr, da mehr als 70 Prozent unserer auswärtigen Handelsbeziehungen auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten auf das Verhältnis zum Deutschen Reich entfallen. Natürlich sollen, wenn einmal, hoffentlich in nächster Nähe Zeit, die Friedensbedingungen festgesetzt werden, auch diese in vollem Einvernehmen erfolgen. Ich habe bereits hervorgehoben, daß wir bei Erreichung aller dieser Ziele unser Selbstverständnis, unser Recht und unsere Souveränität nach jeder Richtung hin aufrechterhalten wollen. Unsere Produktionsverhältnisse müssen unbedingt gesichert werden. Auch werden die Verträge, die wir schließen, kein Hindernis sein, unser Verhältnis mit anderen Staaten aufrechtzuerhalten oder zu vertiefen. Für die Herstellung normaler Verhältnisse und die Befestigung der Neutralität bildet jedenfalls eine Vorbedingung, daß die Bälle nach Möglichkeit ermäßigt werden. Wo unsere wirtschaftlichen Interessen nicht unbedingt eine Aufrechterhaltung der Rolle erfordern, soll der freie Verkehr auch über die Zollgrenzen hinaus ohne Zollbeschränkung aufrechterhalten werden.

Diese Gesichtspunkte leiteten uns bei unseren Verhandlungen mit Deutschland, die sich jedoch bisher erst im Stadium der Vorbereitung befinden. Ich bin überzeugt, wenn es uns gelingt, entsprechend diesen Grundfragen ein engeres wirtschaftliches Bündnis zustande zu bringen, so wird dies nicht bloß unseren wirtschaftlichen Interessen dienen, sondern auch unsere hiermit verbundene politische Kraft bedeutend stärken.

Zu den vom Grafen Tisza erwähnten Aeußerungen des deutschen Botschafters sagte Dr. Weferle, der deutsche Staatsmann habe sie nicht in offizieller Eigenschaft gemacht, sondern anlässlich eines Interviews. Er fasse die Aeußerungen bloß als Ausdruck gewisser prinzipieller Anschauungen auf. Man könne nicht behaupten, daß darin irgendwelche Gefahr enthalten sei. Beide Teile träten ja unter Beachtung ihrer eigenen Interessen in Verhandlungen ein.

„Der amtliche Standpunkt Deutschlands ist uns noch gar nicht mitgeteilt worden. Wenn er uns mitgeteilt wird, wird er bis zu der Grenze der Berücksichtigung und Akzeptierung werden, welche die Regierung sich für die Verhandlungen vorgesetzt hat. Die eingehende Körperschaft wird nicht vor eine solche Tatsache gestellt werden.“

Der Ministerpräsident ersuchte schließlich um Ablehnung der eingebrachten Beschlüsse wegen Einsetzung eines Sonderausschusses zur Vorberatung der mit Deutschland zu verhandelnden Fragen, und dann nahm Graf Karolyi das Wort, um zu erklären, daß er ein Gegner der Bündnisver-tiefung sei und sich nicht betreten lassen werde, weiter in diesem Sinne tätig zu sein.

Die Konstantinopler Konferenz.

Konstantinopel, 21. Juni. Die Delegierten der Georgier und Armenier trafen am 19. Juni an Bord des Dampfers General, von Tezi kommend, zur Konstantinopler Konferenz ein. Die armenischen Delegierten werden in den nächsten Tagen erwartet. Unter den georgischen Vertretern befindet sich das Mitglied der früheren Duma Gogeschvili, der nach der Unabhängigkeitserklärung des Kaukasus das Amt eines Ministerpräsidenten verlor. Gogeschvili erklärte dem armenischen Vertreter:

Auf der Konstantinopler Konferenz, der er die höchste Bedeutung beimesse, sollten alle schwebenden Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur, insbesondere die Grenzfragen, die bisher nur allgemein festgelegt waren, ihre endgültige Lösung finden. Die Beziehungen der drei Republiken seien gute und sollten enger ausgebaut werden. Das Verhältnis zur Türkei sei ein freundschaftliches.

Freiherr Arch von Kressenkeim und Legationssekretär v. Korbovitz reisen heute nach dem Kaukasus ab zur Prüfung der Verhältnisse in den neu errichteten drei Republiken.

Die Kiener Verhandlungen.

Immer noch Grenzfragen. — Donprotestnote. — Die Krimsfrage.

Kiew, 10. Juni. Die letzten Sitzungen der ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen galten noch weiter den Grenzfragen. Die Ukrainer bestanden auf Anerkennung der Krims als Bestandteil des ukrainischen Staates. Die Russen schlugen dagegen als Kompromiß die Entscheidung der Frage durch ein Referendum der Krimsbevölkerung vor. In der Warenaustauschkommission wird über die Lieferung von Getreide und Kohle an Großrußland gegen Weibwaren, Schmier-, Roh- und Leuchtöle von dort her verhandelt.

Kiew, 20. Juni. Bei der Fortsetzung der Grenzverhandlungen begründete die ukrainische Friedensdelegation ihre Ansprüche damit, daß die strategische Lage eines neu gebildeten Staatswesens häufig eine gewisse Gebietsvergrößerung auf Kosten des ethnographischen Prinzips verlange. Ra-

koski entgegnete an der Hand des Zahlenmaterials, daß die ukrainischen Ansprüche sich auf ukrainische Gebiete erstreckten.

In der Warenaustauschkommission verlangten die Großrußen das Recht des Getreideankaufs in einer Reihe ukrainischer Städte als Gegenleistung gegen Weibwarenlieferung. Die Ukrainer wollten die Frage der Getreidelieferung vorläufig zurückstellen. Sie boten Kohle, Holz und Rohweizen gegen Weibwaren, Rohöl, Glas, Schmieröl, Schuhwerk und Papier an. Die russische Delegation erklärte kategorisch, daß

Weibwaren nur gegen Getreide

getauscht werden könnten. Rohöl könnte wegen eigener geringer Bestände nur sehr wenig abgegeben werden.

Die Zeitungen veröffentlichten eine die Cholmer Frage betreffende ukrainische Note an das österreichisch-ungarische Ministerium des Reichers wegen Cholm.

Der Vertreter der Donregierung überreichte dem ukrainischen Minister des Reichers eine Protestnote. In dem ukrainisch-russischen Vorvertrage sind als Uebergangspunkte für die Einreise der beiderseitigen Staatsangehörigen auch solche Punkte aufgeführt, die auf dem Gebiete der selbständigen Donrepubliken liegen. Gegen diese Rechtsüberlegung erhebt die Donregierung Einspruch, da sie sich noch im Kriegszustande mit der von der Sowjetregierung nach dem Don entsandten Roten Garde befindet.

Der wehrussische außerordentliche Gesandte Stirmunt verhandelte mit dem ukrainischen Minister des Reichers, wobei das Fehlen irgendwelcher Streitpunkte festgestellt wurde. Stirmunt hofft auf die baldige Anerkennung Weiß-Rußlands als Staatswesen durch Deutschland.

Kiew, 10. Juni. Ein Telegramm aus Odessa meldet: „Podlebnija Nowosti“ meldet, daß das Krimkabinett folgendermaßen gebildet ist: Suikewitsch Vorsitz und Krieg, Inneres, Nationalbank, Unterricht, Meeres, Verkehr, Freemann, Landwirtschaft, Häfen, Finanzen, ehemalsiger Direktor der Moskauer Unionbank Graf Tatjischtschew, Weibwaren, ehemalsiger Vorkaufmann in Konstantinopel Tschachyrow, Marine Kapitän Gendre.

Die russische Gegenrevolution.

Wensa in Händen der Tschekoslowaken.

Moskau, 20. Juni. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Erhebung der Tschekoslowaken dauert an und erschwert die Verbindung auf den sibirischen Eisenbahnen und die Versorgung der Industriezentren mit Lebensmitteln. Die Lage in Wensa ist ernst geworden, da sich die Stadt in der Gewalt der Aufständischen befindet, die im Besitz von Panzerautomobilen und Artillerie sind. Ein erster Kampf hat sich zwischen den Sowjettruppen und den Tschekoslowaken entwickelt. Verstärkungen werden von allen Seiten nach den bedrohten Punkten geschickt. Gegenwärtig sind die Tschekoslowaken Herren der Städte Nihs, Roznitsch, Tscheljabinsk und der Verbindungslinien. Das Ende der Erhebung läßt sich für die nächsten Tage dank der Ergebenheit der tschekoslowakischen Truppen an die Sowjets voraussehen, da alle Zwischenfälle nur durch ihre Offiziere und gegen-revolutionäre russische Elemente hervorgerufen worden sind.

Stockholm, 18. Juni. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Leiter der Operationen gegen die Tschekoslowaken, General Wiaznikow, hat Befehl gegeben, alle Personen festzunehmen und hinzurichten, die in der Frontzone, vor allem bei Simbirsk und Syran, sich an den gegen-revolutionären Bewegungen beteiligen. Die gleichen Maßnahmen sind gegen diejenigen zu ergreifen, die trotz des Verbotes den Versuch machen, im Abschnitt Samara die Wolga zu besetzen.

Es wird gemeldet, daß die Tschekoslowaken nach der Beschießung Samaras durch das Bombardement in der Stadt Gewalt-tätigkeiten gegen die Rote Garde und Mitglieder der Verwaltung verübten, indem sie sie hinarbeiteten. Die konstituierende Versammlung wurde proklamiert. Die Abteilungen Duzow, der an der Organisation der Weißen Garde teilnahm, dienen als Polizei. Die Gegenrevolutionäre zählen wahrscheinlich nicht darauf, die Stadt zu halten, denn sie räumen alle Depots.

Die Militärinspektion meldet auf dem Wege über das Kriegskommissariat vom Kriegskompluch, daß die Sowjettruppen unter dem Kommando von Podmoischy binnen kurzem Samara besetzen werden, und daß die tschekoslowakische Bewegung erloschen wird.

Moskau, 18. Juni. Nach Meldungen der hiesigen Presse gehen die tschekoslowakischen Truppen auf der Linie Tscheljabinsk—Ufa vor. Bei Nischim haben schwere Kämpfe stattgefunden, in denen die Sowjet-Truppen siegreich waren.

Nach einer offiziellen Mitteilung ist Großfürst Michael Alexandrowitsch aus Perm entflohen.

Moskau, 19. Juni. In einer offiziellen Bekanntmachung über die Verhaftung der Teilnehmer an der Konferenz der rechten Sozialrevolutionäre und Menschewitsch wird mitgeteilt, daß nach den erbeuteten Papieren der Zweck der Versammlung der Sturz der Räte-Regierung und die Einberufung der Konstituante war.

Das Unterhaus will keinen Verständigungs-frieden.

London, 20. Juni. (Reuter.) Unterhaus. Bei der zweiten Lesung der Bill über die konsolidierte Staatsschuld brachte der Pazifist Morrell folgenden Zusatzantrag ein:

„Das Volk wünscht von der Regierung die Zusicherung zu erhalten, daß sie keine Gelegenheit, die Kriegsprobleme auf diplomatischem Wege durch Uebereinkünfte zu lösen, vorbezerassen lassen wird, und gibt ferner der Meinung Ausdruck, daß die Geheimverträge mit den alliierten Regierungen einer Revision unterzogen werden sollten, da sie in ihrer gegenwärtigen Gestalt mit den Zielen unvereinbar sind, für die England in den Krieg eingetreten ist und da sie deshalb ein Hindernis für einen demokratischen Frieden bilden.“

Morrell führte aus, das Volk sei durch die Entwicklung der Dinge befangen und sei berechtigt, von der Regierung eine erneute Darstellung ihrer Kriegsziele und ihrer Anschauungen über die Aussichten, sie zu verwirklichen, zu verlangen. In allen kriegführenden Ländern sei eine immer stärker werdende Bewegung zugunsten von vernünftigen Friedensbedingungen vorhanden, um dem Krieg ein Ende zu machen. Philipp Snowden unterstützte den Antrag.

Amsterdam, 21. Juni. (Reuter.) Das Unterhaus hat das pazifistische Amendement Morrell ohne Abstimmung abgelehnt.

England deportiert ohne richterliches Urteil.

Die Erdröschung des irischen Widerstandes.

London, 20. Juni. (Reuter.) Cherbau. Im Laufe der Debatte über die Lage in Irland sagte Lord Curzon u. a.: Zwei Dinge von großer Bedeutung haben sich ereignet. Das erste war die im Mai erfolgte Entscheidung der unfeigen und furchtbaren Verschönerung der Sinnfeindlichkeit mit dem Feinde. Das andere große Ereignis, das die Lage änderte, war das Vorgehen des römisch-katholischen Klerus, der gemeinsam den Widerstand gegen die Dienstpflicht anriet. Das war eine direkte Herausforderung der Oberhoheit des Reiches in Angelegenheiten, in denen es noch nie in Frage gezogen worden war, daß das Reichsparlament die höchste Macht habe. Unter diesen Umständen war es die Pflicht der Regierung, mit den Tatsachen zu rechnen und ihre Politik danach einzurichten. Die Persönlichkeiten, die deportiert worden sind, konnten nicht vor den Richter gebracht werden, ohne dem Feinde die Wege anzugeben, auf denen die Regierung ihrem Vorgehen auf die Spur gekommen war. Aber wenn einer von ihnen unschuldig war, so hatte er das Recht, Berufung einzulegen. Diese Deportationen haben die Lage in Irland wesentlich erleichtert und sogar die nationalistischen Abgeordneten teilen dieses Gefühl der Erleichterung. Daß die verurteilte Strafbill von 1887 gegen die Iren wieder in Kraft gesetzt worden ist, haben wir mit gebührender Bemerkung an den Branger gestellt. Es scheint aber, daß England über die Gewaltmittel dieser Bill noch hinausgeht.

Neubildungen im englischen Kabinett.

Rotterdam, 20. Juni. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: In der gestrigen Unterhausung stellte Bonar Law die Bedeutung der Veränderung, die die Bildung eines neuen ministeriellen Komitees mit sich bringen würde, als geringfügig hin. Er sagte, es handle sich lediglich um den Ausbau des bereits bestehenden Systems. Es bestehen schon drei solcher Komitees, nämlich das für wirtschaftliche Angelegenheiten, ein Komitee zur Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen den einzelnen Departements und eins für die Kriegführung im Osten. Bonar Law verteidigte die jetzige Regierungsmethode durch ein Kriegskabinett und wollte von einem gleichgestellten Kabinett mit gleich großen Befugnissen in innerpolitischen Angelegenheiten nichts wissen. Im Oberhaus erklärte Lord Curzon, daß das Ministerkomitee für innere Angelegenheiten, wenn nötig, auch das Recht haben wird, im Namen des Kabinetts Beschlüsse zu fassen. Die anderen Komitees hingegen würden politische Fragen von größerer Tragweite dem Kriegskabinett überlassen.

Der U-Boot-Krieg um England. Berlin, 20. Juni. Das unter dem Kommando des Kapitänsleutnants Ribbendorf stehende U-Boot hat vor dem Westausgang des Kanals und an der englischen Westküste 4 Dampfer versenkt mit zusammen 19 000 Br.-R.-Z. Von ihnen wurde ein wertvoller 8000 Br.-R.-Z. großer Dampfer auf einem einlaufenden, sehr stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen. Sämtliche Schiffe waren beladen.

Der französische Transportdampfer Santa Anna, der unter Bedeckung von Biseria nach Malta fuhr und Soldaten sowie eingekerkerte Arbeiter an Bord hatte, wurde laut Hasardmeldung in der Nacht zum 11. Juni, ohne daß ein Feind bemerkt worden wäre, torpediert und versenkt. Von den 2150 an Bord befindlichen Personen wurden 1513 gerettet.

Die Flucht aus Paris. „Welt Journal“ berichtet, daß die Paris verlassenden Jüde stets überfüllt sind. In der Provinz herrsche infolge knapper Wohnungsverhältnisse mit den Mietpreisen eine schamlose Preistreibererei. Für eine schäbige Mansarde werde pro Nacht 10 bis 20 Franken verlangt. „Temps“ verlangt, daß die Abfertigung von 150 000 Personen täglich für den Gefahrsfall vorbereitet werde, während gegenwärtig nur 20 000 Personen die Hauptstadt täglich verlassen könnten.

Die U-Boot-Angriffe an der amerikanischen Küste. Wie „Morning Post“ aus Washington erzählt, hat das Marineministerium zum Schutz der Küstenschifffahrt gegen künftige U-Boots-Operationen die Einführung des Geleitzsystems beschließen.

Arbeitskammern.

In der Sitzung am Freitag, der ersten nach dem Unannehmlichen der Regierung, wurde zunächst darüber beraten, ob und in welcher Weise die 34. Reichstagskommission die Beratung fortsetzen könne. Dabei erklärte der Staatssekretär v. Stein noch einmal, daß das Gesetz

nur auf der Grundlage von Fachkammern

aufzuheben kommen könne; er bezeichnete den gescheiterten Antrag Trimborn als die äußerste Grenze für die Regierung, auch der Antrag Jäger, weil er die territorialen Kammern grundsätzlich hervorhebe, sei „vorausichtlich“ nicht annehmbar. Die aktive Mitarbeit der Regierungsbereitschaft an der Ausschüßberatung sei indessen erforderlich, daß die Fachkammern beim ganzen Gesetz durchgearbeitet würden; der Antrag Jäger in seinem zweiten Absatz hieße wohl das Mittel, auch die Fachkammern mit zur Beratung zu bringen. Trotz dieser deutlichen Erklärung wünschte Abg. Weinhausen (Kortf.) eine Stellungnahme der Regierung zu dem sachlichen Inhalt dieses Antrages, der von Abg. Hübner (Rt.) mit einem Antrag über selbständige Arbeiterkammern abgetrennt wieder eingebracht wurde. Schließlich wurde die Weiterberatung dieses Antrages ausgesetzt, um den Fraktionen die Vorbereitung von Abänderungsanträgen zu ermöglichen.

Gemäß einem gemeinsamen Antrag beschloß die Kommission gegen 3 Stimmen, daß zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer in den Arbeitskammern

besondere Arbeitnehmerabteilungen

zu errichten sind. Nunmehr kommt der Geltungsbereich des Gesetzes zur Beratung; nach der Vorlage soll er im wesentlichen auf gewerbliche Betriebe beschränkt werden; Seelente, Landarbeiter, weite Schichten von Angestellten würden dadurch ausgeschlossen sein. Zunächst wird die Einbeziehung der Seelente erörtert. Abg. Pöschel (Kortf.) wendet sich gegen die Einbeziehung vor allem wegen heftiger Folgen für die notwendig strecke Disziplin. Abg. Bender (Soz.) wendet sich gegen solche Zurücksetzung der Seelente. Die Vorleser Arbeiterorganisationen mit ihrem weitreichenden Einfluß hätten abzuwehren die Handelkammern. Die Schriftmannschaften brauchen Arbeitskammern nötiger als manche andere Arbeitergruppe. Die Disziplin werde durch die Wahlen keineswegs gelockert. Darüber wachte die Seemannsordnung. Ähnlich sprechen die Abg. Stittmann (L. Soz.) und Schürmer (Rt.), während Abg. Trimborn (Rt.) so erhebliche Schwierigkeiten für die Einbeziehung in dieses Gesetz sah, daß er ein Spezialgesetz über Seemannsorganisationen und eine entsprechende Vorfrist in § 6 der Vorlage empfahl. Staatssekretär v. Stein hofft, daß es gelingen werde, in diesem Sinne eine Regelung zu finden. Schließlich wurde aber mit 13 gegen 10 Stimmen beschlossen, die Seelente in die Arbeitskammern einzubeziehen und den Entwurf entsprechend zu erweitern.

Die Umsatzsteuer.

Die Sozialdemokraten haben, wie bereits mitgeteilt, den Antrag gestellt, die Umsatzsteuer bei Lebensmitteln auf 1 vom Tausend herabzusetzen. In Verbindung damit wird auf § 30 eingegangen, der bestimmt, daß den Bundesstaaten 10 v. H. des Ertrages der Umsatzsteuer als Vergütung für die Erhebungskosten zuzuführen seien. Wiederum 10 v. H. dieses Betrages fließen den Gemeinden zu zu dem Zweck, teilweise für die Lebensmittelversorgung der minderbemittelten Bevölkerung verwendet zu werden. Steuern vom Warenumsatz, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in Bundesstaaten und Gemeinden bestanden, dürfen vom 1. April 1919 ab nicht mehr erhoben, auch nicht neu eingeführt werden. — Den sozialdemokratischen Antrag begründet Abg. Meerfeld mit dem Hinweis darauf, daß die Lebensmittel unter keinen Umständen noch weiter verteuert

werden dürfen. — Gegen den Antrag werden praktische Bedenken geltend gemacht und insbesondere auf den § 30 Bezug genommen, der angeblich den Minderbemittelten mehr zugewendet, als was sie an Umsatzsteuer bezahlen. — Abg. Reil (Soz.) findet, daß damit kein Ausgleich geschaffen werde. Er frage, was geschehen sei, um den Kohlenbezug der Minderbemittelten zu verbilligen, für welchen Zweck 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden sind. — Abg. Müller-Kulda stellt fest, daß Preissenkungserlassen hat, die eine Rückvergütung beim Kohlenbezug für Minderbemittelte direkt unmöglich macht. — Abg. Dr. David ist scharf kritisch an diesem Vorgehen, das wieder beweise, wie die Bundesstaaten die Absichten des Reichstags durchkreuzen. — Staatssekretär Graf Nothmann: Gegen die Differenzierung zwischen Lebensmitteln und anderen Gegenständen sprechen sehr ernste praktische Bedenken. Es ist in der Kriegszeit unmöglich, eine weitgehendere Differenzierung vorzunehmen, als die Vorlage es angeht. Es wird erwidert, ob späterhin zu weiteren Differenzierungen etwa im Sinne der französischen oder englischen Gesetzgebung geschritten werden kann. Jedenfalls würde die Herabsetzung der Steuer für Lebensmittel einen Minderertrag von einigen Hundert Millionen erbringen. — Abg. Reil tritt diesen Ausführungen entgegen und fordert Auskunft darüber, was die Reichsregierung getan habe, um den Minderbemittelten den billigeren Kohlenbezug zu sichern, nachdem die Gemeinden der Schwierigkeiten offenbar nicht Herr geworden sind. — Staatssekretär Graf Nothmann: Bis jetzt liegen noch keine Berichte der Gemeinden darüber vor, wie die Gemeinden die ihnen zum Zweck der Verbilligung des Kohlenbezuges zugewiesenen Summen verwendet haben. — Abg. Meerfeld wendet sich gegen die Einwendungen, die gegen den sozialdemokratischen Antrag erhoben worden sind. — Die Vertreter der bürgerlichen Parteien bemühten sich demgegenüber nachzuweisen, daß die Minderbemittelten mit den Zuweisungen an die Gemeinden besser fahren.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Fortschrittler verlangen eine Ermäßigung der Steuer auf die Hälfte für Waren, die zur Weiterverarbeitung bestimmt sind. — Abg. Jell (Z.) verlangt, daß große Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 200 000 M., die mehrere verschiedene Betriebe in sich vereinigen, für jeden dieser Betriebe 1 vom Tausend mehr an Steuern bezahlen sollen. — Gegen den letzteren Antrag wird eingewendet, daß damit jede Entwicklung unterbunden oder mindestens erschwert werden soll. — Staatssekretär Graf Nothmann wendet sich gegen beide Anträge, der fortschrittliche Antrag sei praktisch undurchführbar. — Abg. Erbsberger (Z.) empfiehlt zunächst, beide Anträge anzunehmen und dann bis zur dritten Lesung eine Verknüpfung zu suchen. — Abg. Jund macht einen dritten Vorschlag, der eine juristische Konzentration der Betriebe erschweren soll. — Abg. Bernheim (L. Soz.) ist gegen den Antrag Jell, aber für den Antrag Gothein. — Abg. Dr. Südekum (Soz.) hält den Antrag Gothein für bedenklich, insofern er gewisse Gewerbetreibende begünstige werde. — Die Abstimmung über die Anträge wird ausgesetzt.

Die Beratung des § 7 (erhöhte Steuer für Luxuswaren) wird verschoben und die Beratung bei den folgenden Bestimmungen fortgesetzt. Gegen einen vom Untersuchungsausschuss § 9a, der eine Abwälzung der Steuer auf den Verbraucher in Form besonderer Berechnung untersteht und ferner den Abzug der Steuer seitens des Abnehmers unmöglich machen will, werden vom württembergischen Bundesratsvorsitzenden Bedenken erhoben. Der Paragraf wird unter Vorbehalt angenommen. Der den Durchführungszwang verlangende § 11 wird widerspruchlos angenommen. Eine Reihe weiterer Paragrafen werden debattiert genehmigt. — Bei § 30 wird die Aussprache über die Begünstigung der Lebensmittel wieder aufgenommen. Ein Antrag Erbsberger verlangt dazu, daß die Verwendung der den Gemeinden aus dem Ertrage der Steuer zuzuführenden 10 Proz. nicht nach Anweisung der Landesregierungen, sondern des Bundesrats erfolgen solle; außerdem solle der Reichstag jederzeit die Befreiung der Vorfristen beschließen können. Dem Reichstag soll ferner alljährlich Bericht über die Verwendung der Beträge erstattet werden. — Abg. Reil begrüßt den Grundgedanken des Antrages, erklärt aber eine schärfere Fassung der Vorschriften für notwendig. — Abg. Jell erklärt, daß die Erhöhung der Gemeindefinanzen dienen und für Lebensmittelversorgung nichts übrig lassen. — Unterstaatssekretär Schiffer ist nicht unbedingt gegen den Antrag Erbsberger, widerspricht aber der von Reil geforderten Erhöhung der Zuwendungen. — Die Aussprache dehnt sich lange hin. Die Abstimmung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Erhöhung der den Gemeinden zuzuführenden Quote

für notwendig. — Abg. Jell erklärt, daß die Erhöhung der Gemeindefinanzen dienen und für Lebensmittelversorgung nichts übrig lassen. — Unterstaatssekretär Schiffer ist nicht unbedingt gegen den Antrag Erbsberger, widerspricht aber der von Reil geforderten Erhöhung der Zuwendungen. — Die Aussprache dehnt sich lange hin. Die Abstimmung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Die uneinigen Brüder.

Die „Trotz“ vom 13. Juni veröffentlicht ein „offenes Schreiben Wehrings“ an die bolschewistische Regierung, das die J. R. in einer Rücküberlegung aus dem Russischen wiedergibt. In diesem Schreiben stellt Wehring sich und die Gruppe Internationale als die einzigen und eigentlichen deutschen Befreiungsgenossen der Sowjet-Regierung vor und richtet dabei die heftigsten Angriffe gegen die Unabhängige sozialdemokratische Partei, der sich die Gruppe Internationale bekanntlich in Gotha angeschlossen hat.

Die Wahlniederlagen der Unabhängigen in Spandau-Ostbavaria, Niederbarnim und Grimnitzschau bezeichnen Wehring als einen Beweis, daß es der Unabhängigen Sozialdemokratie an der werdenden Kraft mangelt, um die proletarischen Massen aufzurütteln und fortzureißen. Wenn bei diesen Wahlen auch die Unabhängige Partei äußere Anhänger gegen sich hatte, so müsse doch daran erinnert werden, daß in der Zeit des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie oft unter gleich ungünstigen oder noch viel schlimmeren Verhältnissen den Sieg davongetragen habe. Diese Umstände genügen also bei weitem nicht, um die Schwere der Niederlagen zu erklären. „Soweit die Ergänzungswahlen ein Urteil zulassen, wird die Unabhängige Sozialdemokratie von den 28 Mandaten, über die sie verfügt, bestenfalls auf zwei bis drei Mandate mit Bestimmtheit rechnen können.“

Besonders heftige Angriffe richtet Wehring gegen Kautsky. „Für die Unabhängige Partei“, so sagt Wehring wörtlich, „ist es überhaupt kennzeichnend, daß sie noch immer forsüchtig, für Kautsky als einen heiligen Propheten zu schwärmen, obgleich sie mindestens seit dem 4. August 1914 wissen mußte, daß diesem gelehrten Schulmeister nicht die geringste Spur von Marxens revolutionärem Geiste innewohnt.“ Die Gruppe „Internationale“ habe nur einen Fehler gemacht, nämlich den, daß sie sich der Unabhängigen Partei angeschlossen

habe. Alle Hoffnungen, daß es ihr gelingen würde, die Unabhängige Partei vorwärts zu treiben, seien daran gescheitert, daß unsere besten und erprobtesten Leute seitens der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie des Hochspießtums verdächtigt wurden. ... Aber schließlich gibt es Dinge, die jede Geduld zum Fluchen bringen. Zu diesen gehört der sinnlose Kampf, den Kautsky u. Comp. gegen die Bolschewiki führten.“ Kautsky, der im Ausland (von Rußland aus betrachtet) in Ruhe und Sicherheit ließe, führe diesen Kampf in einfach unanständiger Weise zur Freude der Bourgeoisie. Mit der in Gotha erzielten Einigkeit ist es danach nicht weit her.

Beamte und Teuerungszulage.

Die Interessengemeinschaft deutscher Beamterverbände ergriffte am Freitag im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz ihre aus allen Teilen des Reiches beschickte zweite Hauptversammlung. Seit der ersten Hauptversammlung im Herbst 1917 haben sich weitere 36 Beamtenverbände mit rund 300 000 Mitgliedern angeschlossen, so daß sich der augenblickliche Mitgliedsbestand auf rund 600 000 beläuft. Generalsekretär Kammerhuber hat im Geschäftsbericht hervor, daß die zweite Hauptversammlung an den inneren Ausbau herantrat, nachdem die erste Versammlung den äußeren Ausbau behandelt habe. Die Teuerungszulage habe ihre Bedeutung nicht eingebüßt, sich vielmehr weiter außerordentlich verschärft. Die Differenzierung der Kriegszulagen, wie sie unter Mitwirkung der Beamtenvertreter zustande gekommen sei, konnte nicht unbedingt abgelehnt werden, vielmehr waren Kompromisse unbedingt notwendig. Die von der Regierung beschlossene Darlehnsaktion könne zwar keine Entschuldigungsmaßnahme sein, sei aber dankenswert, auf der anderen Seite allerdings auch ein Beweis dafür, daß die Regierungskassen noch nicht vom Grade der Bedürftigkeit in der Beamtenenschaft durchdrungen seien. Eine

beschleunigte einmalige Teuerungszulage

sei unbedingt notwendig. Die Interessengemeinschaft habe sich für die Verwirklichung innerer Reformen nach Kräften eingesetzt. Die Vorarbeiten zum Arbeitskammergesetz seien zum Anlauf genommen worden, die Forderung auf Schaffung von Beamtenkammern zu vertreten. Die weiteren Bestrebungen betrafen die Anstellung auf Lebenszeit für die bisher davon ausgeschlossenen Beamten und Beamtinnen, die Anrechnung von Kriegsjahren für die Beamten im Heimatdienst, die Schaffung einer Einrichtung zur Erlangung eines ausreichenden Personalschubs in Bedarfsfällen, um die Beamtenchaft vor Verwahrlosung, der sie erfahrungsgemäß am allermeisten ausgesetzt sind, zu schützen. Weiter sind die Bestrebungen auf die Wohnungsreform und auf die Neuregelung des Beamtenrechts gerichtet gewesen, wie überhaupt auf alle dringlichen Fragen des ausgedehnten Gebietes des Beamtenverhältnisses. Um das Verhältnis der Vereine untereinander enger zu gestalten, wird ein weiterer Ausbau der Vereinspreise geplant.

In der Aussprache wurde besonders die Notwendigkeit der Beschleunigung der Bewährung einer einmaligen Teuerungszulage und die Unmöglichkeit der hinauschiebung bis zum Herbst betont.

Wegen Spionage verurteilt. Der vereingte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den 24jährigen Maschinenflicker Max Wessing aus Bochold wegen Verrats militärischer Geheimnisse und versuchten Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, unter Anrechnung von einem Jahr der erlittenen Unterfangshaft. Der Angeklagte hatte Gelegenheit, von Mannschaften der WWe, welche die berühmte Fahrt des Schiffes mitgemacht hatten, verschiedenes, was im Interesse der Landesverteidigung unbedingt geheim zu halten war, sowie Näheres über die zukünftige Bestimmung der WWe zu erfahren. Die so erworbenen Kenntnisse hat er nach seiner Entlassung vom Militärdienst in Holland an den Agenten eines feindlichen Spionagedienstes verraten. Da der Angeklagte für geistig nicht ganz vollwertig erklärt wurde, wurde die Sache vom Gericht milde angehen.

Seltsame „Munitionsarbeiter“. Aus Arbeiterkreisen der Mainzer Rüstungsindustrie wird mitgeteilt, daß in letzter Zeit die Zahl der auf Grund von Melkationen vom Wehrdienst befreiten Personen wachsender Kreise, die nur zum Schein in Munitionsfabriken „arbeiten“, um sich vom Wehrdienst zu drücken, stetig größer geworden sei. Es seien in Rüstungsbetrieben Melkationen als „Auffeher“ tätig, die nur am zwei bis drei Wochenlöhnen 5 bis 6 Stunden täglich ihre „Arbeit“ abläufen, in der übrigen Zeit aber ihrer Berufsarbeit nachgehen. Als Beispiel wird unterem Mainzer Parteiorgan folgender Fall gemeldet: Ein reicher, kriegsvorbereitungsfähiger, kaum dreißigjähriger Landwirt aus der Gegend von Wehring erbeutet jeden Montag morgen in der Fabrik mit einem großen Paket Butter, Speck und Eier. Der Besitzer quittiert für die Vorkosten in der Weise, daß er den Spender sofort wieder entläßt und ihn für den Rest der Woche beurlaubt. Auch aus anderen großen Rüstungsbetrieben wird über ähnliche „Melkationsfälle“ berichtet.

Die maßgebenden Jüdischen und Wirtschenschaftlichen sollten sich öfters bei den Arbeitervereinsführern und Vertrauensleuten der Arbeiter über solche Dinge erkundigen.

Letzte Nachrichten.

Troelstra und die Bahverweigerung.

Amsterdam, 21. Juni. Die beiden Abgeordneten der österreichisch-ungarischen sozialistischen Partei, Dr. Ellenbogen und Seib, sind gestern Abend im Haag eingetroffen und hatten mit Troelstra eine längere Konferenz. Troelstra äußerte sich, daß er nicht beabsichtige, Schritte zu tun, um die Weigerung der englischen Regierung, ihm einen Paß nach England auszustellen, rückgängig zu machen. Nach einer Berner Mitteilung vom Sonntag dröhete der Arbeiter des „Secolo“ aus Stockholm: Herr Branling, mit dem ich Gelegenheit hatte, mich dieser Tage zu unterhalten, ist der Meinung, daß, solange die Befestigung andauert, es ausgeschlossen sei, von einer internationalen Sozialistenkonferenz zu sprechen.

Deutsch-polnische Annäherung in Oesterreich.

Wien, 21. Juni. (Melbung des Wiener L. Z. Telegr. Korrespondenz.) Abgeordneter Waldner, der Chairman des Leitungsausschusses der deutschnationalen Parteien hat in einem Schreiben an den galizischen Landesmannminister Loachowski erklärt, daß der Verband der deutschnationalen Parteien jederzeit bereit sei, mit den Vertretern des Polenklubs den ganzen Bereich der polnischen Frage eingehend zu besprechen, sowie alles zu tun, was geeignet sei, die deutsch-polnische Gemeinschaft in Gegenwart und Zukunft so sicher zu stellen, daß ohne Preisgabe deutscher Lebensinteressen die Wünsche des polnischen Volkes befriedigt werden könnten. Eine dahin abzielende Aussprache wäre unseres Erachtens nur dann erfolgversprechend, wenn der Polenklub in die Besprechungen mit dem Verband eintrete, zusammen mit den deutschen Parteien im Abgeordnetenhaus eine feste Mehrheit für die Staatserfordernisse der furchtbaren ersten Zeit, worin wir leben, zu bilden. Zugleich müßte bei dem Polenklub einerseits der Entschluß feststehen, sich gegen die staatsfeindlichen Antriebe und gefährlichen Pläne der Tschechen und Südslawen zu wenden.

Gewerkschaftsbewegung

Neue Differenzen im Berliner Zimmergewerbe.

Wie bekannt, haben die Zimmerer dem am 7. Juni d. J. vom Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gefällten Schiedspruch ihre Zustimmung erteilt.

Gemäß diesem Schiedspruch sollte der Stundenlohn vom 15. Juni ab 1,55 M. und vom 2. November d. J. ab 1,80 M. betragen. Bei der dann einige Tage später zwischen den Leitern des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin und einigen Vertretern des Zimmererverbandes erfolgten Auseinandersetzung über die Frage, wie es auf denjenigen Arbeitsstellen gehandhabt werden soll, wo bereits die Löhne höher stehen als im Schiedspruch vorgesehen, vertraten die Arbeitgeber den Standpunkt, daß auf all diesen Stellen die Löhne auf 1,55 M. herabgesetzt werden müßten. Die Vertreter des Zimmererverbandes bekämpften diese Ansicht mit dem Hinweis, daß in einer Zeit wie der gegenwärtigen den Arbeitern nicht zugemutet werden könne, Lohnherabsetzungen über sich ergehen zu lassen, und daß bei Eintritt einer solchen Maßregel der von den Vertretern der Parteien mehrfach zum Ausdruck gebrachte Wunsch, alles zu tun, um die Tarifverhandlungen auf friedlichem Wege zum Abschluß zu bringen, nicht in Erfüllung gehen würde.

Eine Verständigung über diesen Punkt wurde nicht erreicht. Die Arbeitgeber erklärten einige Tage später, in ihrem erweiterten Streife sich hiermit beschließen zu wollen. Jetzt hat der Verband der Baugeschäfte dem Zimmererverband ein Schreiben zur Kenntnisnahme überreicht, worin er dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts mitteilt, daß er es unter diesen Umständen ablehnen müsse, mit dem Zimmererverband einen Tarifvertrag abzuschließen. Grund dessen bleiben bis zur Klärung der Angelegenheit die Verhältnisse der Zimmerer hinsichtlich der Lohnfrage wie bisher, das heißt, die Zimmerer sind auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen und müssen versuchen, der Steigerung der Preise eine Steigerung der Löhne gemäß ihren Beschlüssen folgen zu lassen.

Die Lohnbewegungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1917.

Die Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im vergangenen Jahre war von dem Bestreben diktiert, der ungeheuren Teuerung aller Bedarfsartikel durch Erhöhung der Löhne zu steuern und die durch Unterernährung aufs höchste angestregte Arbeiterschaft durch eine entsprechende Herabsetzung der Arbeitszeit zu entlasten. Das, was die Organisation auf diesem Gebiete geleistet hat, steht unerreicht da gegenüber dem früheren Jahre. So sind für ganze Industriegebiete mit den Industriellenverbänden einheitliche Abmachungen zur Regelung der Arbeitszeit getroffen worden, nach denen die regelmäßige Arbeitszeit nicht mehr als 52-53 Stunden die Woche betragen soll. Häufig ist sogar durch die Einführung der Achtstundenschicht sowie des freien Sonnabendnachmittags eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt worden.

Insgesamt wurden im Jahre 1917 2581 Lohnbewegungen durchgeführt, davon waren 46 Angriffstreiks, 1 Aussperrung, 2499 Bewegungen ohne Arbeitsrückstellung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 80 Bewegungen zur Abwehr geplanter Verschlechterungen. An den Lohnbewegungen waren nicht weniger als 1 577 792 Arbeiter beteiligt; das Jahr 1916, das bezüglich der Beteiligung und der Ergebnisse der Lohnbewegungen sich als ein Rekordjahr erwies, hatte nur 889 017 Beteiligte aufzuweisen.

Das gewaltige Anwachsen der Frauenarbeit in der Metallindustrie erhebt am besten aus der Tatsache, daß allein 470 460 Arbeiterinnen an den Bewegungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes beteiligt waren. Während vor Kriegsausbruch die Zahl der in der Metallindustrie tätigen Frauen verhältnismäßig gering war, ist dieselbe heute auf ein Drittel der Gesamtbeschäftigten gestiegen. Diese veränderten Verhältnisse lassen es erklärlich erscheinen, wenn viele der Lohnbewegungen im Jahre 1917 überhaupt nur von Frauen geführt wurden.

Von den 2581 Bewegungen wurden 1090 mit 477 987 Beteiligten mit vollem Erfolge beendet; bei 1426 Bewegungen mit 1 098 703 Beteiligten wurde ein Teilerfolg erzielt, 15 Bewegungen mit 1072 Beteiligten endeten erfolglos.

Eine Steigerung ihrer Verdienste erreichten durch diese Lohnbewegungen 1 171 590 Personen um 6 804 848 M. pro Woche, das ergibt für jeden einzelnen durchschnittlich einen Mehrverdienst von 5,81 M. die Woche.

An der beispiellosen Verteuerung aller Gebrauchsartikel gemessen, ist dieser durchschnittliche Mehrverdienst allerdings als sehr gering zu bezeichnen; allein, es darf nicht außer acht bleiben, daß an diesem Durchschnittsbetrag eine außerordentlich große Zahl Frauen und jugendlicher Arbeiter teilnimmt, und daß andererseits an diesem Betrage viele Arbeiter normalerweise beteiligt sind. Nichts doch der fortgesetzten Preissteigerungen der Bedarfsartikel und Lebensmittel wegen im Laufe des Jahres in Hunderten von Betrieben zwei- und dreimal Bewegungen zur Erhöhung der Löhne durchgeführt werden.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde für 304 089 um zusammen 908 074 Stunden pro Woche erreicht. Das macht für den einzelnen 2,92 Stunden wöchentlich. Außer Arbeitszeitverkürzung und Lohnherabsetzung wurden durch diese Bewegungen erzielt: Der Abschluß oder die Erneuerung von Tarifverträgen, Regelung der Akkordarbeit, Beseitigung von Mißständen, Zuschläge für Nebenstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und sonstige Verbesserungen.

An Kriegs- und fortlaufenden Teuerungszulagen wurden durch 271 Bewegungen für 195 037 Personen Zulagen im Gesamtbetrag von 701 722 M. erreicht. Außerdem ist auch in zwei Fällen für 24 100 Arbeiterinnen eine einmalige Teuerungszulage im Gesamtbetrag von 1 696 000 M. bewilligt worden.

Resultate und Verlauf der Gesamtbewegung lassen erkennen, daß eine gezielte und starke Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterschaft die erste Voraussetzung ist, um solche Erfolge erzielen zu können.

Sie widerlegt aber auch zugleich:

Durch die Abwehrbewegungen sind von den Unternehmern geplante Verschlechterungen abgewehrt worden: In 17 Fällen Lohnherabsetzung für 1272 Arbeiter im Betrage von 13 225 M. die Woche, in einem Fall Tarifbruch, in 7 Fällen die Mahregelung von acht Kollegen und in 25 Fällen sonstige Verschlechterungen.

Die Kosten für sämtliche Lohnbewegungen und Streiks betragen für den Verband 1917: 81 508 M. Diese verhältnismäßig geringen Kosten erklären sich aus der kurzen Dauer sämtlicher Streiks. Durch die Streiks und eine Aussperrung ist den beteiligten Arbeitern ein Verlust an Arbeitsdienst von 88 239 Tagen entstanden und der Ausfall an Arbeitsverdienst betrug insgesamt 802 415 M.

Die Auffassung gewisser Kreise, daß die Gewerkschaften während des Krieges nicht so erfolgreich ihre Aufgaben erfüllen könnten wie in regelmäßigen Zeiten, ist damit widerlegt.

Eine Färberkonferenz

tagte dieser Tage im Berliner Gewerkschaftshaus. Die Arbeiterschaft der Groß-Berliner Färberereien und Hemd-Waschanstalten hatte hierzu 19 Delegierte der folgenden Berufsgruppen entsendet: Färber, Wäscher, Wücker, Wückerinnen, Detascheusen und Hilfsarbeiter, um über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beraten. Es wurde die angebotene Stilllegung der Betriebe besprochen und verurteilt, weil bis jetzt zu keiner Beratung die Vertreter der Arbeiterschaft eingeladen wurden. Lebhaftige Klagen wurden geführt über die ungleichen Lohnhöhen. Die Wochenlöhne der Färber und Wäscher schwanken zwischen 40 und 60 M., nicht ganz so groß sind die Schwankungen bei den anderen Berufsgruppen, aber eine jede Firma zahlt andere Löhne für dieselben Arbeiten, und die Arbeiterschaft hat bei allen Firmen für das Färben und Reinigen der Garderobe gleich hohe Preise zu zahlen. Es wurde beschlossen, die vorhandenen Arbeitertauschlässe zu laden, um mit denen das weitere zu beraten.

Ein Kriegsdienst stellt Lohnherabsetzungen unter Strafe!

In der Schwammsteinindustrie im Neuwieder Becken, die während des Krieges gewaltig verdient hat und bei der kommenden Wohnungsnot auf noch größere Verdienste rechnen kann, erhöhte ein Teil der Unternehmer den Akkordlohn für das Festlegen von tausend Steinen auf 12 M. Natürlich drängten die Arbeiter der Betriebe, wo es noch einen Akkordlohn von 10 M. gab, auf Lohnherabsetzung. Die Schwammsteinfabrikanten traten darauf zu einer fast heftigen Versammlung zusammen und beschlossen einstimmig, daß vom 29. Juni ab der Akkordlohn von 10 M. für 1000 Steine einseitlich durchzuführen sei. Diejenigen Unternehmer, die bisher mehr gezahlt hätten, seien zum Zurückzahlen der Akkordlöhne zu zwingen. Daß die Unternehmer trotz aller Kriegsgewinne so handelten, ist vom Standpunkt ihres Klasseninteresses begreiflich. Nun aber kommt das Wertwärtige. Der „General-Anzeiger der Residenzstadt Koblenz“ teilt nämlich am 18. Juni mit: „Die Kriegsdienststelle Koblenz hat sich bereit erklärt, auf die Dauer des Krieges die Durchführung dieser Vereinbarung zu überwachen und durch die Sperrung der Kalkzufuhr sowie Verweigerung der Freigabe von Schwammsteinen diejenigen Fabrikanten zu strafen, die trotz der Vereinbarung es auch weiterhin versuchen wollten, durch offene oder verdeckte Mehrzahlungen die hierigen Arbeiterkreise zu beunruhigen.“

Köflich: das Kriegsdienst stellt die Arbeiter vor beunruhigenden Lohnherabsetzungen und straft die Unternehmer, die die Lage der Arbeiter aufzubessern suchen. Die zuständige Arbeiterorganisation ist überhaupt nicht gefragt worden. Daß die Unternehmer bei dem gewaltigen Wucher mit Baumaterialien sehr wohl höhere Löhne zahlen können, beweist folgender Vergleich: Vor dem Kriege wurde ein Akkordlohn von 4,70-5,00 M. für das Zerkleinern von 1000 Steinen und der Akkordlohn war für 1000 Steine 17-22 M. Jetzt ist der Verkaufspreis für 1000 Steine auf 55-60 M. hinaufgekommen, aber der Arbeitslohn darf nicht über 10 M. hinausgehen. Da das Kriegsdienst auch darüber wacht, daß der Verkaufspreis angemessen ist und während des Krieges nicht mehr erhöht werden darf, darüber wird nichts vermeldet.

Gewinnung der Frauen für die Organisation.

In der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ wird mitgeteilt, daß der Deutsche Textilarbeiterverband gegenwärtig über 54 000 weibliche Mitglieder zählt. Vor Jahresfrist waren es erst 35 000.

Privatangestellte und Neuorientierung

betitelt sich eine von Dr. Anton Höfle im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände herausgegebene Broschüre. Der Verfasser behandelt in der 60 Seiten umfassenden Schrift 1. Die Privatangestellten als Teil des Volksganges, 2. Die Stellung der Angestellten im Produktionsprozeß und 3. Die Stellung der Angestellten zum Staat.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

Nach dem auf der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines für den Wahlkreis Dortmund-Hörde am 16. d. Mis. erstatteten Jahresbericht konnten im letzten Jahre wieder 607 Neuaufnahmen verzeichnet werden. Trotzdem ging die Mitgliederzahl von 6565 auf 6368 zurück. Dagegen stiegen die Einnahmen von 16 306 M. im Vorjahre auf 21 069 M. Der Kassenbestand beträgt 9404 M. Die Zahl der Bezüge der Parteizeitung stieg trotz mehrfacher Preiserhöhungen um fast 3000. Die Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Monatsbeitrages auf 70 Pf. für männliche und 35 Pf. für weibliche und invalide Mitglieder; der Einführung einer Wahlsondemarkte zu 10 Pf. wurde zugestimmt. Als Kandidat zum Reichstage wurde Gen. R. König bestätigt. Als Landtagskandidaten wurden aufgestellt: für Hörde G. Hausmann, für Dortmund-Stadt A. Bredendick, für Dortmund-Land F. Kluyß. In Vorständen der Organisation wurden Rehlisch-Dortmund und Hartmüller-Annen neugewählt. In einer einstimmigen Entschließung zur Wahlrechtsfrage heißt es u. a.:

„Die Generalversammlung erklärt die Bereitschaft der Arbeiter, die Herausforderung zum Kampf anzunehmen und diesen entschlossen und mit den stärksten Mitteln zu führen. Die Generalversammlung fordert die unverzügliche Auflösung des Landtages.“

Die Regierung des Grafen Hertling erscheint mitschuldig, weil sie nicht sofort aufgelöst und durch ihr unentschlossenes zögerndes Verhalten die Wahlrechtsfrage er-

weitigt hat. Die Generalversammlung erwartet von der Leitung der Sozialdemokratischen Partei, daß sie die Initiative ergreift zu wirksamen Gegenschlägen. Auch von der Reichstagsfraktion erwartet sie rücksichtslosen Kampf für das gleiche Recht des arbeitenden Volkes in Preußen. . . .

In einer weiteren Entschließung gegen die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise werden die Reichstags- und Landtagsfraktion aufgefordert, „gegen die fortgesetzte Verteuerung mit allen Mitteln anzukämpfen und eine weitere Verteuerung der Arbeiterklasse zu verhindern“. Die von 109 Genossen besuchte Tagung nahm den besten Verlauf.

Der Kreiswahlverein für den 19. hannoverschen Reichstagswahlkreis hielt in Bremerhaven seine erste Kreis-Generalversammlung während des Krieges ab. Anwesend waren 35 Delegierte aus elf Orten. Naturgemäß hat die Organisation durch den Krieg starken Rückschlag erfahren. Vor dem Kriege hatte die Organisation 7000 Mitglieder, heute in 11 Ortsvereinen noch 1304. Der Kassenbericht wies ein Ver Vermögen von über 13 000 M. nach. Die Agitation im Kreise soll mit allen Mitteln gefördert werden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Politik der Reichstagsfraktion und der Parteileitung gebilligt, ein Verständigungsfrieden gefordert, der Anzeigepolitik der Vaterlandspartei scharfer Kampf angelegt und die Mitarbeit aller Genossen und Genossinnen für Organisation und Presse gefordert. Die durch Todesfall erledigte Reichstagskandidatur wurde dem Genossen Winklermann aus Bremen übertragen, der sich mit einem kurzen Referat der Generalversammlung vorstellte, in dem er namentlich die Stellung der Partei zur Landesverteidigung behandelte und auf die großen wirtschaftlichen und politischen Zukunftsaufgaben der Partei verwies. Die Beitragserhöhung von 40 auf 60 Pf. für Männer und von 15 auf 25 Pf. für Frauen wurde einstimmig gebilligt. Der ganze Verlauf der neunstündigen Tagung bewies, daß der durch den Krieg hervorgerufene Stillstand und Tiefstand überwunden ist und die Bewegung wieder aufwärts geht.

Die Kreisversammlung des Kreises Wiesbaden-Rheingau nahm u. a. auch zu der Kandidatenfrage Stellung. Die demnächst einzuberufende Konferenz sollte sich endgültig mit der Aufstellung der Kandidatur beschäftigen. Den Geschäftsbereich erstattete der Vorsitzende Genosse Gaebe, Wiesbaden. Trotz aller Schwierigkeiten zeigte die Mitgliederbewegung eine, wenn auch bescheidene, so doch erfreuliche Aufwärtsbewegung. Am 31. März d. J. waren unter Zugrundelegung einer Beitragsleistung von 52 Wochenbeiträgen vorhanden 227 männliche und 195 weibliche, insgesamt also 422 Mitglieder. Zum Heeresdienst einberufen sind etwa 2500. Eine nennenswerte Veränderung des Mitgliederbestandes ist durch die Spaltung nicht eingetreten. Da der erhöhte Mitgliederbeitrag von 15 Pf. pro Woche bereits mit dem 1. April in Kraft getreten ist, wurde von einer weiteren Erhöhung Abstand genommen. Einnahmen und Ausgaben betragen 2814,38 M. bei einem Kassenbestande von 370,94 M. Der Bezirkssekretär, Genosse Stöger, machte noch einige instruktive Ausführungen über die gegenwärtige Situation und die sich daraus ergebenden Entwicklungslinien und gab Anregungen über die Art der vorzunehmenden Agitation und Propaganda.

Am Sonntag fand in Böhmi die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereines des 19. sächsischen Reichstagswahlkreises Stollberg-Schneeberg statt. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden zählt der Kreisverein noch 715 männliche und 313 weibliche zahlende Mitglieder. Zum Militär sind nach den vorliegenden Feststellungen 2415 eingezogen. Gefallen sind 313. Die Pflichtbeiträge an den Partei- und Bezirksvorstand sind restlos abgeliefert. Die „Volkstimme“ hat im Kreise nahezu 6000 Abonnenten. In der Diskussion über den Geschäftsbericht machte der Vertreter des Kreises, Genosse Schöpflin, allgemeinpolitische Ausführungen, in denen sich der Redner scharf gegen die Kriegspolitik der Großagrarien und der Großindustrie wandte. Die Einheit der Organisation ist dank der Einigkeit der Genossen im Kreise unerschütterlich. Der Sitz des Kreisvorstandes bleibt nach wie vor Böhmi. In der Besetzung des Kreisvorstandes wurden Änderungen nicht vorgenommen.

Der Wahlkreis Rottenburg-Hoherswertha, der seine Kreisversammlung am Sonntag in Weiskammer abhielt, kann trotz schwieriger Agitationsverhältnisse und der hohen Zahl von 700 einberufenen Mitgliedern zum Heeresdienst im vergangenen Geschäftsjahr eine Aufwärtsbewegung verzeichnen. Der Mitgliederbestand ist von 247 auf 334 (257 männl. und 97 weibl.) gestiegen. Es sind 10 Ortsgruppen (gegen das Vorjahr eine mehr) vorhanden. Von den Wahlkreisen des Bezirks sind die Kassenverhältnisse hier am günstigsten. Die Zahl der Gemeindevorsteher beträgt jetzt 29 in 7 Orten, gegen 20 in 6 Orten im Vorjahre. 29 Mitglieder, 2 Frauen, und 6 öffentliche Versammlungen fanden statt. Letztere waren sehr gut besucht. Bei der Regelung der Beitragsfrage entschied sich die Konferenz für die Erhebung eines Monatsbeitrages von 50 Pf. für männliche und eines 14tägigen 15-Pf.-Beitrages für weibliche Mitglieder bei freier Zustellung der „Gleichheit“ an die Frauen. Die Konferenz hatte mit Rücksicht darauf, daß der Kreis bisher in der Beitragsleistung im Bezirk durch Erhebung eines Wochenbeitrages von 10 Pf. für männliche Mitglieder an einer Stelle hand, von der Erhöhung auf 60 Pf. abgesehen. Der Beitrag für weibliche Mitglieder betrug bisher 20 Pf. monatlich. Einwendungen gegen die Tätigkeit der Partei und der Reichstagsfraktion wurden nicht erhoben.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Schwärz fortwährende Aufhellung und langsame Erwärmung; im östlichen Küstengebiet noch ziemlich zahlreiche, zum Teil starke, sonst sehr vereinzelte geringere Regenfälle.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kassel; für Einzeligen: Theodor Grosse, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Publizistikverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Kreis- und Unterhaltungsbüro.

Wenn in dieser Stunde der Entscheidung jeder wohlhabende Deutsche wüßte, wie sehr er durch die Hingabe seines Juwelen- und Goldbesitzes dazu mithilft, uns den Sieg auf wirtschaftlichem Gebiete zu sichern — niemand würde das geforderte Opfer verweigern.

Berlin, den 22. Juni 1918.

Hamm

Präsident der Reichsbank.

Der Reichstag zum Frieden von Bukarest.

177. Sitzung. Freitag, den 21. Juni 1918, nachmittags 2 Uhr. Am Bundesratsitz: v. Köhlmann, Payer.

Anfragen.

Abg. Varrichat (Sp.) wünscht die Aufhebung des beschärfsten Belagerungszustandes in Diktoren.

General v. Weisberg: Die Frage der Aufhebung des beschärfsten Belagerungszustandes wird erneut geprüft werden. Abg. Dr. Sabelum (Soz.) erinnert an das Todesurteil gegen drei Deutsche wegen Landesverrats in Genoa und an die Verurteilung deutscher wissenschaftlicher Forschungsinstitute in Italien, und fragt, was der Reichstagler zum Schutz der verurteilten Deutschen sowie gegen die dem Völkerrecht höhnernde Vergewaltigung und Vernichtung unergründlicher Kulturgüter zu tun gedenkt.

Direktor im Auswärtigen Amt Krieger: Das Urteil gegen die Deutschen ist ein reines Tendenzurteil, das völlig unhaltbar ist. Auf unserem durch Vermittlung von Neutralen erfolgten Einspruch hat die italienische Regierung erklärt, die Erörterung eines gerichtlichen Urteils könne nicht zugelassen werden. Es scheinen ihr aber selbst Bedenken gekommen zu sein, denn nach Zeitungsnachrichten hat der Kassationshof in Rom das Urteil aufgehoben und die Sache dem Kriegsgericht in Alexandria überwiesen. In betreff des zweiten Punktes ist die Gefahr, daß die italienische Regierung sich von einer aufgehobenen öffentlichen Meinung gegen das wahre Interesse ihres Landes auf einen solchen völkerrechtswidrigen Weg drängen läßt, in der Tat nicht gering. Auch hier hat die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Regierung Einspruch erhoben. Die italienische Regierung darf sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß die deutsche Regierung nicht zögern wird, die Vergewaltigung der deutschen Reichsangehörigen und der deutschen wissenschaftlichen Institute mit den schärfsten Gegenmaßnahmen zu bestrafen. Zunächst will ich aber noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die italienische Regierung unserem Einsprüche stattgeben wird. (Beifall.)

Abg. Erzberger (Z.) beklagt sich über Härten und unbedingte Eingriffe Kriegswirtschaftlicher Organisationen in landwirtschaftliche Betriebe, speziell im Bezirk des Oberamts Wöhrbach.

Unterstaatssekretär Gebr. von Braun: Die Kontrollen waren berechtigt.

Abg. Erzberger (Z.) beklagt sich über die Verschiebung der litauischen Unabhängigkeitserklärung und darüber, daß die Verhandlungen notwendigen Reise nach Berlin, noch zu der ebenso notwendigen Reise nach München die Genehmigung erhalten haben.

Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens, Freiherr von Falkenhäuser: Die Verschiebung der Unabhängigkeitserklärung vom litauischen Landesrat vorgenommen worden, er will sie im Juli veranlassen. Der Delegationsrat ist die Reise nach Berlin nicht genehmigt worden, weil die amtliche Stelle noch mit Vorarbeiten beschäftigt ist und daher noch nicht in die Verhandlungen eingetreten werden kann.

Abg. Simon (U. Soz.) führt Beschwerde über die Bekanntmachung der Reichsbesoldungssätze, die das Fördern und Annehmen niedrigerer Preise als der öffentlich bekanntgemachten unterlag.

Ein Regierungskommissar: Die Unterschreitung dieser Preise lag nicht im Sinne einer gleichmäßigen Verteilung und mußte daher unterjagt werden. Es folgt die erste Beratung des

Friedensvertrags mit Rumänien

Abg. Gröber (Z.)

Begrüßt diesen Friedensvertrag als ein glückverheißendes Ereignis. Im großen und ganzen ist Rumänien für seine Treulosigkeit eigentlich nicht schlecht weggekommen. (Sehr richtig!) Zu den Kriegsschadigungen gehören auch die Entschädigungen der Hinterbliebenen der deutschen Soldaten, die in Rumänien in Gefangenschaft geraten waren und dort zu Tausenden dem Hungertod verfallen oder ermordet sind. Es ist eine Ehrenpflicht der deutschen Regierung, hier nicht bloß für die Entschädigung der Hinterbliebenen zu sorgen, sondern auch dafür, daß die ruhmlosen Schuldigen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die außerordentlich großen Vorräte an Lebensmitteln von 3 bis 4 Millionen Vork, die wir in Rumänien vorgefunden haben, lassen und nachträglich die Kriegserklärung Rumäniens fast als Glücksfall erscheinen, denn im Falle hätten wir solche Mengen von Rumänien nie bekommen. Die Hauptsache wird sein, daß vertraglich festgelegt wird, daß Rumänien zu seiner alten deutschfreundlichen Politik zurückkehrt und dabei bleibt. — Wir beantragen Ueberweisung des Beschlusses an den Hauptauschuß. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir haben alles getan, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Wir waren zu schwach dazu, wir konnten es nicht, und wir hielten es nun für unsere Pflicht, alles zu tun, um den Krieg so schnell wie möglich zu beendigen durch einen

Frieden der Verschlingung.

durch einen demokratischen Frieden, der Dauer verspricht. Wir haben unsere Pflicht in dieser Richtung getan, das wird niemand bestreiten können. In Deutschland sowohl wie außerhalb. Zwischen dem Ausbruch des Krieges und zwischen dem Beginn unserer Arbeit für den Frieden hat gerade eine einzige Nacht gelegen. Wir sind heftig wegen unserer Haltung angegriffen worden, wir sind schwer verleumdet worden. Das alles hat uns nicht gehindert, sie fortzusetzen. Unsere Arbeit ist auch nicht vergeblich gewesen, besonders nicht im Inland nach den verschiedensten Richtungen. Einen der schönsten Erfolge erlebten wir Mitte Juli v. J., als die große Mehrheit des Reichstags als Verleumder beiseite geschoben und sich für einen demokratischen Frieden erklärte. Auch die großen Massen haben durchaus unsere Arbeit zu würdigen verstanden, und auch im Ausland arbeiten jetzt große Kreise für den Friedensgedanken. Wenn die Wölker selbst über den Frieden zu entscheiden hätten, so könnten wir morgen in Friedensverhandlungen eintreten. Leider ist keines der am Kriege beteiligten Länder derart demokratisch entwickelt, daß das Volk von entscheidendem Einfluß wäre. Am wenigsten ist das bei den Völkern der Ost, die sich so ungemein viel auf ihre Demokratie zugute tun. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, daß England erst jetzt wieder unserem vollständigen Vorsehen

Zweites den Weg nach England verweigert.

Die Regierungen wollen nichts wissen von einer friedlichen Verständigung, sie wollen es auf die Entscheidung durch die Waffen ankommen lassen. — Diese Entscheidung ist zum Teil gefallen und auf Grund dieser Entscheidung kam es dann zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest. Doch diese Verhandlungen nicht allmählich befriedigen können, ist selbstverständlich. Dem mit Rußland abgeschlossenen Frieden haben wir unsere Zustimmung leider nicht geben können. Wir konnten den

Vertrag nicht billigen, obwohl wir den Frieden selbst natürlich wollten. Bei der Beratung des Friedens mit Rumänien handelt es sich um eine ganze Anzahl von Friedensverträgen, deren jeder einzelne von großer Tragweite ist. Es kommen nicht nur Grenzverträge in Betracht, sondern auch rechtliche und wirtschaftspolitische Verträge, deren Tragweite heute kein Mensch übersehen kann. Es kommen auch noch andere Gesichtspunkte in Betracht. Herr Gröber begrüßt mit Freuden die Abmachungen in Bezug auf die religiöse Parität. Wir haben hier das größte Mißtrauen. Was man erwarten dürfte, ist nicht erreicht, und die Herren vom Zentrum werden gut tun, ebenfalls das größte Mißtrauen zu hegen. Ein Zustand sehr verdächtiger Art ist die Regelung der Dobrußschfrage. Doch darauf will ich jetzt ebenwiegend eingehen wie auf alle übrigen Fragen. Wir sind der Meinung, daß eine gründliche Erörterung des ganzen Vertrages nur dann möglich ist, wenn über alle die Dinge, über die Unklarheiten bestehen, wo Bedenken vorhanden sind, die beseitigt werden müssen, zuvor eine gründliche Erörterung im Hauptauschuß des Reichstags stattgefunden hat. Ferner ist es auch gar nicht möglich, den rumänischen Friedensvertrag zu behandeln, ohne Streitsachen zu werfen auf die gesamten Ostfragen, die sich an den russischen Friedensvertrag anknüpfen. Das heute zu tun hielte ich für töricht, es ist viel klüger, das mit der großen politischen Debatte, die am Montag beginnt, zu verbinden. Es muß also die Aussprache im Hauptauschuß vorausgehen, wenn aus den Debatten hier etwas Erprobliches herauskommen soll. Daher schließe ich mich dem Antrag Gröber auf Kommissionsberatung an. (Bravo! s. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Wir begrüßen den Vertrag wie jeden, der der Verbrüderung der Völker wieder die Wege ebnet. Wir hoffen, daß er eine geeignete Grundlage der Wiedereröffnung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rumänien bilden wird. Eine ausführliche Beratung halten wir im gegenwärtigen Moment nicht für angebracht und stimmen der Kommissionsberatung zu.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Nicht die sozialdemokratische Friedensarbeit ist es gewesen, die uns dem Frieden näher gebracht hat, sondern die Erfolge unserer Waffen. Der Friedensvertrag bringt unseren Verbündeten eine Reihe Erfolge, die auch wir begrüßen. 10 000 Quadratkilometer soll die Fläche betragen, die Ungarn zufällt; das würde der Größe Elsaß-Lothringens entsprechen. Wir nehmen an, daß es nun nicht mehr vorkommen wird, daß Neugeborene österreichischer Staatsbürger dahin aufgefaßt werden können, als käme für Deutschland nur ein annexionsloser Frieden in Frage. Weniger befriedigend ist die Regelung der Dobrußschfrage für Bulgarien. Die kleinen Völker sollten aus diesem Krieg lernen, daß, wer von England kriegt, daran stirbt. Daß der Frieden

mit dem jetzigen König

abgeschlossen werden mußte, liegt weder im Interesse des Landes noch im Interesse einer gedeihlichen Gestaltung unserer zukünftigen Beziehungen. Rumänien muß sich entschließen, auch im Innern ernstlich aufzuräumen mit der furchtbaren Korruption, die es in diesen Krieg geführt hat. Jenen Ministern, die den Krieg erklärt haben, muß der Prozeß gemacht werden. Den Verzicht auf Kriegsschadigung bedauern wir. Von diesem Dogma eines entschuldigungslosen Friedens halten wir uns ebenso losmachen müssen, wie Oesterreich-Ungarn von dem Dogma des annexionslosen Friedens sich losgemacht hat. (Sehr richtig rechts.) Gerade in diesem Falle wäre eine gezielte Kriegsschadigung sehr angebracht gewesen. (Sehr richtig rechts.) Die Verbrechen gegen wehrlose deutsche Gefangene müssen strafrechtlich gesühnt werden. Das hätte im Vertrage festgelegt werden müssen. (Bravo! rechts.) Die Judenfrage hätte als innere Angelegenheit Rumäniens behandelt werden müssen. Ein eigentlich deutsches Interesse lag nicht vor, die Gleichberechtigung der Juden zu verlangen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Die Erfahrungen mit Rumänien und Italien haben bewiesen, daß in Zukunft Bündnisse nicht mehr Geheimverträge zwischen Dynastien und Staatsmännern sein dürfen. (Sehr richtig!) Eine ungenügende Freude hat der Vertrag bei uns nicht ausgelöst. Dazu bleiben zwei Fragen in der Schwebe. Die berechtigten Ansprüche der Bulgaren auf die Dobrußsch hätten schon in diesem Friedensvertrag erfüllt werden müssen. (Sehr richtig!) In der Königfrage stimme ich dem Abg. Graf Westarp zu. Auch das Königtum von Gottes Gnaden hat seine Verantwortung vor der Geschichte. Wir haben die Befürchtung, daß bei dem Bestehen dieser Dynastie Bukarest später ein neues Entente-Mitglied werden wird. Die wirklich deutschfreundlichen Politiker in Rumänien sind durch die Wiederkehr der Dynastie geradezu ausgeschlossen von der ausschlaggebenden Mitwirkung an der Politik. (Sehr richtig!) Von einem entschuldigungslosen Frieden kann man in der Praxis bei dem Frieden mit Rumänien nicht sprechen. (Sehr richtig!) Strafrechtliche Sühne für die Ermordung deutscher Gefangener — ein bayerisches Regiment ist fast ganz vernichtet worden — verlangen auch wir. (Bravo!)

Abg. Darmuth (D. Fr.) äußert sich im Sinne der Vortröner und stimmt der Kommissionsberatung zu.

Abg. Ledebour (U. Soz.):

Ich bedaure, daß der Staatssekretär nicht zu Beginn der Beratung die leitenden Gesichtspunkte der Reichsregierung bei den Friedensverhandlungen auseinandergesetzt hat. Auch wir sind einverstanden, daß der Vertrag an eine Kommission geht, da noch viele Fragen des Vertrages, besonders wirtschaftliche Fragen, der Klärung bedürfen. Unser Hauptwiderspruch gegen den Vertrag beruht darauf, daß es nicht ein Friede der Verschlingung ist, sondern ein dem niedergeworbenen Feinde unter Ausnutzung der Macht aufzuzwinger Friede, der auch direkte Annexionen enthält. Ob die Dobrußsch bulgarisch werden soll, darüber muß unserm Erachten die Bevölkerung der Dobrußsch entscheiden. (Sehr wahr! s. d. U. Soz.) Auch über das endgültige Schicksal Beharabiens sollte man die Bevölkerung selbst entscheiden lassen, nicht aber irgendwelche Diplomaten am armen Tisch.

Die Gleichberechtigung ist in dem Friedensvertrag nicht weitgehend genug; nicht einmal alle christlichen Sekten würden nach dem Wortlaut des Vertrages Gleichberechtigung genießen, z. B. auch nicht die Sekte, die der frühere Reichsminister Michaelis angehört. (Heiterkeit s. d. U. Soz. Widerspruch des Abg. Mumm (D. Frak.) Auch den Juden wird nicht volle Gleichberechtigung gewährt. Diese Widersprüche müssen noch vor der Ratifizierung des Vertrages beseitigt werden. — Man verlangt Bestrafung für die Menschenkinder gegenüber deutschen Gefangenen in Rumänien. Dem stimmen wir zu; aber wir verlangen daselbe auch gegenüber entsprechenden Vorgängen in Deutschland. Abg. Graf Westarp behauptet, daß dieser Vertrag abgeschlossen sei mit der Dynastie Hohenzollern — in Rumänien. (Heiterkeit s. d. U. Soz.) Wir meinen, daß die Dynastien überall Unheil anrichten. Es wird

im Deutschen Reichstag abgetradet

werden mit den Dynastien, die ihr Volk durch eine verkehrte Politik ins Verderben geritten haben. Mit den Hohenzollern in Rumänien hängt man an, und andere folgen nach. (Unruhe rechts.) Sie haben dazu aufgefordert, Graf

Westarp, ich gleiche nur die Konsequenzen aus ihrer Forderung. (Abg. Graf Westarp: Das soll die Konsequenz sein, daß das auf andere Dynastien ausgedehnt wird! Und das läßt der Präsident zu? Das Präsidium führt Vizepräsident Vassilche.) Wir wollen keine Bestrafung fremder Völker, keine Vereinbarbeit von Nationen in die Friedensverträge, sondern wir wollen Herstellung von Frieden und Freundschaft mit allen Völkern. Diese bis jetzt geschlossenen Friedensverträge sind nur Waffenstillstandsverträge, die spätere Kriege im Keime mit sich tragen. Wir verlassen uns nicht auf die Regierungen, sondern wir rechnen darauf, daß die Völker die Initiative ergreifen werden, um einen dauernden sozialistischen Frieden herbeizuführen. (Bravo! s. d. U. Soz.)

Staatssekretär v. Köhlmann:

Ich will nur auf die wichtigsten Punkte, die in der Debatte erwähnt worden sind, eingehen. Dazu gehört vor allem die Frage der Nord-Dobrußsch. Da dies tatsächlich die schwierigste von allen bei dem Friedensvertrag zu behandelnden Fragen war, die auch heute noch erhebliche Schwierigkeiten bietet, liegt mir daran, jetzt nochmals vor diesem Hause programmatisch zu erklären, daß es niemals in der Absicht der Unterhändler und in der Absicht der verbündeten Regierungen gelegen hat, daß das Kondominium in der Dobrußsch etwas anderes sein soll, als eine zeitweilige Maßregel, daß unter den verbündeten Mittelmächten darüber keinen Augenblick Zweifel bestanden hat, daß die Wünsche und Aspirationen unserer treuen und tapferen Verbündeten auf dies Land mit dem historisch und nationale Bande Bulgarien verbunden, nicht anzuzweifeln sind. Wir alle sehen auf dem Standpunkt, daß dies Provisorium seine natürliche Lösung dahin findet, daß den Wünschen des bulgarischen Volkes entsprechend

die Nord-Dobrußsch mit Bulgarien vereinigt

werde. Da es sich im vorliegenden Falle um Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Verbündeten handelt, von denen wir alle überzeugt sind, daß sie bei gutem Willen von beiden Seiten überbrückbar sind, so müssen wir denen unserer beiden Verbündeten, Bulgarien und die Türkei, vollkommen gleich nahe stehen, solange alles vermeiden, was nach außen hin den Eindruck erwecken könnte, als begünstige die deutsche Politik, als begünstige wesentliche Faktoren des deutschen öffentlichen Lebens die Wünsche und Ansprüche des einen auf Kosten des anderen. Jeder solcher Gedanken würde nur dazu führen, die von uns gewünschte baldige Lösung der Frage zu verzögern und zu erschweren. Die Frage der Norddobrußsch hat, derjenigen Verbündeten im Falle einer Lösung dieser Frage im bulgarischen Sinne zuzustehen, hat die öffentliche Meinung beider Länder im hohen Grade erregt. Die öffentliche Meinung beider Länder verfolgt noch heute mit gespannter Aufmerksamkeit jede Meinungsäußerung aus dem großen befreundeten Staaten, der Mittelmächte. Von diesem Gesichtspunkt aus möchte ich einige Äußerungen des Abg. Stresemann nicht entgehen lassen, aber sie interpretieren. Er hat in seinen von genauer Sachkenntnis getragenen berechneten Ausführungen einen Satz gebraucht, der den Eindruck erwecken könnte, als bestünde bei uns die Generalsicht, zugunsten der bulgarischen Ansprüche auf die berechneten Ansprüche der türkischen Bundesgenossen weniger Gewicht zu legen. Ich bin überzeugt, daß Herr Stresemann diese Interpretation ferngehalten hat, aber bei telegraphischer Verbreitung konnte ein solcher Irrtum entstehen.

Auf die Frage der Bestrafung der für die höchst beklagenswerten Gefangenenerneuerungen schuldigen Personen will ich hier nicht eingehen. Auch da wird die Beratung im engeren Kreise mit Darlegungen von Seiten der Regierung begleitet werden können, die allen berechtigten Wünschen vollkommen genügen.

Es kann aus den Verhandlungen ein gewisses auch nach dem Friedensschluß dauerndes Mißtrauen gegen Rumänien hervor. Sicher kann nach den Erfahrungen dieses Krieges ein solches ungeteiltes Vertrauen nicht sofort wieder Platz greifen. Die Kritik der öffentlichen Meinung wird auch weiter ununterbrochen der Entwicklung der Dinge in diesem früher befreundeten Lande gegenübersehen müssen. Aber dies Buzucken darf nicht gekennzeichnet sein von einem ausgesprochenen Mißtrauen. Die Geschichte des rumänischen Volkes

widerwillig in den Krieg hineingetrieben

ist von einer kleinen Schar teils reichsinniger, teils verbrecherischer Politiker und Geschäftsmänner. (Abg. Ledebour (U. Soz.): Ganz wie in anderen Ländern auch! — Unruhe rechts.) Jurus rechts: Wo denn? (Höchsten in Amerika!) Das bisherige Verhalten des rumänischen Kabinetts, mit dem wir den Frieden abgeschlossen haben, gibt, soweit ich das übersehen kann, die Gewähr dafür, daß diejenigen Personen, deren Schuld bewiesen werden kann, zur Rechenschaft gezogen werden. Das muß geschehen aus dem freien Entschluß des rumänischen Volkes heraus, ohne jeden Versuch eines Druckes von außen. Das gibt dieser Aktion nationaler Sühne erst ihren wahren Wert, denn von der Durchführung dieser Aktion wird es abhängen, wie auch in der breiten Öffentlichkeit der Fortgang der rumänischen Politik beurteilt werden wird. Ich glaube, die Thronrede des eben eröffneten Parlaments gibt in dieser Beziehung einen günstigen Ausblick für die Zukunft.

Zum Schluß will ich noch den letzten Ausführungen des Abg. Ledebour aus nachdrücklichste entgegenreten. Das Haus Abgeordneter hat von jeder Vorbildung mit dem Volk im innigen Verein gearbeitet. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich glaube, daß in dieser schweren Zeit kein Deutscher anders als mit dem Gefühl von Beachtung und Dank zu unserem erhabenen Kaiser empfinden kann. Die deutschen Fürsten, insbesondere die Hohenzollern, stehen zu hoch, als daß Ausführungen, wie wir sie eben zu unserem Bedauern und mit Enttäufung angehört haben, ihnen auch nur die Stichel besparen können. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Die Debatte schließt.

Abg. Stresemann (natl.) (persönlich) bekämpft, daß er nicht die Meinung vertreten habe, man solle einen unserer Verbündeten auf Kosten des anderen betrogenen.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Ich weise zurück, daß Abg. Ledebour sich auf mich berief für seine Ausführungen, die wir geradezu als Schmach empfanden. (Beifall.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Der Staatssekretär hat den kampfhaften Versuch gemacht, mit seiner Mißhandlung auszubüßen, weil er mir sachlich nichts erwidern konnte. Graf Westarps Angriffe auf die rumänische Dynastie konnte ich mit Recht auf alle Dynastien ausdehnen, einschließlich der preussischen. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.)

Der Friedensvertrag mit Rumänien wird dem Hauptauschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf der Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer im Wege der Gnade niedergeschlagen gestattet, wird beifollos angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 1 Uhr. (Etat des Penfionsfonds, Erziehung des Besoldungsgesetzes.)

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Schluss der Etatsberatung.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag endlich den Haushaltsetat verabschiedet. Befrey ist er damit freilich noch nicht, da nun erst noch das Herrenhaus das Wort hat. Der Etat wird also frühestens in der ersten Hälfte des Juli, d. h. mehr als drei Monate nach dem verfassungsmäßigen Termin in Kraft treten können.

Die Konservativen benutzten die Gelegenheit, noch in letzter Stunde einen Vorstoß gegen die Steuerpolitik der Reichstagsmehrheit zu unternehmen; sie wollen von dem Steuerkompromiß nichts wissen, weil dadurch der bisherige Grundfah der Abgrenzung der Finanzen zwischen Reich und Einzelstaaten durchbrochen und das Verhältnis zwischen Reich und Preußen geändert wird. Der Reaktion liegt aber vor allem an der Aufrechterhaltung der Vorherrschaft Preußens, und deshalb widersehen sie sich jedem Schritt, der auch nur entfernt zu einer Umkehrung des heutigen Verhältnisses führen könnte. Der Finanzminister hatte es mit Rücksicht darauf, daß auch er auf dem Standpunkt steht, daß grundsätzlich die direkten Steuern den Bundesstaaten überlassen bleiben müssen, nicht leicht, das Kompromiß, wenn auch nur in dem Umfange, wie die Regierung ihm zugestimmt hat, zu verteidigen.

Zu Beginn der Sitzung hat sich Abg. Kopsch (Fortsch. Np.) und nach ihm besonders eingehend und gründlich Genosse Braun mit der Frage der Volksernährung beschäftigt. Im Gegensatz zu dem Konservativen Goeßch, der nur den Produzentenstandpunkt gelten lassen will, nahm sich Braun unter scharfer Kritik der ganzen Ernährungspolitik warm der Interessen der Verbraucher an. Zwischendurch bereitete Abg. Adolf Hoffmann den Konservativen die Freude einer Polemik gegen die alte Sozialdemokratie, die Genosse Hirsch kurz zurückwies.

Die nächste Sitzung, in der die Denkschrift über den Wiederaufbau Ostpreußens beraten werden soll, findet am 3. Juli statt.

Abg. Gen. Braun führte aus: Ich habe bei der zweiten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern eingehend über das Wüten der Fensur in Stettin

gegen unser Parteiorgan, den „Vollknoten“, gesprochen. Man ist darin noch weiter gegangen, obwohl das Blatt unter Vorzensur stand und daher nichts weiter hinein konnte, als was der Fensur gestattet. Man verbot seine Verbreitung in Kasernen und Lazaretten. Diese Maßnahme stellt eine geschäftliche Schädigung des Blattes dar. Aber auch damit hat sich die Fensur nicht abgefunden. Nachdem der Polizeipräsident von Stettin, der vom kommandierenden General mit der Ausübung der Vorzensur beauftragt worden war, diese einige Tage gründlich ausgeübt hatte, ist das Blatt durch Verfügung vom 17. d. M. bis auf weiteres überhaupt verboten worden, und zwar mit der Begründung, daß der Polizeipräsident von Stettin durch die Ausübung der Vorzensur

zu viel Arbeit gehabt

habe. (Hört, hört! h. d. Soz.) Das ist ein so skandalöser Mißbrauch der Dienstgewalt, daß dagegen auf das schärfste protestiert werden muß. Es ist bedauerlich, daß die Staatstropierung und die Reichsregierung gegenüber diesen militärischen Willkürakten ohnmächtig sind. So weit darf doch die Ausübung der Fensur unter keinen Umständen gehen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Minister sollte seine Beamten anweisen, sich nicht weiter als Handlanger dieser Militärtyrannie benutzen zu lassen. Das kann er wenigstens tun. — Der Abg. Hirsch hat gestern die Ernährungsfragen eingehend besprochen. Aber auch er hat nur Wiederholungen gebracht. Das einzig Positive war das Verlangen nach höherem Lebensmittelpreise. Wir haben eine Volksunterernährung in der bedrohlichsten Form, die die Arbeitskraft unseres Volkes auf das schlimmste untergräbt und eine ungeheure Gefahr für unsere heranwachsende Generation bedeutet. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Es ist gesagt worden, der Anbauzwang sei der Tod der Landwirtschaft. Wenn das der Fall wäre, würde es sehr wenig verständlich sein, weshalb man in der Ukraine durch Verordnung der deutschen Behörden den Anbauzwang eingeführt hat. Nach Beendigung des Krieges werden alle Länder so erschöpft sein, daß sie an Deutschland nichts mehr hergeben können. Es kommt daher darauf an, durch sachgemäße Taten die Lebensmittelerzeugung im Inlande sicherzustellen. Wir haben für die Kartoffel einen fast dreifachen Friedenspreis als Erzeugerpreis. Das sollte ausreichend sein. Ich glaube nicht, daß durch weitere Preissteigerung eine Vermehrung der Anbaufläche der Kartoffeln zu erzielen ist.

Die Zwangsrationierung muß aufrechterhalten werden; ihre Notwendigkeit geht daraus hervor, daß auch die anderen kriegsführenden Länder sie einführen. In Oesterreich ist man leider zu spät damit vorgegangen. Wir haben volle Sympathie und brüderliches Solidaritätsgefühl mit der Wiener Arbeiterkammer, aber gleichwohl müßte ich offen ausprechen, daß wir unserer Bevölkerung nicht zumuten können, sich noch mehr einzuschränken, nur um die Folgen der österreicherischen Schlamperie und ungarischen Selbstsucht von der Wiener Arbeiterkammer abzuwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen würde ich mich mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß auch nur ein Pfund Mehl jetzt nach Oesterreich abgegeben wird. (Sehr richtig! links und rechts.) Wenn man es bei vier Jahre lang nicht für nötig gehalten hat, eine vernünftige Rationierung und Zwangswirtschaft einzuführen, wenn man insbesondere in Ungarn noch das weiße Brot der Friedenszeiten ist, wegen mir bitteren Mangel leiden, dann kann man nicht in der kritischen Zeit, wo unsere Bevölkerung kaum das genügende Brot und die genügenden Kartoffeln hat, von uns verlangen, Lebensmittel auszuführen, um die Folgen der dortigen Schlamperie und Mißwirtschaft zu beseitigen. (Sehr richtig!) Dort wird bewiesen, wohin man kommt, wenn die Zwangsrationierung fehlt. Die Prophezeiungen über die Wirkung des U.Sooi-Krieges haben sich bisher als verfehlt erwiesen. Die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch der feindlichen Länder hat getrogen. Wir müssen konstatieren, daß der Wille zur Verständigung auf der Gegenseite nach den Reden ihrer leitenden Staatsmänner fehlt. Die englische Regierung verweigert den holländischen Vertretern der Sozialdemokratie die Fälle nach England und Frankreich. Das ist ein Beweis, daß diese Regierungen alles verhindern wollen was eine Verständigung der kriegsführenden Völker anbahnt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zu den nationalliberalen und konservativen Anträgen auf bessere Behandlung der Kriegsteilnehmer in der Besteuerung nach dem Kriege ist es verständlich, wenn die Parteien jetzt das Bedürfnis haben, sich vor den Kriegsteilnehmern nach der Beendigung der Wahlrechtsvorlage etwas zu erschulden. Gleichwohl ist uns die Tendenz der Anträge durchaus sympathisch, der nationalliberale Antrag ist bereits vorher weitergehend von uns gefordert worden. Der Antrag, daß alle Fensuren unter 8000 M. von der Staatssteuer frei bleiben sollen, nach dem nationalliberalen Antrag unter 2400 M., könnte die nationalliberale Partei auch weiterhin zu einer vernünftigen sozialdemokratischen Steuerpolitik führen, sonst wäre der ganze Antrag nichts weiter als ein plumpe Wahlmanöver. Solche Manöver könnte die Regierung auch erproben, dadurch, daß sie zur Aufhebung des Hauses, das doch zum Sterben reif ist, schreitet, damit das preussische Volk sein Urteil über die preussische Politik sprechen kann. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Der neue Vorschlag unseres Präsidenten über die Bewirtschaftung der diesjährigen Kartoffelernte bringt wiederum eine Erhöhung der Preise auf durchschnittlich 8 M. pro Zentner. Auch sein Verteilungssystem, so verführerisch es auf den ersten Blick erscheint, dürfte in der Durchführung nach unseren bisherigen Erfahrungen versagen. Seine Annahme wäre der Anfang der Verwirlichung des Antrages Röstke, der ja nicht nur für die Kartoffeln, sondern auch für Getreide und sonstige wichtige Lebensmittel denselben Weg will: erst das Quantum für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zu einem bestimmten Preise sicherstellen und dann den Rest den Landwirten zur freien Verfügung überlassen. Diefelben Bedenken, die gegen den Antrag Röstke sprechen und die ja auch in den zuständigen Reichsinstanzen zu seiner Ablehnung geführt haben, sprechen auch gegen den Vorschlag des Grafen Schwerin. Es ist doch in diesem Jahre trotz der guten Ernte nicht möglich gewesen, die 7-Pfund-Ration pro Kopf den Konsumenten bis zur neuen Ernte sicherstellen zu können. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die 8 Pfund, die Graf Schwerin als Vorkennzeichnung vorzieht, tatsächlich geliefert werden können. Die Kommunalverbände würden in den letzten Monaten des Wirtschaftsjahres nicht in der Lage sein, ihre Ver-

Holt Eure Kohlen jetzt

damit Ihr nicht im Winter frieren müßt.

Kohlenverband Groß-Berlin

pflichtungen zu erfüllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Goeßch hat dann auch seine Benugung über die Erhöhung der Getreidepreise

ausgesprochen, die wiederum eine Milliarde Mark mehr aus den Taschen der Bevölkerung zum Teil aus Mitteln des Staates in die Taschen der Getreidebauern führt. Unter Anrechnung der außerordentlich erhöhten Frühdeckschranke wird der Getreidepreis durch diese neue Erhöhung auf über 100 Gros, des Friedenspreises gesteigert. Diefür gibt es keine hinreichende Begründung. Die Erhöhung des Preises für ein Produkt zieht naturgemäß bei den Interessenten sofort das Verlangen nach Erhöhung der Preise anderer Produkte nach sich. Unsere ganze Preisregulierung entbehrt der Systematik, die wir von Anfang an verlangt haben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Auch die Erhöhung des Weizenpreises und die Herabsetzung der Brotzitation waren vermeidbar gewesen, wenn man rechtzeitig die Preise für andere landwirtschaftliche Produkte, die den Körnerbau zu verdrängen drohten, herabgesetzt, und wenn man insbesondere die Getreideernte durchgreifend erfasst und den Konsumenten zugeführt hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Groß-Berlin

Schwere Explosion in einem Geschäftshaus der Friedrichstraße.

Bisher 15 Tote, zahlreiche Schwere- und Leichtverletzte.

Eine furchtbare Katastrophe, die selbst in der gegenwärtigen Zeit, wo die Nerven gegen Schreckensstunden abgestumpft sind, Grauen und Entsetzen hervorgerufen geeignet ist, hat sich am Vormittag des gestrigen Tages in der südlichen Friedrichstraße ereignet.

Im ersten Stockwerk eines neuen Geschäftshauses Friedrichstraße 235, dicht an der Hedemannstraße, ist die Bioskop-Film-Gesellschaft untergebracht, während die oberen Räume von der Telefonen-Gesellschaft eingenommen werden. Gegen 11 Uhr vormittags schloffen nach einer furchtbaren Detonation aus den Fenstern des ersten Stockwerks haushohe Stickschichten hervor. Die in den betreffenden Räumen beschäftigten fünfzehn Personen sind sämtlich verbrannt, etwa acht Personen sind schwer, zwanzig leicht verletzt. Wahrscheinlich ist die Explosion durch Entzündung von lose umherliegenden Filmen entstanden. Sämtliche Räume des vier Stockwerke hohen Geschäftshauses sind vollständig ausgebrannt. An der Rettungsaktion beteiligten sich 13 Vöschzüge der Feuerwehr.

Dazu erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die Gewalt der Explosion war furchtbar. Das gesamte Personal, soweit es nicht schwer verletzt oder sofort getötet war, ergriff die Flucht und ließ dabei sämtliche Türen offen stehen, wodurch

Niefensstichkammern

entstanden und der Brand eine große Ausdehnung erlangte. Alle Leitungen für Elektrizität und Gas versagten. Die Treppen waren in Dunkel gehüllt. Der Pförtner in seiner Stube am Eingang des Hauses mußte flüchten und erlitt dabei noch Brandwunden im Gesicht. Keine Treppe konnte begangen werden. Die Flammen raffen von einer Treppe zur anderen. Abgeschnitten vom Aus- und Eingang sprangen wohl an 20 Personen, Männer, Frauen und Mädchen mit ihren brennenden Kleidern zum Schreden des zu Laufenden angefüllten Publikums auf den Bürgersteig. Die auf ersten Meldungen sofort ausgerückte Feuerwehr führte sofort Rettungsmanöver aus.

Sprungtücher

wurden mit Hilfe des Publikums unter den Fenstern gezogen und gleichzeitig vorn auf der Straße drei mechanische Leitern und auf dem ersten Hof eine Leiter zur Rettung der stehenden Mädchen, die zu ersticken drohten, aufgerichtet. Ueber diese Leitern konnten sich etwa 15 Personen retten.

Die Namen der Toten konnten noch nicht einwandfrei festgestellt werden, weil die meisten bis zur Unkenntlichkeit verbrannt sind und erst von den Angehörigen rekonstruiert werden müssen. Unter den Verletzten befinden sich der Schaupielerv Philipp Fied, Palast-Hotel, Kinematographenbesitzer Reinhold Haake, Monteur Karl Richter, Kontoristin A. Rood, ein Herr Wochmann, Buchhalter Fritz May und ein Fräulein Käthe Werner, Prenzlauer Str. 1.

Das Haus Friedrichstraße 235, das sogenannte „Passagehaus“, weil es einen Durchgang von der Friedrichstraße nach der Wilhelmstraße bildet, besteht zumeist aus Geschäftsräumen, die für Fabrikzwecke bestimmt sind. Namentlich sind es die Filmfabriken, die hier ihr Domizil aufgeschlagen haben. Am gestrigen Morgen war bei der Bioskop-Filmverleihgesellschaft der sogenannte „Programmwechsel-Tag“,

zu welchem die Kinobesitzer Berlins, die Kunden der Gesellschaft sind, geladen waren, um hier die neuen Filme für die kommende Woche zu sehen. Im Vorführsaal waren etwa 10-12 dieser Herren anwesend, in den Redentäumen befanden sich Kontoristinnen und Bureauangestellte. Plötzlich ertönte der Schredenruf „Feuer“ und

in der nächsten Sekunde schon brachen Stickschichten hervor. Die entsetzten Anwesenden versuchten zu flüchten. Einen Teil von ihnen gelang es, die Tür zu erreichen, über die Treppe auf den Hof zu eilen. Die Angestellten aber, namentlich die jungen Kontoristinnen, scheiterten völlig den Kopf verloren zu haben. Schreiend rannten sie in den von Feuer und Rauch bedeckten Räumen umher, mehrere von ihnen wurden ohnmächtig, sanken zu Boden und fanden den Tod durch Ersticken. Andere stürzten mit brennenden Kleidern nach den Fenstern, rissen dieselben auf und sprangen auf den Hof hinab. Die Flammen schlugen nach der 2. und 3. Etage, in der sich die Arbeitsäle der Telefonen-Gesellschaft befanden und in wenigen Sekunden waren auch diese in ein Feuermeer gehüllt. Jetzt spielten sich

graufige Szenen

ab. Schreiend und fast irrationell vor Angst ließen die zahlreichen Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Säle, hülflos, aber niemand hörte sie. Zum Unglück war auch das Treppenhaus schon völlig verqualmt, und so wagten die wenigsten von ihnen über die Treppe hinab ins Freie zu gelangen. Etwa 30 junge Mädchen flüchteten in eine kleine Kammer, schloffen die Tür fest hinter sich ab und berrammelten die Fenster. Hier blieben die Unglücklichen unaufhörlich eine Viertelstunde, ehe ihnen Hilfe erteilt wurde. Die Mannschaften der inzwischen eingetroffenen Feuerwehr drangen in die Kammer ein und langsam wurden die Veräuterten über die mechanische Leiter hinababgeliefert. Inmitten der Stickschichten, die immer noch aus den einzelnen Etagen herausschlugen, schließ- lich war die Rettungsleiter so heiß geworden, daß weitere Rettungsversuche aufgegeben werden mußten. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Angestellten der Telefonen-Gesellschaft und des Nationalfilms gerettet sind.

Durch den Brand sind viele Hunderte von Personen arbeitslos geworden. Der materielle Schaden läßt sich auch nicht annähernd schätzen. In sämtlichen drei Etagen stehen nur noch kahle rauchgeschwätzte Wände.

Die Verfassung Groß-Berlins.

Um eine allgemeine Aussprache über die kommunale Ausgestaltung Groß-Berlins herbeizuführen und die Meinungen zu hören, wird, wie wir erfahren, am 2. Juli im Ministerium des Innern eine Besprechung der beteiligten Persönlichkeiten und Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände Groß-Berlins stattfinden.

Rundgebung der Kriegsbeschädigten.

Ans vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer einberufenen sehr stark besuchte Versammlung tagte am Donnerstag im großen Saal des Lehrervereinshauses. Der Sekretär des Bundes, Erich Rohmann, sprach über die sozialpolitischen Forderungen der Kriegsbeschädigten. Er forderte eine grundlegende Aenderung des Mannschaffsversicherungsgesetzes, derart, daß der Kriegsbeschädigten Renten gewährt werden, die in richtigem Verhältnis zu dem Einkommen stehen, welches sie in ihrem Zivilberuf hatten. Solange das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form gilt, sollten wenigstens Zenerungszulagen zu den Renten gewährt werden. Auch nach der Richtung müsse das Gesetz reformiert werden, daß die Renten durch Spruchinstanzen unter Mitwirkung von Vertretern der Kriegsbeschädigten festgesetzt werden. Den mit ihren Ansprüchen abgewiesenen Beschädigten müsse der Rechtsweg nach dem Vorbilde der Sozialversicherung geöffnet werden. Auch die Hinterbliebenenfürsorge müsse verbessert werden. Die ärztliche Fürsorge müsse nach dem fortgeschrittenen Standpunkt der Heilkunde erfolgen. Die Kriegsbeschädigten dürften nicht zum Gegenstand wissenschaftlicher Experimente gemacht werden. Die ärztliche Behandlung der Krankenleidenden müsse taftvoll und rücksichtsvoll sein. Die Kriegsbeschädigten müßten wieder leistungs- und arbeitsfähig gemacht werden. Das sei die Hauptaufgabe der Fürsorge, die im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge ihren organisatorischen Mittelpunkt finden müsse. Reich und Bundesstaaten dürften mit ihren Mitteln zur finanziellen Unterstützung nicht knausern. Ferner würden gelegliche Garantien für die dauernde Beschäftigung der Kriegsbeschädigten gefordert. Bei der Verteilung von Spenden, die durch Sammlungen aufgebracht werden, müßten die Kriegsbeschädigten mitwirken. Das gelte besonders für den vom Reiche mit 300 Millionen dotierten „Reichskriegerdank“, der in Gefahr sei, dem Einfluß des Ruffhäuserbundes ausgeliefert zu werden. Der im Dienst des Vaterlandes zu Schaden gekommenen, muß nach einem einheitlichen Recht entschädigt werden, ganz gleich unter welchen Umständen er sein Opfer gebracht habe.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Ebenso die Ausführungen der Diskussionsredner, die neben den sozialpolitischen Forderungen auch dafür eintraten, daß die politischen Rechte der Kriegsbeschädigten nicht zu kurz kommen. Die Verbündeten für Stärkung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten fanden allseitige Zustimmung.

Schon wieder geschossen!

Am Donnerstag abend gegen 12 Uhr hörten Passanten der Grenadierstraße hinter sich den Ruf: „Galtet ihn!“ In demselben Augenblick rannte aus der Mänzküche in die Grenadierstraße ein Soldat an ihnen vorbei und sein Begleiter feuerte zwei scharfe Schüsse auf den Fliehenden ab. Dieser wurde einige Minuten später durch einen Schutzmann, der ihm entgegenkam, festgehalten und abgeführt. Es ist lediglich ein glücklicher Zufall, daß weder der Fliehende noch einer der Passanten, die sich in der Schußlinie befanden, von einer Kugel getroffen wurde. Geraume Zeit ist bereits verstrichen, seit uns amtlich versichert wurde, die zuständige militärische Stelle habe angeordnet, daß Arrestanten innerhalb der Stadt mittels Drohkölle transportiert werden sollen, wodurch Fluchtversuche mit nachfolgenden Schicksalen vermieden würden. Die strikte Durchföhrung dieser Anordnung scheint sich aber leider noch immer nicht ermöglichen zu lassen.

Die „dreschenden Oshen“.

Die Kohltreibgenisse der Herren Reide und Mischelet liegen der bürgerlichen Presse noch immer schwer im Magen. Während die „Deutsche Zeitung“ dem „Vorwärts“ zugehört, sich „um die Deffentlichkeit ein unbefreitbares Verdienst erworben zu haben“, läugert

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für das dritte Vierteljahr 1918 bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

sch der „Vokal-Anzeiger“ in einem „Schneeflecken an der Küchentür“ überlieferten Artikel folgendermaßen:

Wenn von nicht rationierten Lebensmitteln Leuten, die selbstlos und weit über ihre amtliche Verpflichtung hinaus für das Gemeinwohl arbeiten, ein kleines Quantum vorzugsweise zuteil wird, so ist dabei gar nichts zu finden. Das Wort, man solle dem Dänen, der da drüben, das Maul nicht verbünden, ist drastisch, trifft aber den Nagel auf den Kopf.

Wir müssen diesen Versuch, das biblische Dänenverbot auf unsere städtische Obrigkeit auszuheben, durchaus ablehnen und sind vielmehr der Meinung, daß hier das antike Sprichwort mit einer kleinen Umdeutung am Platze ist: „Quod licet bovi, non licet homini.“ (Was einem Dänen geziem, schickt sich nicht für einen kummelhaften Würdenträger.)

Der „Mundvorrat“ der Werderaner.

Der Magistrat von Werder macht bekannt, daß er von der Reichsstelle für Gemüse und Obst ermächtigt sei, für die Einwohner der Stadt, die tagsüber zur Erwerbstätigkeit in Berlin und sonstwo abwesend sind, Scheine auszustellen, die sie berechtigen, täglich zwei bis drei Pfund Obst als Mundvorrat mitzunehmen.

Wenn also — dank dem „bewährten System“ des Herrn v. Tilly und den Verteilungspunkten in der Stadt Berlin — die Bewohner der deutschen Reichshauptstadt in diesem Frühjahr kaum in die Lage kommen dürften, selber eine Kirche oder eine Erbbeer zu genießen, so bietet ihnen die unerwünschte Fürsorge der Reichsstelle für Gemüse und Obst jetzt doch wenigstens die Gelegenheit, Obst essen zu sehen. Wir fürchten aber, daß die anspruchsvollen Berliner auch damit wieder nicht zufrieden sein werden.

Öffentliche Stellenvermittlung für kaufmännisches Personal.

Der Verband märkischer Arbeitssuchender veröffentlicht den ersten Verzeichnisvermerk seiner Stellenvermittlung für kaufmännisches Personal. Derselbe umfaßt den Zeitraum vom 1. November 1918 bis 31. Oktober 1917. Wird in Betracht gezogen, daß nach der Meinung der liberalen Stadtväter eine solche Organisation keine Lebensfähigkeit haben sollte, weil angeblich individuelle Wünsche der Unternehmer nicht genügend berücksichtigt werden könnten und während man ferner den Umstand, daß ein Teil der Angestellten, insbesondere der Handlungsgehilfen, einer solchen Einrichtung aus Verachtung, ihre Organisationen können Schaden leiden, nicht sympathisch gegenübersehen, so ist das Ergebnis als Anfang als ein durchaus befriedigendes zu bezeichnen.

In dem angegebenen Zeitraum meldeten sich Stellensuchende 8279, davon 4171 männliche und 4108 weibliche. Offene Stellen wurden gemeldet 8334, verlangt wurden 2321 männliche und 4013 weibliche Angestellte. Davon wurden besetzt allerdings nur ein Drittel der gemeldeten Stellen, nämlich 2752, davon 1479 männliche und 1273 weibliche. In anschaulicher Weise zeigt der Bericht aus einander, aus welchen Gründen die Besetzung von Stellen so verhältnismäßig gering und eine Steigerung nicht möglich war. Bei der männlichen Abteilung wird die geringe Zahl der Vermittlungen auf den durch Warenknappheit eingeschränkten Umsatz zurückgeführt und auf den weiteren Umstand, daß weibliche Arbeitskräfte an Stelle des zum Heeresdienst eingezogenen männlichen Verkaufspersonals eingestellt wurden. Sehr bemerkenswert ist der im Bericht enthaltene Hinweis darauf, daß die Auftraggeber nicht die von den Bewerbern geforderten Gehälter bewilligen wollten und in ihren Ansprüchen an Vertritt- und sonstigen Spezialkenntnissen nicht dem Umstand genügend Rechnung trugen, daß sich die besten Kräfte im Heeresdienst befinden. Es heißt, auf diesen Schwierigkeiten scheiterten viele Beschäftigungswünsche. Anders ausgedrückt: Die Herren des Handels wollten zwar die besten Kräfte haben, aber nicht den Zeitverhältnissen entsprechende Bezahlung leisten. Gestagt wird auch, daß es trotz vieler Bemühungen nicht gelungen ist, die Industrie-Großbetriebe und die Großbanken für die Einrichtung zu gewinnen, da diese sich nach wie vor des Inzerats bedienen. Unferneits wünschen wir den Privatangehörigen die Erkenntnis, die sich in den Reihen der Industriearbeiter immer mehr und mehr Bahn gebrochen hat, daß es für die Arbeitnehmer einen unwürdigen Zustand bedeutet, auf ein Inzerat hin in Oeden zu dem Unternehmen zu laufen oder massenhafte Bewerbungen einzuschicken, damit sich dieser die oder den angeblich „besten oder geeigneten“ Bewerber aussuchen kann.

Im Sinne des Dienstpflichtgesetzes gilt der „Stellennachweis für kaufmännisches Personal“ auch als Hilfsdienststelle. Als solche besetzt der Nachweis 471 Stellen, darunter 353 für militärische Hilfsstellen. Die Vermittlungen scheiterten hier vielfach an der geringen Bezahlung, die im Hilfsdienst geboten wurde, wie an der Vorliebe für weibliche Angestellte gegenüber den im vorgerückten Alter stehenden Hilfsdienstpflichtigen.

Bei Kriegsgesellschaften wurde die Vermittlung durch die Einrichtung einer besonderen Vermittlungsstelle bei dem Reichswart des Innern besichert. Dem möchten wir hinzufügen, daß dieser Umstand wohl nicht die einzige Erscheinung ist. Bei den meisten Kriegsgesellschaften spielen unseres Erachtens persönliche Konzeptionen eine der Hauptrollen, wenn nicht die größte überhaupt.

Die Vermittlung von Bureauangestellten bei Behörden entsprach sich nur in geringem Umfang, da die dort gebildeten Kandidaten sich nur in wenig befähigten Schreibfähigkeiten als zu niedrig angesehen wurden. Man kann sich ungefähr denken, welche „Staatslöhne“ dann solchen Bureauangestellten angeboten sein müssen!

Der Umstand, daß einmal das nachgewiesene Bewerber sich bei wiederholten Stellenwechsel des nachgewiesenen Bedienten und daß auch organisierte Handlungsgehilfen die Vermittlung in Anspruch nehmen, läßt den Schluss zu, daß die Handlungsgehilfen sich in steigendem Maße der öffentlichen Stellenvermittlung bedienen werden. Freich, fröhlich und frei hat sich der Verband märkischer Arbeitssuchender mit der Errichtung dieses öffentlichen Stellenvermittlungsnachweises für Kaufleute vor eine Aufgabe gestellt, die eigentlich die Stadt Berlin, als erste im Kranze der Städte des Wirtschaftsgebietes von Groß-Berlin hätte lösen sollen und können, wenn nicht die Kurzsichtigkeit der kommunalen Vertreter der bürgerlichen Mehrheit im Berliner Rathaus durch ihren Indifferentismus gegenüber zeitgemäßen sozialpolitischen Aufgaben dies verhindert hätte.

Bei den Mieteinigungsämtern der Stadt Berlin, die sich sämtlich in dem Hause Zimmerstr. 90/91 befinden, ist der Andrang des Publikums in den letzten Wochen erheblich stärker geworden. Im zehntausendsten Wartezettel wird darauf hingewiesen, daß die Anfragen und Anträge auch schriftlich eingereicht werden können.

Briefverkehr mit Elsaß-Lothringen. Amtlich teilt man uns mit: Ost wird darüber geklagt, daß Briefschaften von und nach Elsaß-Lothringen sehr lange Zeit brauchen, um an ihren Bestimmungsort zu gelangen. Ein großer Teil dieser Klagen würde vermieden, wenn die Bestimmungen über den Briefverkehr mit Elsaß-Lothringen beachtet, insbesondere die Briefe stets offen aufgegeben werden würden. Alle für Elsaß-Lothringen einschläglichen des rechtlichen Bereichs der elsaßischen Postungen bestimmte und von dort ausgehende Privatpost, die verschlossen aufgegeben wird, wird ausnahmslos entweder zur Prüfung geöffnet oder dem Absender zurückgegeben.

Mord und Selbstmordversuch. In Nichtenberg versuchte die 31-jährige Arbeiterfrau Anna Malzigus, sich in ihrer in der Jungstr. 16 gelegenen Wohnung mit ihrer acht Jahre alten Tochter durch Leuchtgas zu vergiften. Als das Kind eingeschlossen war, öffnete die Mutter den Gasbehälter. Wegen Morgens wachte die Lebensmüde auf und fand, daß die Kleine bereits tot war. Nun machte die Mutter noch einen zweiten Selbstmordversuch, indem sie

aus dem Fenster ihrer Wohnung auf den Hof hinabsprang. Kroch dem hat die Frau bei dem Sturz aus der vierten Etage nur leichte Verletzungen davongetragen und konnte bereits im städtischen Krankenhaus bezogen werden. Ueber den Beweggrund zu dem Mord und Selbstmordversuch verweigert sie jede Auskunft.

Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem Leuching wurde Donnerstagsabend der 18-jährige Lehrling Siegfried Lindemann aus der Verstr. 58 in Steglitz von einem anderen jungen Menschen erschossen. Der letztere wollte den Dahn des Leuchings fassen, kam aber mit dem Finger an den Abzug, so daß sich die Waffe entlud und das Geschloß dem dicht daneben stehenden Lindemann in den Kopf drang.

Reisföhl. Kinder-Zwieback. Zum Ausgleich für die Kürzung der Milchmenge erhalten die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre Ersatz durch Ausgabe von Zwieback. Für den Monat Juni gewährt den Kindern im 5. und 6. Lebensjahre, die im Besitz einer Vollmilchfacke „C“ sind, 1 Pfund Zwieback. Der Zwieback kann in den Geschäften von Richard Heinrich, Verstr. 144, Hermannplatz 4, Hermannstr. 59/60, Otto Wienecke, Verstr. 17 und Hohenzollernplatz 5, Konsumgenossenschaft, Dohrenstr. 26/27 und Emser Str. 83, Fritz Profius, Verstr. 67, Schwabstr. 39, entnommen werden. Die Entnahme kann in der Zeit vom 22. bis 30. Juni erfolgen.

Schöneberg. Die Protokommission 13, Hauptstr. 76, wird am 1. Juli nach der Gedwichtstr. 11 verlegt. Diese Verlegung bezieht sich auch auf die dortige Bekleidungskommission. Für den Verkehr mit der Bürgerschaft bleibt die Protokommission 13 an diesem Tage geschlossen.

Wilmerdorf. Abgabe von Süßstoff. Vom 24. Juni bis einschl. 14. Juli werden auf Abschnitt 6 der roten Hausabfuhrbesuchsliste 2 Briefchen Süßstoff zum Preise von je 0,25 R. durch die Apotheke und Drogerien abgegeben.

Fankow. Graupen-Verkauf. In den bekannten Geschäften gelangen gegen Abrennung des Bezugs- und Quittungsschnittes 97 von der gemeinsamen Lebensmittelkarte 300 Gramm Graupen zum Verkauf. Der Preis beträgt für 500 Gramm 0,36 R., für 300 Gramm 0,22 R.

Spanan. Lebensmittel. Von jetzt ab können auf Feld 106 der Lebensmittelkarte 2 Pfund Einmachegucker oder 3 Pfund Kunstbrot zur Ausgabe. — Die auf Abschnitt 34 als Teil-Erfaz für die herabgesetzte Brotmenge ausgegebenen 375 Gramm

Juwelen- und Goldankaufswochen
16.-23. Juni

Zucker können noch heute bezogen werden. — In einer Reihe von Geschäften ist noch eingediebt Vollmilch und Milchpulver auf Bezugsscheine für Schulkinder vorrätig.

Weißense. Ausgabe von Graupen und Marmelade. Es entfallen: 300 Gramm Graupen auf Abschnitt 33 und 300 Gramm Graupen auf Abschnitt 37, ferner je 500 Gramm Marmelade auf die Abschnitte 34 und 38 der allgemeinen Lebensmittelkarte. Die Entnahme von Graupen und Marmelade kann vom 21. ab erfolgen. Sie muß in dem Geschäfte stattfinden, in dem der Inhaber der Lebensmittelkarte sich zum Bezuge von Nahrungsmitteln angemeldet hat.

Friedrichsfelde. Verteilung von Kinder-Getreidemehl. In den nächsten Tagen gelangen zur Verteilung an Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1918 bis zum 30. Juni 1916 geboren sind, je 200 Gramm Kinder-Getreidemehl, gegen Abgabe der rechten Hälfte des Mittelstückes der jetzt gültigen Vollmilchkarte für den Monat Juni. Der Preis beträgt 33 Pf.

Konowes. Lebensmittel. Am Sonnabend, den 22., findet in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises der Verkauf von Heringen statt: Winkel Nr. 3335—4335, Prommer Nr. 1601—2000, Pögen Nr. 1601—2000, Mülow 1801—2174 und 3001—3228, Wälder Nr. 2701—3700. — In der Verkaufsstelle, Uhlendstr. 5, findet am Sonntag, den 23., der Verkauf von Knochen statt. Es entfallen auf den Kartenabschnitt 4 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte Nr. 1—300 1 Pfund Knochen zum Preise von 20 Pf.

Gerichtszeitung.

Raubmordversuch durch Jugendliche.

Wie ein Kapitel aus einem bösen Verbrecherroman mutete der Sachverhalt an, welcher einer Anklage wegen versuchten Raubmordes und Raubes und schweren Diebstahls zugrunde lag, welcher die 3. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Aus der Untersuchung wurden die 17- bzw. 16-jährigen Wurschen, Edzine anständiger Leute, und zwar der Kaufmannslehrling Karl Mundschent, der Rentier Karl Kasiste und der Kutcher Walter Dohberti vorgeführt. — Die Angeklagten hatten von dem großen Verdienst der sog. Kriegsgewinnler und deren äppigem Leben gehört. Um auch einmal mit dem Gelde um sich werfen zu können, erdachten sie folgenden raffinierten Plan, der beinahe einem Menschen das Leben gekostet hätte. Nachdem sie sich durch einen Einbruch in den Besitz von Geldmitteln gesetzt hatten, um sich die nötigen Waffen kaufen zu können, trat einer von ihnen an den Rentier Walter Bernisch heran und erzählte diesem, sie hätten einen großen Vorrat Wein, den sie von einem Gastwirt erstanden hätten, dessen Total geschlossen worden sei, zu verkaufen. Der Wein lagere vorläufig in einer Kammer auf einem Grundstück in der Friedrichstraße. Wenn er den Wein, an dem viel Geld zu verdienen sei, kaufen wolle, so müsse er mit dem Kaufpreis von 6000 Mark abends dort erscheinen. — Die Angeklagten hatten nichts Geringeres vor, als den W. sobald er die dunkle Kammer betrat, mitschuldig zu erschlagen und hatten sogar Feuer bewahrt, um etwaige Unpazent zu beseitigen. Sie wollten die Leiche des W. dann in einem mit Feuer angelegten Saal verbrennen, sie auf einem mitgebrachten Fuhrwerk nach der Palaststraße schaffen und dort vergraben. — Dieser Plan scheiterte im letzten Augenblick noch an der Geistesgegenwart des Zeugen W. Als er am Abend des 4. April mit dem Gelde in der Tasche den Stall betrat, sah er plötzlich einen der Angeklagten, den kühnbereiten Revolver auf ihn angelegt, vor sich stehen. Er hatte die Geistesgegenwart, schnell die Stalltür aufzuschlagen und hinter sich den Post zu laufen. Von Hausbewohnern wurde sofort die Haustür geschlossen, so daß die drei jugendlichen Verbrecher in der Halle saßen. Mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagten eigentlich nur durch die Geistesgegenwart des Zeugen W. nicht davon bewahrt geblieben sind, jetzt als Mörder vor Gericht zu stehen, beantragte der Staatsanwalt gegen Mundschent und Kasiste je 3 Jahr 3 Monate und gegen Dohberti 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Mundschent und Kasiste auf je 3 Jahr und 2 Monate und gegen Dohberti auf 2 Jahr und 2 Monate Gefängnis.

Industrie und Handel.

Scheidemandel A.G.

Das Reichswirtschaftsamt erläßt eine Erklärung über die Beziehungen der Scheidemandel A.G. zu dem Kriegsausgleich für Teile und Netto. Darin wird bemerkt, daß die von der Scheidemandel A.G. betriebene Concernos G. m. b. H. nicht zu Entscheidungen grundföhllicher Art berufen sei. Jedem Praktiker ist aber wohl bekannt, daß in der Ausübung der laufenden Geschäftskontrolle ein außergewöhnlich wichtiger Faktor liegt. Das Reichswirtschaftsamt schließt seine Erklärung mit folgender Bemerkung:

Nachdem zwischen dem Kriegsausgleich und der Concernos geschlossenen Verträge hatte diese Gesellschaft ihre Organisation kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Kriegsausgleich hat dann in fortwährendem Maße die von der Concernos besoldeten Angestellten durch eigene Angestellte ersetzt. Jetzt sind in der Anstalt etwa ein Drittel der Angestellten der Concernos und zwei Drittel der Angestellten des Kriegsausgleiches beschäftigt.

Das Reichswirtschaftsamt fñhlt also selbst, daß der bestehende Zustand unsehrliche Mängel in sich birgt und sucht durch eine Reform zu beugehen, von der man nur bebauern kann, daß sie sehr spät und in unzureichendem Umfang erfolgt.

Gegen die wilde Spekulation.

In einer Besprechung, die gestern im Handelsministerium mit Vertretern der Börsen- und Bankkreise über die Ausföhrungen an der Börsenspekulation stattfand, wurden, wie W. T. W. meldet, u. a. Maßnahmen gegen die Angestellten-Spekulation und zur schärferen Durchföhrung des Verbots der Kreditgewährung für Börsengeschäfte erörtert. Es wurde allseits anerkannt, daß eine Eindämmung der Spekulation im Hinblick auf den Ernst der Kriegszeit und die Gefahren, welche sich bei einem Rückgang der Bewegung ergeben müssen, geboten erscheint.

Die Frage der Erhebung eines Kriegszuschlages zu dem in der Stempelgesetzgebung in Aussicht genommenen erhöhten Umsatziempel wird an anderer Stelle weiter verfolgt werden. Sie bildete ebenso wie die sonstigen allgemeinen Maßnahmen, zu denen die Spekulation in Dividendenpapieren und die Bewertung dieser Papiere, insbesondere auch in feuerlichen Beziehung, Anlaß geben könnte, nicht den Gegenstand der Erörterungen.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Groß-Berlin. Heute Sonnabend, den 22. Juni: Beteiligung an der Sommerfeier des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ (Abfahrt ab Charlottenburg 7^u, 8^u, 9^u abends nach Pichelswerder. Beginn der Feier nach 7^u 12 Uhr. Die Feier besteht in Regitation, Gesang, Vorträgen usw. Es wird erwartet, daß sich alle Jugendlichen daran beteiligen.

Gruppe Gesundbrunnen. Sonnenwendfeier. Treffpunkt: Heute Sonnabend, abends 8^u am Bahnhof S. Picheln.

Gruppe Moabit. Sonnenwendfeier. Treffpunkt: Heute Sonnabend, abends 7^u 30 Uhr, Stromstraße, Ecke Turmstraße (Dresdener Markt).

Gruppe Läden. Sonnenwendfeier. Treffpunkt: Heute Sonnabend, abends 8 Uhr, Untergrundbahnstation Potsdamer Platz, Eingang Königsplatz Straße.

Preussener Vorkab. Am 22. und 23. Juni: Beteiligung an der Sommerfeier des Touristenvereins „Naturfreunde“ nach Pichelsberge. Anstalt: Spielpartie. Treffpunkt: Sonnabend abends 7^u 15 Uhr, Alexanderplatz (Verolina). Anstalt: Sonntag früh ab Charlottenburg mit dem Zuge 6^u nach Pichelsberge. Dort ist ein Platz.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23., vormittags 9 Uhr Pappelallee 15/17; Rehföhl, Idealasino, Reichstr. 8; Oberhöfische, Wilhelmstr. 43 bei Pamp; „Freireligiöse Fortuna.“ — 10^u, 11^u Uhr kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag von Herrn Emil Eichborn: „Ludwig Feuerbachs Leben und Wirken.“ Bitte willkommen. — Unter dießjähriger Dampferausflug findet am 8. Juli statt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (A. G.), Hamburg, Filiale Berlin 2. Sonntag, den 23., vorm. 9 Uhr, im Lokale von Picheln, Präsidenten Str. 10: Kriegerbesprechung. — Filiale Berlin 6. Mitgliederversammlung Sonntag, den 23., vorm. 10 Uhr, bei Meyer, Adlerstr. 123; Stellungnahme zur Generalversammlung. — Filiale Schöneberg. Sonnabend, den 22., abends 8^u 15 Uhr, bei Doh, Martin-Lutherstr. 60: Generalversammlung: Wahl der Ortsverwaltung.

Briefkasten der Redaktion.

Lasse Schmidt. Viele kleinen Erzählungen sind noch nicht in Buchform erschienen. Mehrere gute Erzählungen haben Sie aber in der Sammlung Vorwärts-Bibliothek. Lassen Sie sich von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, ein Verzeichnis dieser Bibliothek senden. — Picheln, Berlin. Lassen Sie sich von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, ein Verzeichnis der Bibliothek schicken. Sie werden darin finden, was Sie suchen. — P. S. 60. 1. Nach der gegebenen Aufzeichnung dürfte keine Verwendung an der Front nicht zulässig sein. Sollten Sie aber selbst bemerkt haben, daß allgemeine für deutsche Heeresangehörige dieser Art nicht beliebt. 2. und 3. Er möchte sich im Dienstwege an den nächsten Vorgesetzten wenden. — Straßburg 2. 1. Sie und das Kind sind allein erbberechtigt. 2. Bei Wiedererhebung der Erbauseinandersetzung mit dem Kinde erfolgen. — P. S. 17. Der Hauswirt ist zur Einleitung berechtigt. Sie können aber das Mietverhältnis zur Einleitung anrufen, da die Einleitung sehr erheblich ist. — P. S. 100. Erfaz für die verlorengegangenen Karten wird nicht gegeben. — P. S. 4. Es empfiehlt sich, das Mietverhältnis mit anzurufen. Das Amt wird jedweden der Gemeindevorwaltung auf dem Rathaus angeleiert sein. — P. S. 1303. Rechn. Sie können dagegen Beschwerde führen. — Feldgrau 133. Eine Kammer zum Lagerungsjubiläum ist nicht erlaubt. — P. S. 159. Eine solche Unterstüfung wird bei Bedürftigkeit und nur, wenn der Vater zum Heere eingezogen ist, von der Kriegsindepende deutscher Frauen, Privatanzlei der Kronprinzessin, Potsdam, Neuer Garten, gewährt. — U. 81802. 1. Unbefristeter Urlaub steht Ihnen nicht zu. 2. Ja. — P. S. 11. 1. Ja. 2. und 3. Sie müssen sich an die Kleiderverwertungsstelle wenden. 4. Sie unterstützen dem Hilfsdienstgesetz und müssen Beschäftigung in einem kriegswichtigen Berufe nehmen. — P. S. 1000. 1. und 2. Nein. 3. Ja. — P. S. 12. Die Tochter können, wenn sie selbst Vermögen oder Einkommen haben, zum Unterhalt der Mutter verpflichtet werden. Die Gewährung der Unterstüfung hängt von der Bedürftigkeit ab, diese wird in jedem einzelnen Falle geprüft. — U. 84. 253. Der Kompanieföhrer ist zu solcher Anordnung berechtigt. — P. S. 27. Die ordnungsgemäße Anstüfung steht dem jetzigen Besitzer des Hauses zu. Unter den von Ihnen angegebenen Beschäftigten aber können Sie bezw. Ihre Frau das Mietverhältnis eingekauft anrufen mit dem Antrage, die Anstüfung für notwendig zu erklären. — P. S. 2. Diese Stellung wird nicht als im Bereich der Heereszone erachtet. Dem Reklamationsgesuch der Eltern ist damit genug getan und Sie werden gegen Ihre jetzige Verwendung nichts unternehmen können. — P. S. 37. 1. Ja. 2. Sie sind versicherungspflichtig. Sie müssen sich an das Versicherungsamt mit einer Beschwerde gegen die Firma wenden. 3. Darüber sind wir nicht orientiert. Befragen Sie sich bei irgend einer Firmengesellschaft. — U. 8. 1001. 1. Nur nach geschiedener Ehe und auf Antrag des Ehegatten kann Bekämpfung erfolgen, das Strafgesetz steht bis 6 Monate vor. 2. Ja. — P. S. 100. Eine Beschwerde ist an den zuständigen Landrat zu richten. Unterstüfung müßte in diesem Falle der Frau gewährt werden. — P. S. 650. Rehföhl. Rechn. Die Zuschlagskarte wird nur Kranke der Heereszone gewährt, und das sind Sie jetzt nicht mehr. — Größ 31. Der Mietnachschuß muß durch die Steuerlaste geregelt werden. Der Hauswirt muß sich zunächst an diese wenden. — P. S. 2. 1. Landratspflichtig — kriegswichtig. 2. Nein. 3. Ja. — P. S. 28. 1. Berlin ist zur Zahlung der Unterstüfung nicht verpflichtet, sondern Frankfurt a. O. Es wird von dort aber nur die staatliche Unterstüfung gewährt, da die Frau ihren Wohnort nach Berlin verlegt hat. 2. Beim Kompanieföhrer. — P. S. 8. Kriegszuschlag. Bei Wiedererhebung zum Heeresdienst wird die Lösung auf die Karte ausgesetzt. Wegen Rückzahlung der überschüssigen Rente müßten Sie sich beschleunigen. — P. S. 19. 1. Nein. 2. Die Lösung wird auf die Karte ausgesetzt, den überschüssigen Teil müssen Sie ausbezahlt erhalten. 3. Standort eines Anwes. — P. S. 4. 19. Wir können nicht annehmen, daß bei dem betreffenden Truppenteil zu verfahren wird. Die älteren Jahrgänge sollen möglichst aus der Front zurückgezogen werden und nicht die jüngeren. Welche das umgekehrt, so müßte dagegen Beschwerde auf dem Dienstwege eingeleitet werden. — Glandern. Anspruch auf Beförderung besteht nicht. — P. S. 4. Andere Klagen dieser Art sind nicht eingegangen. Wir raten Ihnen in jedem Falle, wo Sie sich überfordert glauben, sich an das Kriegsmuseum, Schöneberg, Apotheke Paulus-Str. 9, zu wenden.

Deutsches Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Pallenberg in **Bibikoff.**
Kammerspiele.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Inkognito. (Operette.)
Volksbühne, Th. A. Blümler.
Untergrundb. Schönb. Tor.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
General York.

Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Theater 1/2 Königgrätzerstr.
8 Uhr: **Die Schwestern**
und der Fremde.
Komödienhaus
8 Uhr: **Die Zarin.**

Berliner Theater
7 1/2 U.: **Blitzblaues Blut.**

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Lindenstr.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Die erste Geige.
Sonnt. nachm. 3 1/2, kleine Pr.:
Jugend.

Trianon-Theater
Bf. Friedrichstr. 22. 4977. 2091
8 U. Zum 294. Male: **Der**
Lebensschüler.
Kaiser-Titz, Bildt, Fink.
H. u. t. e. nachm. 7 1/2 kl. Pr.:
Hotkappchen.
Sonntag 4 Uhr: **Johannistauer.**

National-Theater
2, 8 Cöpenicker Str. 68. 7, 8
Noch nie dagewesener
Lacherfolg!
Mäuschen.
Militärhumoreske in 3 Akten.
Musik von Walter Bromme.
Sonntag 9 1/2, 11. Hausbesuche.
Vorverk. 10 U. ununterbroch.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger.
Reichshallen-Saal 7 1/2, U.:
Großes Blüthgen-Konzert.

Theater für Sonnabend, 22. Juni.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Csardasfürstin.**
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Der Troubadour**

Kleines Theater
8 Uhr: **Aristid und seine Fehler.**
Bassermann.

Komische Oper
7 1/2 U.: **Schwarzwaldmädel.**
Morg. 3 1/2, U.: **Die Kinokönigin.**

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.**
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Kabarett Tivoli
Bunte Vorträge
Spielfolge vom 19.-20. Juni:
Alois Krämer, Hanna Hartner,
Joffre u. Johnson, Otto Görs, Mita Endresser,
Willi-Robert-Hans, ? William ?
Täglich zwei Kapellen.
Anfang wechent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.
Kottbuser Damm 95 Fernspr.:
Meritzpl. 14553

Cigarren I. großer Auswahl
F. Ernst Borch, Berlin, Kl. Poststr. 21.
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Hank-Messing u. Römerstr. 111.
C. 11 Pariserstr. 22. Fernspr. Kgl. 12703
Wasserglas, Gemälde
R. Bunte, Sirenastr. 35.
A. E. Lange, Brunnenstr. 108
Bücher- u. Handkoffer
Otto Wolff, Treptow, Kr. 18
Bierbrauerei, Bierhandlung
Brauerei Bützow
empfehlen
Qualitätsbiere
araten Rangos.
Kornmann Meyer, Sülzstr. 11.

Verein für das
Druckschmuck
im Auslande

Land- u. Ostland Ausstellung

Kgl. Akademie
der Künste
Pariser
Platz 4

Im Künstlerhaus, Gellertstraße 3
Montag, 21. 6. 5. Vortragsabend
Prof. W. v. Krieger-Riga:
Die Landwirtschaft in Ostland und Westland.
Dr. G. Sieber-Riga:
Stadtgemeinde und Bevölkerungswesen.
Numerierter Platz 3 W., unnumerierter Platz 2 W.
Eintreffarten zu haben bei Generaldirektor, H. Westheim, an
der Ausstellungshalle u. abends an der Kasse im Künstlerhaus.
Beginn der Vorträge 8 1/2 Uhr abends.

DER „HIAS“
Täglich 7 1/2 Uhr abends
Riesen-Erfolg
Morgen Sonntag 2 Aufführungen
3 1/2, und 7 1/2 Uhr
Walhalla-Theater
Weinbergsweg

Th. i. d. Frankfurter Allee 313.
Die künstler. Gartenbühne
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg!
Was man aus
Siebe tut!!
Sonntag 4 Uhr: **Bunte Bühne.**

Admiralspalast.
Heute
Zum **100.** Male
Die Prinzessin
von Tragant.
Sajdah.
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5 u. 6 M.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Bachitzelchen.**
Gartenbühne: **Aha! Was Neues!**

Meierei
C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21. Alt Moabit
Alteiler und größter
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb

Photogr. Apparat
M. Albrecht
20, Kottbuser Str. 1
auch Galgenbergstr. 1
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 10
Wass. Liebre, Frankfurt
Stugo Heling
80 Filialen in allen Städten.
Herm. Meyer & Co. Act.-
Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Schweizergarten
Am Königstor
Am Friedrichshain 29-32.
Gärtner und Schöpfer Natur-
gärten Berlins. Heber 8000 Pflanz-
stoffe. Saal für 1000 Personen.
Täglich: Konzert, Theater,
Spezialitätenverkostung.
Anfangs-Abend 4 Uhr.
Sonntag 3 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kottbuserstr. 7-9.
Täglich 5 Uhr in vollständig
neuer Bearbeitung:
Im Wolkenzirkel.
Große Hofen-Heute in 5 Bildern
Dazu die großt. Spezialitäten

Spezialarzt
Dr. med. Koeben für
Geschlechtskrankheiten,
Haut-, Hals-, Frauenleiden,
nervös. Schwäche, Blau-
kranken. Behandlung
schnell, sicher u. schmerzlos
ohne Berufsstörung in
Dr. Homeyer & Co.
Kong. Labor. f. Blutunters.
Pfladen im Harn usw.
Friedrichstr. 81. gegenüb.
Königstr. 58/57. gegenüb.
Spr. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, u. Teilszahl.
Separates Damenzimmer.

Zahngebisse,
Platin, Gr. 7, 00. Setzen,
Ringe, Gebiete ta uft
Frau Wagner,
Kottbuserstr. 18 I (Alexanderplatz)

Spezialarzt
Dr. med. Wockenab
Friedrichstr. 125. Oranienb. Tor
Sprachst. 1-1, 6-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle,
sichere, schmerzlose Heilung
ohne Berufsstörung. Teilzahlung

Bezugsquellen-Verzeichnis
Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.
Fliegen- u. Würgew.
Otto Kugel, Alie Janobstr. 28
Wapp-u. Knabengard.
R. Baer, Hauptstr. 25, Ecke
Prinzen-Allee.
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Strömstr. 31.
Kühmann, P. Müllerstr. 40, E. Heest
Pillich, Mühlstr. Polowaren
Vester, E. Kottbuser-
str. 14/15
Wendhandlungen
Bethke, Georg. Kottbuser-
str. 44-
Senkstr. 13, Kaiser-Prisr.
Str. 84, Weesstr. 153, Friedenstr. 23
Treptow, Grüt-Str. 64.
Gaede, Otto Charlotten-
burg.
Wrangelstr. 75
F. W. Schiller Ecke Currystr.
Uetiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Klein. Bergstr. 148

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trink Wänninger Bier
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasstr. 97 Tel. Kgl. 2081, 2082
Essigfabriken
Timmer-Essig
Sherell erhältlich!
Mähmaschinen
Bellmann, R. Gellertstr. 23
Mähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Reichshaller

Richard Benker
am 17. Juni an Herzleiden
gestorben ist.
Die Einäscherung findet
am Sonnabend, den 22. Juni,
nachmittags 4 1/2 Uhr, im
Krematorium in Treptow
statt.

Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Klempner
Max Starzynski
am 17. Juni gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 22. Juni,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Pius-Ge-
meinde-Kirchhofes in Hohen-
schönhausen, Berliner Straße,
aus statt.
Rege Beteiligung wird er-
wartet.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Schlosser
Heinrich Graber
am 15. Juni an Lung-
leiden gestorben ist.
Seine Angehörigen bitten
113/11 Die Ortsverwaltung.

Ordnerhaft
der Neuen freien Volks-
bühne.
Hiermit die traurige Nach-
richt, daß unser Ordner-
kollege
Richard Brenker
gestorben ist.
Die Einäscherung findet
am Sonnabend, nachmittags
4 1/2 Uhr, im Krematorium
Treptow, Reichshallerstr. statt.
Um rege Beteiligung bitten
158/2 Der Vorstand.

Danksagung.
Allen Freunden und Be-
kannten sowie den Rietern der
Gärtner Landwehrt. 41-43 für
die schönen Kranzspenden beim
Begräbnis unseres lieben
Sohnes **Hans** sagen wir unseren
besten Dank.
25065
Karl Günther und Frau.

Solange der Vorrat reicht: anstatt 2 Wk. für 1 Wk.

Freunde und
Gefährten

Weiterbildungen auf einzel-
nen Blättern. Herausgegeben
von J. S. W. 10 Serien
zu je 100 Gedichten.
1. Volklieder - 2. Gefungene
Gedichte - 3. Selbstgedichte
Gedichte - 4. Natur - 5. Liebes-
des Liebes - 6. Menschenleben und
Menschenpflicht - 7. Stim-
mung - 8. Verschiedene Gedichte -
9. Eltern- und Kinderlieder -
10. Bunte Lese - Jede Serie kostet jezt 1 Wk. und 10 Pf. Porto.
Alle 10 Serien auf einmal bezogen 9 Wk. Porto 80 Pf.
Jeher, der eine solche Serie zum Geschenk erhält, wird sich dankbar dar-
über freuen. Vor allem aber unsere Gefährten.
Buchhandlung Vorkort, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Vornehme
und
preiswerte
MÖBEL
Einrichtungen
sind Sie nach wie vor
in großer Auswahl
bei
B. FEDER
Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Südost: Kottbuser Damm 102
Westen: Charlottb., Scherestr. 5
Gegen bar
und zu erleichterten Zahlungsbedingungen
Herrenzimmer, Speisezimmer
Wohnzimmer, Schlafzimmer
Salons, Farbige Küchen
in jeder gewünschten Holz-
und Stilart
Weisslackierte
Schlafzimmer.
Sonntags
von 8-10 Uhr geöffnet

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Südost
Fleisch- u. Wurstwar.
Paul Müller, Friesenstr. 22.
Mehldig., Kolonialw.
Job. Meisch, Gneisenaustr. 97

Neukölln
C. Dittmann
Berlinstr. 45
Wd - Geflügel - Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Westen
Sologonheltakäufe
Kud. Flanagan, Alt-Moab. 110/3

Spanisch
Paul Gaede Mehl und
Kolonialw.
Breststr. 87, Schönwalder-
str. 1214, Fiedelsdorferstr. 19.
Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Misenwer, Schönwalderstr. 87.
A. Markgraf, Bräuderstr. 11 BOK.
F. J. J. Lang, Ols. Persil, Str. 10.
Goldschmiedestr.
Ad. Tornow Markt 10, geg. 148/9.

Seidene Gummimäntel 110, 132

Imprgn. Gummimäntel . . . 180-184 usw. Esterische Gummimäntel . . . 118, 120 usw.
Seidene Mantelkleider . . . 160, 165 usw. Seidene Röcke 63, 69 usw.

Seidenkostüme (Modelle) 225.-

Stoff-Kostüme 205, 210 usw. Kombinations-Kostüme . . . 205, 200 usw.

Pelzmäntel! Plüschmäntel!

Frachtpelze, 1850-1900 usw. 250-300 usw.
Kunstseidene Strickjacken.
Winter-Üster 65, 120 usw.

Westmann,

1. Geschäft: Berlin W,
Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO,
Gr. Frankfurter Straße 115.
Sonntag geöffnet 9-10 Uhr.

Möbel-Gross

Im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141
Im Norden: Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstraße

Kredit oder Bar.

Möbel durch Feuer
leicht beschädigt,
Vertikows, Bettstellen, Schreibtische
und anderes
zu enorm billigen Preisen.
Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.
Sonntags 8-10 geöffnet.

Jwezett-Rasierpulver
gibt prächtig, steifen, haltbar. Schaum, erweicht
die Barthaare, Dose 1,50, J. W. Zimmer, Frankfurt a.M.

Möbel-Cohn

Im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
Im Norden: Badstrasse 47-48

Möbel auf Kredit
an jedermann.
Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
einzelne Möbel, farbige Küchen.
Grosse Auswahl
komplett aufgestellter Schlaf-,
Wohn- und Speisezimmer.
Riesen-Auswahl - Billigste Preise
Sehr kulante Bedingungen
Lieferung frei Haus.
Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung.
Sonntags 8-10 geöffnet.

Eintagsfahrten von Königswusterhausen.

Das historische Städtchen an der Rote, in dessen wohlgehaltenem Schloß noch manches von der großen Kampagne und den „Tabak-Kollegien“ Friedrich Wilhelms I. zeugt, ist in den letzten Jahren immer mehr für den Groß-Berliner Ausflüglerverkehr zu einem Haupttreffpunkt geworden. Die Königsleiten zu Eintags- und Zweitagsfahrten von Königswusterhausen aus in das umgebende prächtige und weitgedehnte Wald- und Seengebiet sind so zahlreich wie nicht anderswo in der Umgebung Berlins. Sie werden mit Recht bevorzugt und ausgenutzt, weil man hier noch meilenweit durch düstern Wald marschieren kann, ohne auf größere Ansiedlungen zu stoßen. Die meisten Berliner kennen Königswusterhausen nur durch die bequeme und in Friedenszeiten billige Dampferfahrt bis Neue Mühle, wo sie gewöhnlich in den dort allerdings sehr reizvollen Wasserlokalen leben bleiben. Das kann die Wanderlustigen nicht befriedigen. Die halten sich am liebsten absichts vom geruchswollen Verkehr, lassen das Rotesbächchen links liegen und dringen mit Kompaß, guter Karte, Kuckuck und in der jetzigen Zeit besonders wertvollen „pörrischen Trittschuh“, tief in die Waldheimlichkeit der mächtigen Königswusterhausener Forst ein. Am besten fährt man schon am Sonnabend hinaus oder mit dem ersten Sonntagstrahler. Nachtquartier ist freilich gegenwärtig nicht ganz leicht zu finden, meist nur für Hotelpreise und viele gute Worte. Wer noch jugendfräftig und trotz aller Graubärstimmerei widerstandsfähig ist, macht sich aber ein besonderes Vergnügen daraus, die laue Sommernacht bei allerhand Zug und Spul unter Waldriesen anzubringen und mit dem Wandern zu beginnen, wenn der Wald in aller Morgenfrühe am herrlichsten ist.

Um an einem Tage in weiter entfernte Waldungen zu gelangen, ist es namentlich auch für weniger ausdauernde Fußgänger empfehlenswert, entweder die Görlitzer Bahn nach Wusterhausen hinaus oder die beiden abstrahlenden Kleinbahnen zu benutzen. So fährt man auf der Görlitzer Strecke bis nach Großbetschana oder bis Großfürst kurz vor dem Teupitzer See und hat an beiden Bahnhöfen die Auswahl unter halb-, ein- oder zweitägigen Waldwanderungen nach allen Himmelsrichtungen hin. Die nordöstliche Kleinbahn wird, wenn man nicht etwa über Storkow zum Scharmälteersee will, nur bis Herndorf oder Coblitz am Krüppelsee, die südliche Kleinbahn über Müttental bis zum Endbahnhofe Lössen benutzt.

Die Eintagswanderung nördlich von Wusterhausen führt bis weit hinaus nach Neu-Zittau, Erkner, Gränheide und Büchsdorf durch ein mächtiges, nur von den Spreewäldern kurz unterbrochenes Waldgebiet. Das ist noch Wald, wie wir ihn gern sehen, massig und wild verwaschen mit erlauchlichen Mengen von Erd- und Blaubeeren. Man braucht bis Altschloß in Strammem Marsch acht Stunden und stößt nach Ueberquerung des Ober-Spreekanales erst nach fünf Stunden in der Spreeniederung auf die sich in kurzen Abständen folgenden Kolonien Steinfurt, Dürz, Freienbrin, Jägerbude, Hohenbinde, Alte Hansstelle und Schöndornstein. Sich von dieser Seite aus, wo übrigens alle Hamsterei bergeliebene Liebesmüß ist, nach Erkner und seinem Seckenranz durchzuputtschen, ist überaus lohnend, freilich etwas anstrengend. Eine längere Tour läuft gleich hinter Neue Mühle unter Umgehung des Krüppelsees, Krüppel- und Herndorfer Sees fast schnurgerade durch vollen Wald zum Forsthaus am reizenden kleinen Altschloß (2 Stunden). Von hier wandert man entweder noch eine Stunde nördlich weiter, immer durch Wald, über den Kanal nach den aussichtreichen Stahlbergen, dann in scharfem Westbogen am Kanal entlang über Herndorf und die bekannte große Waldinsel mit den Wiesenbergen nach Schmöwitz (3 Stunden) oder man steigt gleich vom Altschloß scharf westlich ab und erreicht am Forsthaus Krumme Luch vorbei mittels Ueberfahrt das idyllische Rautschanzwerder und Jentzen (4 Stunden).

Südlich von Königswusterhausen sind die Eintagswanderungen noch vielreichtiger und reizvoller durch Seerestaurant und Wald. Eine vierstündige, sehr hübsche Tour umfaßt das Seerestaurant Neue Mühle, Senzig, Bindow, Guffow, Dolgenbrod, Großbetschana, Jentzen. Ebensoviel Zeit erfordert die südlich davon zwischen einer noch reicheren Seeresteile gelegene Walddreieck Großbetschana, Prietow, Großbetschana, das als wildgelegener Tüchsen-Forst mit den berühmten Reiterhöfen an der Smilde eine mächtige Waldperle bildet, deren Eingatterung sich durch meist bereitwillig in den Forsthäusern erteilte Erlaubnis öffnet. Noch weiter südlich lockt von der Bahnhofsstation Großfürst aus das eigentlich schöne und leider am

wenigsten besuchte Waldgebiet im Bezirke der Oberförsterei Hammer. Der Wald ist hier so prächtig alt und meilenweit so dicht und still wie in der Mark sonst nur noch im Blumenthalforst. Aber nicht gleich von Großfürst, das sich zu einem prächtigen Bienenort ausgewachsen hat, nach Süden in den Zauberwald gestürzt! Ein wenig nördlich liegt am Roteser See entsägend eingebettet das Wäldchen Wilhelmshof und an der Verbindung des Roteser Sees mit dem Hölzernen See die Försterei Neubrück mit einem großartigen Wald- und Wasserpanorama. Die Waldchauffee führt in einer knappen Stunde zur Oberförsterei Hammer, in einer weiteren Stunde nach der alten klavischen Niederlassung Wendisch-Buchholz, wo einst Paul Gerhardt lebte. Wir sind nun nicht mehr weit von Köthen, dem Einsalator in den Unterspreewald, und sehen den Wehlberg ragen, ziehen es aber doch vor, nicht ganz eine Stunde nach Vahnhof Halbe zu marschieren, von wo direkter Anschluß nach Königswusterhausen ist.

Die bequemste weit entfernte Eintagsfahrt geht auf der Müttentaler Dampfbahn nach dem schon erwähnten Lössen. Wir sind dann allerdings mehr als vier Stunden hin und zurück auf die Rote angewiesen, können aber die übrige Zeit voll ausnützen für den Teupitzer See und seine herrliche Umgebung.

P. E.—r.

Deutsches Theater: „Bibikoff“ von Bruno Frank.

Der Autor, der in seinem unlängst aufgeführten Schauspiel „Die beiden Schwwestern und der Fremde“ auf Bahnen einer nachdenklich feinen Seelenanalyse wandelt, vertritt sich in dem neuen Stückchen, zu dem eine Dostojewskische Erzählung Stoffliche Anregung gab, in einer Pariserisch gefärbten Schwankmanier, die ihm indessen ganz und gar nicht zu Gesichte steht. Ohne Pallenberg, der den bebrillten scholastischen Felden mit einer verschwenkerischen Fülle drohiger mimischer Klancen auszuflattern mußte, wäre die auch so nicht gerade unterhaltsame Geschichte vollends unerträglich geworden. Er bringt's nicht zum Galopp einander jagender Einsätze; und nur so könnte dieses Genre, das dem Verstande keine Atempause der Ueberlegung gönnen darf, allein wirken. So rücksichtslos er jede literarische Bedenklichkeit über Bord warf, den Puzelbäumen fehlt die heitere lecke Leichtgläubigkeit. Man hat die peinliche Empfindung, daß es ihm selbst dabei nicht wohl ums Herz gewesen sein kann. Die in den Ueberreibungen des ersten Aktes noch deutlich spürbaren Ansätze zu einer die Riefte ins abenteuerlich Groteske steigenden Charakteristik, verstanden leider in dem weiteren Verlaufe völlig.

Der schon betagte Bibikoff, der nach eigenen Erforschungen aus seiner Junggelehrtenzeit an die Kreuze seines jungen schönen Brauchens nicht zu glauben vermag und drauf und dran ist, in diesen selbstgeschaffenen Leiden die letzten Reste des ihm nie reichlich zugemessenen Verstandes einzubüßen, rennt in dem Theater, das seine Frau besuchen wollte, wie ein Diebsteher herum. Wie kam sie auf den Einfall, hinzusehn? Gewiß doch nur, um sich mit einem Liebhaber zu treffen! Das Mißtrauen gegen einen jungen Elegant (von Herrn Riemann sympathisch-liebendwürdig dargestellt), der auf eine andere Dame wartet, schlägt nach ein paar Worten, die ihm diese Spur falsch erkennen lassen, in ein hemmungsloses Bedrücknis um, dem Irrenden seine Seele auszuschnitten. Hier gipfelt die Kunst von Pallenberg, das tragikomische Durcheinander fliegender Angst und lächerlicher Konfusionen verblüffend widerpiegelt. Was aber weiter folgt, ist billiges und billiges Pöppelwerk, dessen Höhenpunkt darin besteht, daß Bibikoff dem jungen Herrn nach Theaterausgang in die Wohnung einer Dame nachläuft und samt dem Partner beim Erscheinen des Gemahls unter das gleiche Bett versteckt wird, von dorthin die beiden wohl eine Viertelstunde lang das Publikum mit Späßen zu unterhalten hatten. Die beiden flüchten nacheinander. Als Bibikoff, nach Haus gekommen, wieder einmal vor seiner Frau die Eifersucht für einige Zeiten abgeschworen hat, erscheint ihm zum Ueberflusse nochmals der junge Herr. Worauf der Passungslose, nach seinem Schimpftrug greifend, ein Bündchen, das er unterm Bett totgedrückt, aus seiner Tasche zieht. Das war der Schluss-effekt. Ein Teil der Hörer protestierte gegen den Applaus mit Pfiffen.

Der Detektiv in der Literatur, im Film und in Wirklichkeit.

Es gibt wohl kaum einen Schulfächer, der nicht einmal davon geträumt hat, ein zuhelfender Sherlock Holmes, der Inbegriff alles Scharfsinns, zu werden.

Der „Geheim“, wie er in der Literatur und im Film geschildert wird, ist in der Tat eine ungewöhnlich interessante Erscheinung. Der Detektiv der Literatur besitzt eine umfassende Vätergelehrsamkeit, so umfassend, daß es unmöglich scheint, daß ein gewöhnlicher Sterblicher sie sich während eines ganzen langen Lebens aneignen kann. Er kann die schwierigsten Gemischen Analysen ausführen, er kennt alle bekannten und unbekanntesten Gifte und Gegengifte. In nu identifiziert er einen Gegenstand exotischer Herkunft, er spricht alle Sprachen, kennt die Sitten und Religionen aller Völker und die Familiengeschichte aller Personen. Außerdem hat er Zeit gefunden, alle nur denkbaren Künste aus allen denkbaren Zeiten der ganzen Welt auszusuchen, aufzulernen und zu katalogisieren. All dies braucht der Filmdetektiv nicht; denn es läßt sich zu schlecht auf der Leinwand darstellen. Statt dessen versteht er sich auf die Steuerung des Automobils, auf Reiten, Schwimmen und anderen Sport; er fliehet auf Ulfableiter und begibt sich voll Kühnheit auf alle mögliche andere Weise in Lebensgefahr. In des ist auch er intelligent genug, um, eine halbe Stunde, bevor er vergiftet wird, das richtige Gegengift einzunehmen. Was kann der Privatdetektiv der Wirklichkeit im Vergleich zu alledem? Nein gar nichts! Er hat, wenn es hoch kommt, sein Einjähriges gemacht und ein gutes Examen in irgend einer Unteroffizierschule abgelegt.

Einfaßlich der früheren Erscheinung ist entschieden der Filmdetektiv am bevorzugtesten. Immer muß er jung und elegant sein; Zylinder und Monokel tragen. Auch sonst muß er sympathisch auftreten, damit er ein rechter Held für den weiblichen Teil des Publikums ist. Fragt man danach, was der Detektiv zu tun hat, so findet man in den Kriminalromanen in neun von zehn Fällen, daß es sich um die Aufdeckung eines Mordes handelt. Der Filmdetektiv muß im Gegenlag hierzu Mordgeschichten möglichst aus dem Wege gehen, schon um der Zensur willen. Die Haupttätigkeit des wirklichen Detektivs besteht hingegen darin, ungetreue Ehegatten zu überwachnen. Den Filmdetektiv sieht man nie eine Verablung entgegenzunehmen. Höchstens bekommt er ein Ehrengeheim oder einen Ruhgeheim — eine Frau. In der Regel muß er freilich unverheiratet bleiben, um im nächsten Film noch immer der Wüßling der weiblichen Kinobesucher sein zu können. Der Detektiv der Romane und Novellen ist verständig und unabhängig. Der „Geheim“ der Wirklichkeit nimmt Vorkauf auf sein Honorar. Die Wohnung des Literaturdetektivs ist eine Kombination von Museum und chemischem Laboratorium, die des Filmdetektivs eine luxuriöse, künstlich ausgestattete Etage. In der Literatur kann der spürsinnige Held die an ihn heranretenden Probleme sehr wohl in seiner Wohnung lösen. Der Filmdetektiv kommt stets im Automobil auf dem Schauplatz seiner Untersuchungen an. Ein Filmdetektiv in der Elektrizität ist geradezu etwas Unbekanntes. Der „Geheim“ des wirklichen Lebens für sein Teil fährt vorzugsweise mit der Straßenbahn. Andersfalls — geht er zu Fuß.

Notizen.

Hermann Essig ist nicht vierzigjährig hinfällig geworden. Zermürbt war er aus dem Kesse auf Heimaturlaub gekommen; in München, wo sein Lustspiel „Die Gluckhuf“ aufgeführt wurde, zog er sich eine Lungenentzündung zu, an deren Folgen er im Bichterfelder Krankenhaus starb. Ein noch nicht Vollendeter, dem nach langem Ringen mit den Umständen — er war lange Jahre Techniker, ehe er den Dichter in sich erkennen fühlte — mit sich und seiner spröden, unruhigen Begabung — endlich die ersten Aufführungen den Weg zu Höherem zu bahnen begannen. Zweimal war ihm der Preisbesuch beschieden, zweimal öffnete sich einem Stück von ihm die Bühne, zwei anderen Operette die Zensur die Pforte. Der „Held vom Wald“ (im Königl. Schauspielhaus) fand wenig Anklang; aber die „Gluckhuf“ zeigte echte Komödienbegabung. Sein Bestes an dramatischem Schaffen hat die Kriegsgensur und vorbehalten, darunter das Soldatenstück „Des Kaisers Soldaten“. Hermann Essig war ein Schwabe, voll volkstümlicher, ungeborener Art — auch darin ein echter Sproß seines Stammes, daß er langsam und schwer sich entwickelte. Nun ist er mitten im Aufstieg gestochen, bevor er sein Reifestes geben konnte.

Neuerwerbungen unserer Museen. Das Kaiser-Friedrich-Museum hat eine Reihe von alten Kunstwerken seinem Besitze einverleibt. Geschenk wurde eine Ansicht der Biagetta in Venedig von Guardi, dem Vorläufer impressionistischer Malerei im 18. Jahrhundert. Neu angekauft sind die neuerworbenen Gemälde von Otten (Porträt) und Gertgen tot St. Jans (eine zarte Madonna). Unter den Bildwerken ist eine altdeutsche Kreuzigungsgruppe von Leinberger hervorzuheben.

Lodz. Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

May rührte sich nicht, schlief ruhig und schnarchte mächtig. Endlich packte ihn Worowiecki, aufgeregt durch die fruchtlosen Bemühungen, ihn nach zu bekommen, an den Armen und hielt ihn aufrecht auf den Boden. Er sollte ihm sagen, wo Moriz wäre.

Aufgebracht durch die Störung, taumelte May gegen einen Stuhl, packte ihn und schmiß ihn vor sich hin auf den Tisch.

„Da hast du's, blöder Aff, füt' mich nicht.“ und legte sich mit der größten Ruhe wieder auf die Ottomane, nahm den Kopf ab, zog sich ihn über den Kopf und schlief weiter.

„Matthias!“ schrie Worowiecki verzweifelt, weil er May nicht nach bekommen konnte.

„Matthias!“ rief er, ins Vorgimmer tretend.

„Bin schon da, komm schon, Herr Direktor. Die Kerze ist mir irgendwo abhanden gekommen. Ich such' und such' sie. Komm' schon.“ rief er im Schlaf, mit zitternder Trinksstimme, und versuchte vergeblich, sich vom Boden zu erheben, wo er nach der Ohrfeige, die ihm Worowiecki verfehlt hatte, eingeschlafen war.

Er richtete sich auf den Knien auf und fiel wieder mit dem Gesicht zu Boden. Mit den Händen umherfuchtelnd, als ob er schwimmen wollte. Worowiecki hob ihn auf, führte ihn ins Wohnzimmer und lehnte ihn an den Ofen.

„Wo hast du dich so befoffen? So oft hab' ich dir's gesagt, daß ich dich rauschmeiße, wenn du dich nochmal so betrinkst, hörst du?“

„Ich höre, Herr Direktor, ich höre. Aha, sozusagen Herr Moriz.“ lachte er und versuchte vergeblich, das Gleichgewicht zurückzugewinnen.

„Wer hat dich so zerschlagen? Wie ein Schwein siehst du aus.“

„Wer mich so zerschlagen hat? Mich, bitt' Herr Direktor, niemand hat mich zerschlagen, niemand traut sich mich zu zerschlagen, sonst, bitt' Herr Direktor, ich würd' ihm das Genick brechen. Verdreschen würd' ich ihn, und fertig wär's, wie gewohnt. . . . Deibel noch eins.“

Als Worowiecki merkte, daß er mit dem Trunkenbold so nicht fertig werden konnte, holte er einen gefüllten Wassertrug, hielt Matthias mit einer Hand fest und schüttete ihm das ganze Wasser über den Kopf.

„War Herr Moriz da?“ fragte er geduldig weiter.

„Ja.“

„Wo ist er hingefahren?“

„Die kleine Schwarze hat er sozusagen begleitet und wollte ins Grand Hotel hin.“

„Wer war noch hier?“

„Verschiedene Herrschaften waren da, Herr Wein, Herr Herz und noch andere Juden.“

„Geh schlafen.“ sagte Worowiecki. Ich hätte die Dichter aus und bestieg die Droschke, um Moriz zu suchen.

Das Victoria war schon geschlossen, Grand Hotel ebenfalls.

„Schläft Herr Kurowski schon?“ fragte er den Zimmerkellner.

„Er war gar nicht hier. Der Salon war hegerichtet, er ist aber nicht gekommen.“

„War Herr Welt abends bei Euch?“

„Er war mit paar Damen und Herrn Kohn da. Ins Arkadia sind sie gefahren.“

Worowiecki fuhr ins Arkadia in der Konstantinstrasse, traf aber auch da niemand mehr an. Er fuhr noch bei verschiedenen anderen Kneipen vorbei, wo die Lodzer Jugend verkehrte, fand aber niemand.

„Wo ist die Kerze?“ dachte er aufgeregt und schrie wieder dem Kutscher den Namen einer Kneipe zu. Worowiecki suchte und biß die Zähne zusammen. Er zitterte so vor Erregung, daß er sich nicht einmal die Zigarette antzünden konnte, seine Finger zerrückten sie. Um der Aufregung Herr zu werden, begann er intensiv an das Baumwollgeschäft zu denken.

„Wauer hat dem Zucker das Telegramm gut verkauft. Eine ionderbare Frau.“ Er verjank in Gedanken an Lucy.

Seit zwei Jahren kannte er sie nun schon, hatte sie aber nicht sonderlich beachtet, weil er sich für Frau Vikert interessierte. Auch erzählte man von ihr, sie sei furchtbar dumm, beinahe so dumm, als sie schön sei.

„Dieses Temperament!“ Schauer durchzuckten ihn bei der Erinnerung.

Seit geraumer Zeit wußte er, daß er ihre Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte. Sie ließ es ihn merken, durch Blicke, die sie ihm zuwarf, durch dringende Einladungen, denen er nie folgte. Ueberall fand sie sich ein, wo sie annahm, daß er auch da sein würde.

Der Lodzer Klatsch, dem sich hier hauptsächlich die Männer mit Leidenschaft und Virtuosität hingeben, der die Kontors und die Fabriken ausfüllt, verlor sich schon in Kombinationen. Es wurde verschiedenes gemunkelt. Wald aber ließ man davon ab.

Worowiecki sich von allem fernhielt. In den letzten Monaten nahmen ihn die Pläne der Fabrikgründung ganz in Anspruch.

Zucker kannte er persönlich. Aus einem schätzbaren Tandeljud hatte er sich in den letzten Jahren in einen Millionär verwandelt; seine Karriere in Lodz hatte er mit dem Handel abgenützter Baumwollsephen, die die Fabriken zu nichts mehr verwenden konnten, begonnen, mit dem Sammeln von Papierresten und Baumwollstaub, den es in allen Webereien und Tuchherwerkstätten in Ueberflus gab.

Worowiecki konnte ihn nicht ausstehen, denn er fabrizierte Schundwaren, die er in Mustern und Farben den Fabrikaten der Buchholzschen Fabrik nachmachte, in Wirklichkeit aber aus den schlechtesten Stoffsorten, jedoch zu so billigen Preisen, daß sie jede Konkurrenz unmöglich machten.

Er wußte, Frau Zucker hatte keinen Geliebten. Denn sie war Jüdin, und es gab auch in dieser Stadt, wo alle, vom Millionär bis zum letzten Stift, in dieser riesenproduktionsmaschine arbeiten mußten, sich ganz der Arbeit hingeben mußten, nur sehr wenige Berufslebensmänner. Und auch die Seltsamkeit, Frauen zu erobern und sie zu verführen, bot sich äußerst selten. Und wenn es so wäre, wüßte es schon sicher jemand, denn es hätte sich schon herumgeredet.

„Ob sie auch eine Seele hat?“ dachte er, sich ihre wilde, unbändige Leidenschaft vergegenwärtigend. „Weshalb ich nur da hineingeraten bin, gerade jetzt! Der Teufel hole die Liebe. Neht sich diese Last aufzubürden, wo man eine Fabrik auf Pump gründen will. Und doch . . .“

Er überlegte. War es Liebe? Er wollte es sich aufrichtig einreden, daß er sie liebte, daß ihn Liebe fortgerissen und überdraugten Organismus.

„Die es auch sein mag, das Spiel ist den Einsatz wert.“ Der Kutscher bog um die Ecke und blieb in der Promenadenstraße vor der Synagoge stehen.

Das Restaurant, vor dem Worowiecki auf der Suche nach Moriz vorgefahren war, befand sich gleich hinter der Synagoge rückwärts in einem Hof. Ein kleines Parkterhauschen lehnte da an der Mauer. Alle Fenster waren hell erleuchtet, und wiederer Lärm und Geschrei schallte aus dem Haus.

„Dho, die ganze Bande ist da.“ dachte er, in einen niedrigen Saal tretend, der vom Zigarrenrauch so verdunkelt war, daß er im ersten Augenblick in diesen von den goldenen Ringeln der Gasflammen schimmernden Dunstwolken nichts unterscheiden konnte.

(Fortf. folgt.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin, N 51, Eichenstraße 83-85.
 Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1087, 9714.
 Montag, den 24. Juni 1918, abends 6 Uhr:
Versammlung
 der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie aller
 i. d. mechanischen Betrieben beschäft. Kolleginnen
 und Kollegen
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Reichstagsabg. Kollegen Rudolf Wissell über
 den „Arbeitsamtergesetzentwurf“. 2. Diskussion. 3. Ver-
 bands- und Branchenanliegenheiten.
 Kollegen und Kolleginnen! Die überaus wichtige Tages-
 ordnung macht es allen zur Pflicht, für einen guten Besuch der
 Versammlung zu sorgen. — Die Versammlung wird vänt-
 lich eröffnet. — Mitgliedsbuch legitimiert.
 113/19 Die Ortsverwaltung.

J. F. Rauch Invalidenstr. 164
 Ecke Brunnenstraße
 1917er vorzügl. Rotwein Oberingelheimer Fl. 6,50
 Zellinger Himmelreich 7,75
Süßer Obstschäumwein vorzüglich 8,40
 Fl. 5,50, 10 Fl. 52,50

Kgl. Preuss. Klassenlotterie
 Ziehung 1. Klasse 9. und 10. Juli 1918
 1/8 1/4 1/2 1/3 Lose [70/18]
 5 10 20 40 M. und Porto
 bei Vorauszahlung für alle 5 Klassen
 25 50 100 200 M. und Porto
Hahn, Berlin S 14,
 Königl. Preussischer
 Lotterie-Einnahmer
 Prinzenstraße 79, am Moritzplatz.
 Tägl. Gewinnlisten zur Preuss.-Südd. Klassenlotterie
 1.-5. Klasse zum Preise von 9 M. versendet postfrei
H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14,
 Alexandrinenstr. 70 und Prinzenstr. 79.

Bezugsquellen-Verzeichnis
 Berlin-Ostern
Butter, Eier, Käse
 P. H. Ackermann, 8 Filialen
Mehlhandlung
 Königsberger
 Straße 26/27
Photograph. Ateliers
 J. O. Jenschke, Lindenstr.
 28 a, Adreßplan
Warenhäuser
 Hamburger Warenhaus Max Planitz
 Alil-Straße 11, Fern-Lex. erh. 5.
Bezugsquellen-Verzeichnis
 Berlin-Norden
Drogen, Farben
 Beckendorff, Froschstr. 18
 1000 Schillerstraße
Fleisch- u. Wurstw.
 Gutschmanns Centr., Nr. 158
Kolonialwaren
 M. Saegbarth, Strellitzer
 Str. 57
Möbelmagazine
 Wiese & Co., Tischlermeister
 1000 Schillerstraße

Duftige Blusen
Wundervolle Kleider
Gutsitzende Röcke
Tadellose Seidenmäntel
Mäntel und Kostüme
 kann man preiswert und gut in sehr großer
 Auswahl beim altbekannten Spezialgeschäft
W. Bernhard Nachf.
 Berlin SW, Belle-Alliance-Straße 105 u. 101.
 Es wird gebeten, beim Einkauf das Inseerat mitzubringen.

Spezialarzt
 Dr. med. Laabs
 beh. schnell, gründl., mögl.
 schmerzlos u. ohne Berufsabbr.
 Geschlechtskrankheit, geheime
 Haut-, Horn-, Frauenleiden,
 Schwäche, Graptische Methoden
 Horn- und Blutuntersuchung.
 Königsstr. 84/86, Bahnhof
 Spr. 10-11 u. 3-8, Sonnt. 10-11

Spezialarzt
 Dr. med. Hasché,
 Friedrichstr. 90 direkt am
 Stadtbahn-
 Behn. von Zehlitz, Haut-
 Horn-, Frauenleiden, spez.
 Horn-Jälle, Schmerzlose, kürzeste
 Behandlg. ohne Berufsabbruch,
 Blutuntersuchung, Wdh. Preise
 Teilzahlung, Sprechstunden 11
 bis 1 und 3-8, Sonnt. 11-1.

Plano gebr. 1917 bis 600 Stk.
 Schallzimmer, gebr.
 bis 600 Stk., Spezialzimmer, gebr.
 bis 1000 Stk., Möbel jed. Art laut
 Gg. Reußlin, Berliner Str. 29.
Möbel jeder Art
 sowie ganze Nachlässe
 laut beschriebener Preise.
 Reußlin, Berliner Str. 29.
Die Sozialdemokratie
 im Weltkrieg.
 Von Dr. Ed. David, M. D. N.
 Aus dem Jahrbuch „Unsere Er-
 klärungen im Weltkrieg“ und
 ihre Bedeutung durch die so-
 zialdemokratische Weltanschauung.
 1918 wie immer bereit haben.
 Sonnte die Sozialdemokratie
 den Krieg verurteilen? Die so-
 zialdemokratische Weltanschauung.
 Die Gründe der Befehle. Die Stellung-
 nahme der Sozialisten in den
 Weltkriegen. Die soziale Zeit-
 und Theorie. Nation und
 Internationalismus.
 Preis 2 M., Porto 20 Pf.
 Buchhandlung Verlags-
 Berlin S 14, Invalidenstr. 164
 in allen Ausgaben des
 Verlags.

Verkäufe
 Handbichhaus, Prinzenstr. 83,
 das zweite Haus am Moritz-
 platz, kaufen Sie neue Rod-
 anzüge, Jacketts, Westen,
 Paletots, teils auf Seide, prima
 Verarbeitung. Ferner verleihe
 auf Tage Gedruckt, Emo-
 lungen, Prandzüge, An-
 fahrt, Handtasche sowie aller
 Verleihen. Sonntags
 geöffnet. 70/2
 Handbich von Papierbölen
 hat abzugeben S. Kofom,
 Buchdruckerei, Alexandrinen-
 straße 77. 71/3
 Ringel-Clemente, Salmiel-
 solz, Starkstrommaterialien für
 Installateure kauft man günstig
 Kurzstraße 13 (Alexandri-
 nenplatz). 67/9*

Wohnposttage und Arbeiter-
 Klasse von Heinrich Cunow u. a.
 Dritte bald im Vordergrund
 der politischen Erörterungen
 stehen. Preis gebunden 5,-
 brosch. 4,- M. Vorwärts-
 Sortiments-Buchhandlung, Lin-
 denstraße 3, Laden. *
Kleppertwagen, Kinder-
 wagen. Ziet, Voltastr. 49, II.
 40/8*

Größtes Bett, Weichholz,
 Spiegelspind, Tisch, Gas-
 kronen, Haus- und Küchen-
 gerät zu verkaufen. Schöne
 Zweizimmer-Wohnung, event-
 uell gleichzeitig abzugeben.
 Besichtigung nur 5-7 Stiege,
 kurze Straße 3a, Gartenhaus,
 hochparterre bei Treppen.
 20086

Regal und Badentisch (mit
 Glasauslagen) wie neu, preis-
 wert abzugeben. S. Kofom,
 Buchdruckerei, Alexandrinen-
 straße 77. 71/2

Verkauf
 Beachten Sie die enorm
 günstigen Preise des Berliner
 Möbelhauses R. Girschowitsch,
 S. O., Zeitstr. 25. Hoch-
 bahnhof Rotdicker Lor. Schlaf-
 zimmer in Radogoni, Stiege,
 Ecke, Ruhbaum 1700,00 M.
 131/8

Möbel-Cohn, in Chen,
 Große Frankfurterstraße 58, im
 Norden Bahstraße 47/48, lie-
 fert auf Kredit an jedermann
 bei feinsten An- und Abzahlung
 ganze Wohnungs-Einrichtungen
 und einzelne Möbelstücke sowie
 farbige Küchen-Einrichtungen in
 bester Ausführung. Besichti-
 gung meiner Möbel ohne jeden
 Kaufzwang gern gestattet.
 Kriegsanleihe nehme gern als
 Anzahlung. Lieferung frei
 Haus. Sonntags 8-10 ge-
 öffnet. 106/8*

Kaufgesuche
 Bureaulehrling suchen Berlin
 u. Sachse, Wilschinerstraße 110.
 46/8*

Werkzeuge
 G. A. Kupferschmied und Ra-
 bel, 1 Fund 15 Mark, kauft
 größere Posten. Bewährte
 Preisofferte oder Postkarte
 unter M. 1 an die Expedition.
 46/8

Verkauf
 Grozjahn, Die hygienische
 Herdzeugung. Ein Buch über
 gesundheitsmäßige Lebensfüh-
 rung. (Blauwe Bücher.) Preis
 1,50 M. Buchhandlung Vor-
 wärts, Lindenstr. 3, Laden.
 67/9*

Geschäftsverkäufe
 Nigarrengeschäft wegen Todes-
 falls veräußert, oder Ein-
 richtung, Reichbrett, Pantow,
 Florastraße 16. 46/8*

Werkzeuge
 Bestecke, Messer, Rasier-
 apparate, Kämme, Bürsten,
 Zahnbürsten, Toilettenartikel,
 Kosmetikartikel, Parfüm,
 Seifen, Kerzen, etc. etc.
 Preiswert abzugeben.
 S. Kofom, Buchdruckerei,
 Alexandrinenstraße 77. 71/3

Werkzeuge
 Bestecke, Messer, Rasier-
 apparate, Kämme, Bürsten,
 Zahnbürsten, Toilettenartikel,
 Kosmetikartikel, Parfüm,
 Seifen, Kerzen, etc. etc.
 Preiswert abzugeben.
 S. Kofom, Buchdruckerei,
 Alexandrinenstraße 77. 71/3

Musikinstrumente
 Mandoline 25, Violine, Laute,
 Gitarre, Maraca, Brenzlauer
 Alles 88. 71/1
 Klavier 450, elegantes
 schwarzes Piano 775, 1. Ruh-
 baumpiano 1475, verkauft
 Ernst, Oranienstraße 166, III.
 119/8*

Werkzeuge
 Bestecke, Messer, Rasier-
 apparate, Kämme, Bürsten,
 Zahnbürsten, Toilettenartikel,
 Kosmetikartikel, Parfüm,
 Seifen, Kerzen, etc. etc.
 Preiswert abzugeben.
 S. Kofom, Buchdruckerei,
 Alexandrinenstraße 77. 71/3

Verschiedenes
 Achtung! Uffegott findet
 gute Aufnahme und Hilfe
 bei C. P. Landeshut, Edelstein,
 Trautenauerstraße 15. Mel-
 dungen mit wahrheitsgemäßer
 Angabe der Verhältnisse er-
 beten. 2400/8*

Verkauf
 Grozjahn, Die hygienische
 Herdzeugung. Ein Buch über
 gesundheitsmäßige Lebensfüh-
 rung. (Blauwe Bücher.) Preis
 1,50 M. Buchhandlung Vor-
 wärts, Lindenstr. 3, Laden.
 67/9*

Geschäftsverkäufe
 Nigarrengeschäft wegen Todes-
 falls veräußert, oder Ein-
 richtung, Reichbrett, Pantow,
 Florastraße 16. 46/8*

Werkzeuge
 Bestecke, Messer, Rasier-
 apparate, Kämme, Bürsten,
 Zahnbürsten, Toilettenartikel,
 Kosmetikartikel, Parfüm,
 Seifen, Kerzen, etc. etc.
 Preiswert abzugeben.
 S. Kofom, Buchdruckerei,
 Alexandrinenstraße 77. 71/3

Werkzeuge
 Bestecke, Messer, Rasier-
 apparate, Kämme, Bürsten,
 Zahnbürsten, Toilettenartikel,
 Kosmetikartikel, Parfüm,
 Seifen, Kerzen, etc. etc.
 Preiswert abzugeben.
 S. Kofom, Buchdruckerei,
 Alexandrinenstraße 77. 71/3

Musikinstrumente
 Mandoline 25, Violine, Laute,
 Gitarre, Maraca, Brenzlauer
 Alles 88. 71/1
 Klavier 450, elegantes
 schwarzes Piano 775, 1. Ruh-
 baumpiano 1475, verkauft
 Ernst, Oranienstraße 166, III.
 119/8*

Werkzeuge
 Bestecke, Messer, Rasier-
 apparate, Kämme, Bürsten,
 Zahnbürsten, Toilettenartikel,
 Kosmetikartikel, Parfüm,
 Seifen, Kerzen, etc. etc.
 Preiswert abzugeben.
 S. Kofom, Buchdruckerei,
 Alexandrinenstraße 77. 71/3

Verschiedenes
 Achtung! Uffegott findet
 gute Aufnahme und Hilfe
 bei C. P. Landeshut, Edelstein,
 Trautenauerstraße 15. Mel-
 dungen mit wahrheitsgemäßer
 Angabe der Verhältnisse er-
 beten. 2400/8*

Auergesellschaft
 Berlin O 17
 stellt ein:
 Maschinenschlosser,
 Mechaniker,
 Elektromonteur, f. Trans-
 formatorenbau,
 energischen Lagerver-
 walter,
 Werkzeugmacher,
 perfekte Leitspindeldreher
 Klempner,
 tüchtige Ankerwickler für
 Anker- und Transforma-
 torenwickeln,
 Arbeiterinnen.
 Zu melden Einstellbureau Ehrenbergstraße, Ein-
 gang Stralauer Allee. 102L*

Tüchtiger Prüffeldmonteur,
 erste Kraft,
 sowie **Hilfsmonteur,**
 ber kleineren Lastkraftwagen fährt. Best. sofort ein
 Erich Wohlfel, Berlin N 39
 Gerichtstraße 85. Telefon: Norden 10 497.
 Reparaturwerke für Elektromotoren und Dynamos.
Heizungsmonteur
 gesucht 904L
 Fritz Kaeferle, Wilhelmstraße 28.
Spitzendreher, Bohrwerksdreher
 418L* sowie Einrichter für Automaten
 und Revolver
 gesucht bei **Stock Motorpflug,** Ebersfelder
 Straße 48/49.
Einrichter
 für Schraubendübel gesucht.
 Akt.-Ges. Spinn & Sohn,
 71/6 Wasserwerkstraße 9.

Reparaturschlosser
 Gießerei- und
 Preßwerksarbeiter
 sucht 8942*
Stahlwerk Bothe
 Berlin-Weißensee,
 am Industriehafen.
5 tüchtige
Schuhmacher
 gesucht. 8912*
 Lederbefestigung Walle,
 Dredowstr. 50, Ecke Turmstraße.
Bücher gesucht.
 Partung Aktiengesellschaft,
 Berlin-Lichtenberg,
 Dersbergstraße 122/124.
Tüchtige Schlosser
 tüchtige
 und Dreher sowie Dreher für
 Universalfräsmaschinen werden
 sofort verlangt. 90/8*
 Maschinenfabrik Karl Vogeler,
 Alt-Neubitz, am Lehrter Hauptbahnhof.

Tüchtige ältere
Schlosser
 und 9062*
Dreher
 sowie
Fräser
 für Universalfräsmaschinen und
Hilfsarbeiter
 werden sofort verlangt.
Maschinenfabrik Karl Vogeler,
 Alt-Neubitz 1,
 Am Lehrter Hauptbahnhof.
Zeitungsträger
 für den „Vorwärts“ wird ein-
 gestellt. Passend für Invaliden.
 Zeitel, Lindenstr. 3,
 Wartenbergstr. 1,
 Reiberei 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr

Tüchtige
Klempner
 für Brennstoffbehälter und
 Aluminiumarbeiten
 sucht zum sofortigen
 Eintritt 1007.*
Maschinenfabrik
 Neukölln G. m. b. H.
 Neukölln, Bergstr. 104.

Werkzeugmacher, Schnittmacher,
Werkzeugdreher
 stellt ein 70/3
Walter Hempel, Nürnberg in Bayern.

12 Schuhmacher,
 tüchtige Arbeiter, sucht Schuhfabrik,
 Glaser, Landsberger Str. 92.
 90/8*

Bote,
 sauber, junger Bursche, für das
 Rostor einer Buchdruckerei sol-
 vent, Buchdr. Liebholt & Thieson,
 Niederwallstr. 15. 25015

Leitspindeldreher
 geübter Arbeiter, wird einmalt
 Brandenburgische Maschinen-
 baugesellschaft, Reichenow, Str. 26.

Erdb- und Bauarbeiter,
 militärfrei, für auswärtige Baustellen sofort
 gesucht.
 Zu melden bei 8922*
Windschild & Langelott, Berlin W. 57,
 Bülowstr. 79.
Sofort gesucht

Ungelernte kräftige Arbeiter
 stellt sofort dauernd ein 9102
Munitionsfabrik Joseph Hellbach,
 Hohenschönhausen, Guckestraße.

Reparaturschlosser
 Gießerei- und
 Preßwerksarbeiter
 sucht 8942*
Stahlwerk Bothe
 Berlin-Weißensee,
 am Industriehafen.
5 tüchtige
Schuhmacher
 gesucht. 8912*
 Lederbefestigung Walle,
 Dredowstr. 50, Ecke Turmstraße.
Bücher gesucht.
 Partung Aktiengesellschaft,
 Berlin-Lichtenberg,
 Dersbergstraße 122/124.
Tüchtige Schlosser
 tüchtige
 und Dreher sowie Dreher für
 Universalfräsmaschinen werden
 sofort verlangt. 90/8*
 Maschinenfabrik Karl Vogeler,
 Alt-Neubitz, am Lehrter Hauptbahnhof.

Tüchtige ältere
Schlosser
 und 9062*
Dreher
 sowie
Fräser
 für Universalfräsmaschinen und
Hilfsarbeiter
 werden sofort verlangt.
Maschinenfabrik Karl Vogeler,
 Alt-Neubitz 1,
 Am Lehrter Hauptbahnhof.
Zeitungsträger
 für den „Vorwärts“ wird ein-
 gestellt. Passend für Invaliden.
 Zeitel, Lindenstr. 3,
 Wartenbergstr. 1,
 Reiberei 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr

Tüchtige
Klempner
 für Brennstoffbehälter und
 Aluminiumarbeiten
 sucht zum sofortigen
 Eintritt 1007.*
Maschinenfabrik
 Neukölln G. m. b. H.
 Neukölln, Bergstr. 104.

Maurer, Zimmerer u. Arbeiter.
 Zu melden bei 88/10*
**F. Harriefeld, Wilhelmsburg-
 Hamburg.**

Arbeiter,
 nicht mehrpflichtige Leute, für
 außerhalb gesucht. Zu melden
 bei Carl Brandt, Berlin W 9,
 Schellingstraße 7. 71/6

Reparaturschlosser
 Gießerei- und
 Preßwerksarbeiter
 sucht 8942*
Stahlwerk Bothe
 Berlin-Weißensee,
 am Industriehafen.
5 tüchtige
Schuhmacher
 gesucht. 8912*
 Lederbefestigung Walle,
 Dredowstr. 50, Ecke Turmstraße.
Bücher gesucht.
 Partung Aktiengesellschaft,
 Berlin-Lichtenberg,
 Dersbergstraße 122/124.
Tüchtige Schlosser
 tüchtige
 und Dreher sowie Dreher für
 Universalfräsmaschinen werden
 sofort verlangt. 90/8*
 Maschinenfabrik Karl Vogeler,
 Alt-Neubitz, am Lehrter Hauptbahnhof.

Tüchtige ältere
Schlosser
 und 9062*
Dreher
 sowie
Fräser
 für Universalfräsmaschinen und
Hilfsarbeiter
 werden sofort verlangt.
Maschinenfabrik Karl Vogeler,
 Alt-Neubitz 1,
 Am Lehrter Hauptbahnhof.
Zeitungsträger
 für den „Vorwärts“ wird ein-
 gestellt. Passend für Invaliden.
 Zeitel, Lindenstr. 3,
 Wartenbergstr. 1,
 Reiberei 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr

Tüchtige
Klempner
 für Brennstoffbehälter und
 Aluminiumarbeiten
 sucht zum sofortigen
 Eintritt 1007.*
Maschinenfabrik
 Neukölln G. m. b. H.
 Neukölln, Bergstr. 104.

Austrägerinnen
 für den „Vorwärts“
 werden eingestellt in folgenden Filialen
 Berlin: Markusstr. 26.
 Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
 Lindenstr. 3.
 Schöneberg: Meiningener Straße 9.
 Charlottenburg: Sosenheimer Str. 1.
 Borsigwalde: Kionast, Rausch-Str. 10.
 Meldeszeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.
 Ueckermann,
 Kaiser-Wilhelm-Str. 74.
 Wartenberg-Str. 1
 und Alt-Boxhagen 56.
 Wasielewski,
 Berliner Allee 11.